

Besteht täglich außer Montags... Preis pr. Nummer 2 Pfennig...

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die... Expedition: SW. 19, Beuth-Str. 3.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Str. 2.

Freitag, den 2. Dezember 1892.

Expedition: SW. 19, Beuth-Str. 3.

Die Großstädte in der Volkswirtschaft.

Meiner Meinung nach ist es nicht ganz richtig, den Einwohnern der Städte ihr Leben so angenehm als möglich zu machen...

(Graf Behr in der Sitzung des Abg.-Hauses v. 19. Novbr.)

Es ist das alte Lied, das hier gepfiffen wird.

Seit die letzte Volkszählung gezeigt hat, daß nur die Großstädte einen bedeutenden Einwohnerzuwachs aufweisen...

Daß die Produktivität der Landwirtschaft durch die Verringerung der Arbeitskraft auf dem Lande erschwert wird...

Sollen wir dem Herrn Grafen ein Privatstimmen über die Lebensannehmlichkeiten der ländlichen Tagelöhner lesen?

Gewiß, die Zustände in der Industrie sind nichts weniger als idyllisch, aber verglichen mit denen, die auf dem platten Lande herrschen...

Wir geben in diesem Artikel die Ausführungen eines Parteigenossen, ohne uns über die Frage, welche Bedeutung den Großstädten in der Zukunft beizumessen sein dürfte...

verpestet, wie denn auch Scharlach, Typhus, Schwindstucht und Diphtheritis auf dem Lande keine selteneren Gäste sind...

Wie sollte es möglich sein, daß auf solchem Boden, bei solchem Frohndienst, bei den notorisch jämmerlichen Löhnen...

Ist es aber mit der Legende von der gesunden kräftigen Landbevölkerung nichts, welche Argumente sollen dann gelten für die Glaubhaftmachung der Verderblichkeit des Auszugs der Landarbeiter?

Man sagt, durch das Anwachsen des Proletariats in den Städten wird die volle Ausnutzung des Bodens beeinträchtigt...

Und nun zu den Städten.

Das Zusammenströmen so bedeutender Massen von Proletariern auf dem Arbeitsmarkt, zweifellos hat es einigen Einfluß auf jene großen Lohnschwankungen und Arbeiterentlassungen...

Davon gerade will die Unternehmungskasse in ihrem Unverstand nichts wissen. Und doch kann nur die Großstadt als Brennpunkt der Intelligenz...

halt gebieten, sie allein kann die veralteten wirtschaftlichen Grundzüge reformieren.

Durch die Großstädte und nicht durch die Rittergüter nimmt das Volk Anteil an den Weltvorgängen...

Haben sie das Problem gelöst, wie man die ungeheuren Volksmassen außer Verhältnis zu der vorhandenen Bodenfläche ernähren kann...

Die Landwirtschaft konnte die Entscheidung nicht herbeiführen, als sie im Zenith ihrer Allmacht war...

Daher gehört den Städten, den Brennpunkten der Intelligenz, die Zukunft. Handel und Industrie haben der Junker Macht gebrochen...

So vollständig verkennt Graf Behr den Zug der Zeit, daß er die Entvölkerung des Landes als Folge-Erscheinung der Annehmlichkeiten des Stadtlebens hinstellt.

Wären diese Annehmlichkeiten so groß, wie es in Wahrheit die Anzuehmlichkeiten des Stadtlebens sind...

Die vom Egoismus durchseuchte, geistig und moralisch bankrotte Landwirtschaft vermag es nicht...

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Dezember.

Der zweite Tag der Etatsdebatte fand heute den Reichstag zwar eben so schwach besucht wie gestern...

nicht mehr los. Wenn ihn nun wirklich eine mächtigere Kraft unwiderstehlich beeinflusste, was sollte er anfangen?

Er war entschlossen, zum Duell zu gehen, also ging er auch bestimmt hin. Wenn er aber dort belte? Wenn er ohnmächtig würde?

Plötzlich packte ihn das sonderbare Verlangen, aufzustehen und sich im Spiegel zu sehen. Er zündete ein Licht an...

Morgen bin ich vielleicht um diese Stunde schon todt. Und sein Herz hämmerte wieder wie toll.

Er wandte sich wieder seinem Bett zu, und da sah er sich deutlich liegen. Er lag auf dem Rücken unter denselben Decken...

Er begann über die Möglichkeit der Sache zu philosophieren. „Sollte ich etwa Furcht haben?“

Nein, nein, er hatte keine Furcht, konnte keine haben, denn er hatte sich ja entschlossen, die Angelegenheit zu Ende zu führen...

Fenilleton.

Abdruck verboten.

28

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Er betrachtete die Buchstaben, wie sie da vereinigt waren, und es schien ihm, als bürge sie hinter sich einen geheimnisvollen, heurückenden Sinn.

Wieder sprach er laut vor sich hin: „Was für ein Vieh ist doch dieser Mensch!“

Er rüttelte sich nicht vom Fleck und starrte noch immer in seinen verloren auf die Karte. Jörn stieg in ihm auf gegen das Stück Papier...

Er sollte sich also schlagen, sich mit ihm schießen? Warum hatte er ihn nicht lieber auf Degen fordern lassen.

davongekommen. Aber so, auf Pistolen, da ließen sich die Folgen niemals abheben.

Er sagte: „Ach was! Ich muß müthig sein.“

Der Ton seiner eigenen Stimme ließ ihn zusammenfahren, und er blickte um sich. Jetzt merkte er erst, wie aufgeregt er war.

Sobald er im Bett war, blies er das Licht aus und schloß die Augen.

Unter der Decke wurde ihm heiß, obgleich es in seinem Zimmer sehr kalt war. Er konnte nicht einschlafen.

Er hatte noch Durst. Er stand auf und trank, aber dann packte ihn plötzliche Urruhe: „Sollte ich etwa Furcht haben?“

Weshalb pochte sein Herz so stark bei jedem gewohnten Zimmergeräusch. Wenn seine Aukulsuhr zu schlagen ausdoh...

Er begann über die Möglichkeit der Sache zu philosophieren. „Sollte ich etwa Furcht haben?“

Nein, nein, er hatte keine Furcht, konnte keine haben, denn er hatte sich ja entschlossen, die Angelegenheit zu Ende zu führen...

Und er wurde diesen Gedanken, diese Unsicherheit

Schutzgesetz-Bestimmungen so, wie es die politischen Freunde Buhl's, die Textilbarone Süddeutschlands und die Schlotjunken in Rheinland-Westfalen wünschen. Nicht überall bleiben die Schutzbestimmungen auf dem Papiere stehen, sondern es sind mehr oder minder schäbcherne Versuche gemacht worden, sie in die Praxis einzuführen. Deshalb die Entrüstung des Vertreters des „durch Besitz und Bildung maßgebenden Bürgerthums“.

Arbeiterschutz-Bestimmungen auf dem Papiere, das lassen sich die Hammacher, Buhl und Baare zur Noth noch gefallen. Sozialreform auch auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, das gehört heut zu Tage zur Mode, und soweit die Bestimmungen nur in den Gesetz-Sammlungen figuriren, geben auch die liberalen Herren Fabrikanten ihren Segen dazu.

Sollen diese Schutzbestimmungen aber — und seien sie auch so minimal wie bei uns — in der Praxis durchgeführt werden, dann bäumt sich die Profitwuth auf und im Namen der bedrängten Industrie und der — armen Arbeiter warnt Herr Buhl vor der überstürzten Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen. Hätte es noch eines Beweises bedurft, wie sehr die Profitgier jede edlere Neigung erstickt, die Ausführungen des Herrn Buhl gegen die Inkraftsetzung der paar Arbeiterschutz-Bestimmungen hätten ihn erbracht.

Was es mit Buhl's und seiner Freunde Segnerschaft gegen die Militärforderungen auf sich hat, zeigte Caprioli's Dank für die „wohlwollende Kritik“. Schade, daß die nationalliberalen Ja-Nicker nicht zahlreich genug sind, um im Bunde mit den Konservativen eine Majorität zu liefern. Wäre dies der Fall, dann wäre die geplante Vermehrung der Gut- und Blutsteuer heute schon unter Dach und Fach. Bei der numerischen Bedeutungslosigkeit der Nationalliberalen ist aber eine Majorität ohne das Zentrum nicht zu haben, und der Preis für die Herren der Mitte scheint immer noch nicht gefunden zu sein.

Wenn gestern die Richter'sche Rede, so brachte heute der Vortrag Liebknecht's die bedeutendste Leistung des Tages. Hatte Richter die Militärvorlage und deren Begründung durch den Reichskanzler zum Mittelpunkt seines Angriffs gemacht, so wandte Liebknecht seine Aufmerksamkeit mehr der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage zu. Redner erklärte eingangs seiner Ausführungen, daß der Pump und das Defizit die Signatur der Zeit seien. Er zeigte dann durch Anführung der entsprechenden Zahlen das ungeheure Anwachsen der Staatsschulden und wie dieselben jetzt ausschließlich die Folge unserer Rüstungen und des immer mehr überwachsenden Militarismus seien. Trefflich führte der Redner seinen Vordränger Buhl ab, der das letzthin von der „Kölnischen Zeitung“ verurtheilte Taschenspieler-Kunststück auf die Tribüne brachte, wonach die Ergebnisse der sächsischen Stenerereinsparung ein Anwachsen des Mittelstandes beweisen sollten. Liebknecht konnte dem Kölner Humbug eine das genaue Gegentheil konstatirende Auslassung der offiziellen „Leipziger Zeitung“ entgegenhalten.

Der Redner warnt ersichtlich die Ausführungen über die Ursachen des Antisemitismus und dessen tiefere sozialpolitische Bedeutung sehr ungenügend. So lange sich das Depp Hepp gebrauchen ließ zur Ver- und Verdrängung der Liberalen in den städtischen Kreisen, so lange war der Antisemitismus den Herren von der Rechten ein willkommenes Bundesgenosse; aber jetzt, wo sich der Musterboden der preussischen Kernregimenter als ergiebigeres Feld für antisemitischen Radan erweist und wo die Tagelöhner und Bauern des Ostens den Ahtwardt dem von Waldow vorziehen, jetzt hängt die Sache den verschämten Judenhebern an ungenügend zu werden. Aber der Ahtwardt sieht den Herren der Rechten im Pelz, wie Liebknecht treffend erklärte, und sie werden denselben so leichten Kaufs nicht los.

Die These, daß die jetzige Militärvorlage die Verwirklichung des Scharnhorst'schen Gedankens der Einführung einer allgemeinen Volkswehr sei, wies der Redner zurück und zeigte an dem Beispiel der Schweiz, was ein Volkswehr sei und welche Vorzüge es gegenüber den stehenden Heeren und dem Institut der Berufsoldaten habe. Als immerhin beachtenswerth darf es wohl hervorgehoben werden, daß auch diese Ausführungen des Redners mit großer Aufmerksamkeit angehöret wurden und daß das sonst übliche Gewieher der Rechten, wenn einer der Unferen auf militärische Dinge zu sprechen kommt, dieses Mal unterblieb. Es scheint eben doch bis weit in die Rechte hinein darüber zu dämmern zu be-

Und fortwährend sprach er vor sich hin: „Was soll ich anfangen? Was soll ich anfangen?“

Er ging wieder im Zimmer auf und ab und wiederholte ganz mechanisch: „Ich muß energisch sein, sehr energisch.“

Dann fiel ihm ein: „Ich will an meine Eltern schreiben, für den Fall, daß was passiren sollte.“

Er setzte sich von neuem hin, zog ein paar Briefbogen hervor und schrieb: „Lieber Papa und liebe Mama!“

Aber diese Anrede kam ihm für eine so tragische Gelegenheit nicht feierlich genug vor. Er zerriß den ersten Bogen und fing von frischem an: „Lieber Vater und liebe Mutter! Bei Anbruch des Tages habe ich ein Duell zu bestehen, und da es immerhin möglich ist, daß . . .“

Er wagte den Satz nicht zu vollenden und sprang vom Stuhle auf.

Völlig sinnlos war er jetzt. „Er sollte ein Duell bestehen. Er konnte es nicht vermeiden. Was ging nur in ihm vor. Er wollte sich doch schlagen. Er hatte es doch beschlossen. Er hatte es doch ganz fest beschlossen. Und doch . . . doch . . . am Ende war er nicht einmal im Stande, sich am verabredeten Orte einzufinden.“

Von Zeit zu Zeit klapperten seine Zähne im Munde mit leiser trockenem Geräusch; er fragte sich: „hat mein Gegner sich schon einmal geschlagen? Ist er ein guter Pistolenschütze? Kennt man ihn dafür? Wer mag er nur sein?“ Den Namen hatte er noch nie erwähnt hören. Und doch mußte der Mann ein guter Pistolenschütze sein; wäre er sonst so ohne Faudern, so ohne Widerrede mit der Wahl solch gefährlicher Waffe einverstanden gewesen.

Duroy stellte sich nun ihr Zusammentreffen vor, stellte sich vor, wie er und wie sein Gegner sich halten würden. Er qualte sich damit ab, sich die geringsten Einzelheiten des Duells auszumalen; und plötzlich sah er das kleine schwarze, tiefe Loch des Pistolenschützes vor sich, und eine Kugel flog heraus.

(Fortsetzung folgt.)

ginnen, daß das stehende Heer mit seinen Berufsoffizieren und den auf die Dauer unentraglichen Lasten, welche es den Völkern auferlegt, nicht mehr die Form sei, durch welche die Beherrschung der Völker und der Schutz der Grenzen für die Zukunft am besten gesichert sei.

Es hat lange gedauert bis die zweijährige Dienstzeit auch auf den Bundesraths-Bänken ihre Vertheidiger fand, es wird nicht so lange dauern und das Militärsystem der Schweiz wird als das einzig mögliche und zweckentsprechende Vertheidigungssystem der Kulturovölker akzeptirt werden müssen. Läßt die ungeheure Verantwortung, welche heute mit einer Kriegserklärung verknüpft ist, es ausgeschlossen erscheinen, daß um fünfzigtausend Mann in einen Krieg gehet werden, so wird die übermächtige amerikanische Konkurrenz die europäischen Völker einfach dazu zwingen, von der blödsinnigen Vergeudung von Geld und Arbeitskraft, wie sie heute durch den Militarismus getrieben wird, abzulassen. Treffend führte dies alles Liebknecht aus, und der Chor der Landräthe schwieg, so sehr stand das Haus unter dem Eindruck der Wahrheit dessen, was der Redner vortrug.

Gegen den Schluß seiner Ausführungen kam Liebknecht noch auf die Enjfer Depeche und deren Fälschung zu sprechen. Unsere Leser sind über diese Angelegenheit informiert, und Neues konnte Liebknecht darüber natürlich auch nicht mehr vordringen. Er gab nur eine historische Darstellung der sämtlichen Vorgänge und wies nach, daß auch der von Caprioli verlesene Wortlaut der Depeche die Fälschung enthalte.

In früheren Jahren wäre der Redner von der Tribüne heruntergeschrien worden, heute drängten sich die Abgeordneten um die Tribüne, aber kein Laut künstlicher Entrüstung, wie sie sonst an der Tagesordnung war, wurde hörbar. Angesichts der Alternative: entweder den Reichskanzler Bismarck der Lüge zu bezichtigen, oder die Fälschung der Depeche zuzugeben, ziehen es selbst unsere heißblütigen „Patrioten“ vor, sich in Schweigen zu hüllen.

Um den Eindruck der Liebknecht'schen Rede abzuschwächen, schickten die Konservativen den Dr. von Frege vor. Warum man nicht den Abgeordneten Dr. Mehnert in die Bresche sandte, wenn man nichts anderes zu erwidern wußte, wie Glomwaspäßen, wissen wir nicht. Dr. v. Frege ist wenigstens als Agrarier ernst zu nehmen und wäre deshalb sein Fraktionsgenosse, der Abgeordnete für Döbeln, für die Aufgabe, Liebknecht mit sächsischen Mägen zu antworten, viel mehr am Platze gewesen, wie der Gutbesitzer von Altmundorf.

Das Haus verlagte sich nach Frege's Rede und werden morgen die Vertreter der kleinen Fraktionen, Volkspartei, Polen, Weisen und Elsäßer zu Worte kommen.

Die Militärvorlage soll, wie heute im Foyer des Reichstags erzählt wurde, erst am Freitag nächster Woche zur ersten Lesung gelangen. Am 16. Dezember geht der Reichstag in die Weihnachtsferien, sodas die Kommissionsberatung erst nach Neujahr beginnen kann. Nach Beendigung der Etatsberatung werden am 3., 5. und 6. Dezember die ersten Beratungen über die lex Heinze, das Auswanderungsgesetz u. dergl. folgen. Am Mittwoch, den 7. Dezember, sollen die Initiativanträge über Justizsachen auf die Tagesordnung gelangen.

Vorauß die „Verjüngung“ der Armee hinausschickt, welche die neue Militärvorlage beabsichtigen soll, beleuchtet die „Kreuzzeitung“, indem sie folgende „Verjüngungs-Skala“, zusammengestellt für Kadres von 600 Mann, ohne Abgänge, aufstellt:

in		bei		Verjüngung
Alter von	jetziger Dienstzeit	Jährlicher Dienstzeit		
22 Jahren	250 Mann	300 Mann		
23 u. darunter	500	600		
24	750	900		
25	1000	1200		
26	1250	1500		1 Jahr
27	1500	1800		
28	1750	2100		
29	2000	2400		
30	2250	2700		
31	2500	3000		2 Jahre
32	2750	3300		
33	3000	3600		
34	3250	3900		
35	3500	4200		
36	3750	4500		3 Jahre
37	4000			
38	4250			
39	4500			

Man sieht, bemerkt die „Kreuzzeitung“ hierzu, daß die ganze Verjüngung der Armee darin besteht, daß die jetzt 27jährigen Reservisten dann 26, die 33jährigen 31 und die 39jährigen Landwehrmänner durchschnittlich 36 Jahre alt wären, ein Resultat, welches mit den aufgewendeten großen Kosten und Umwandlungen in keinem rechten Verhältniß stehen dürfte.

Ein Grundsatz der nationalliberalen Partei sei es, in militärischen Dingen Konsistenz mit der Regierung möglichst zu vermeiden, sagte der Generalsekretär der Partei, Herr Bahig, in der Generalversammlung des „Nationalliberalen Vereins“ zu Leipzig. Er kritisirte die Militärvorlage, zeigte, daß, wenn wir nach zwei Fronten Krieg haben sollten, der Landwehrmann so wenig nach wie vor der neuen Kriegsvorlage geschont werden würde und daß wir ebenso wenig Garantie haben, einen Krieg, den wir mit 3 800 000 Mann verlieren, mit 4 400 000 Mann zu gewinnen. Nach der Rede des Herrn Bahig sollte nun eigentlich die nationalliberale Partei gegen die Militärvorlage stimmen, aber — da steht ihr der oben erwähnte Grundsatz entgegen, sie kann gegenüber der Regierung, zumal in Militärfragen, nicht Nein sagen.

Ein konservativer Parteitag soll, wie bereits mitgeteilt, im ersten Drittel dieses Monats stattfinden, wenn nicht wieder „il m si a n d e“ eintreten, welche die Vertagung desselben rathsam erscheinen lassen. Der Vorstand des Wahlvereins hat einen Programm-Entwurf für den Parteitag aufgestellt. Die reaktionärsten Bestrebungen sucht derselbe durch einen um so größeren Schwall unbestimmter und allgemeiner Redensarten zu bedecken. Wir geben nachstehend den Wortlaut dieses Programm-Entwurfs:

Die Deutsche konservative Partei, unter Aufrecht-erhaltung ihres Programms von 1878, hält es für

geboten, in Ansehung an diese bewährten Grundsätze zu den wesentlichen Aufgaben der Gegenwart in nachstehendem Programm Stellung zu nehmen:

1. Wir wollen die Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung in Volk und Staat und erachten ihre praktische Verthätigung in der Gesetzgebung für die unerläßliche Grundlage jeder gesunden Entwicklung.

Staat und Kirche sind von Gott verordnete Einrichtungen; ein Zusammenwirken beider ist die nothwendige Vorbedingung zur Befundung unseres Volkslebens.

Wir erkennen einerseits dem Staate das Recht zu, kraft seiner Souveränität, sein Verhältniß zur Kirche zu ordnen; andererseits wollen wir keinen Gewissenszwang und deshalb kein Uebergreifen der staatlichen Gesetzgebung auf das Gebiet des inneren kirchlichen Lebens. In diesem Sinne werden wir auch für das gute Recht der evangelischen Kirche auf selbständige Regelung ihrer inneren Einrichtungen eintreten.

Die konfessionelle christliche Volksschule erachten wir für die Grundlage der Volkserziehung und für die wichtigste Bürgerpflicht gegen die zunehmende Vermilderung der Massen und die fortschreitende Auflösung aller gesellschaftlichen Bande.

Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zerstörenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben.

Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schüler.

Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus.

2. Wir wollen die für unser Vaterland gewonnene Einheit auf dem Boden der Reichsverfassung im nationalen Sinne stärken und ausbauen. Wir wollen, daß innerhalb dieser Einheit die berechtigten Selbständigkeit und Eigenart der einzelnen Staaten und Stämme gewahrt werde.

Wir wollen in Provinz, Kreis und Gemeinde eine Selbstverwaltung erhalten, gegründet nicht auf das allgemeine Wahlrecht, sondern auf die natürlichen Gruppen und organischen Gliederungen des Volkes.

3. Wir wollen die Monarchie von Gottes Gnaden unangefastet erhalten wissen und bekämpfen, bei gesetzlich gesicherter bürgerlicher Freiheit für Alle und bei wirksamer Beteiligung der Nation an der Gesetzgebung, jeden Versuch, die Monarchie zu Gunsten eines parlamentarischen Regiments zu beschränken.

4. Wir können nur eine solche Weiterbildung unserer öffentlichen und privaten Rechte als segensreich anerkennen, welche, auf realen und geschichtlich gegebenen Grundlagen fußend, den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht wird und damit die Steigerung unserer gesammten politischen, sozialen und geistigen Entwicklung sichert.

Wir erwarten, daß das neue bürgerliche Gesetzbuch von deutsch-nationalem Rechtsbewußtsein getragen werde.

5. Für die gebotene Sparsamkeit bei allen öffentlichen Ausgaben in Reich und Staat treten wir ein zur Erhaltung der wirtschaftlichen Wohlfahrt und der Steuerkraft des Volkes.

6. Wir sehen in der vollen Wehrkraft des deutschen Volkes eine unerläßliche Bedingung für die Machtstellung der Nation und für die Erhaltung des Friedens.

7. Die maßvolle Fortsicherung einer zielbewußten Kolonialpolitik unter dem Schutze des Reiches werden wir unterstützen.

8. Wir stehen auf dem Boden der allerhöchsten Volkshoheit vom 17. November 1881, welche die Grundsätze des praktischen Christenthums in der Gesetzgebung zur Geltung bringt.

Die auf Grund dieser Volkshoheit erlassenen Gesetze, betreffend die Einrichtung von Krankenassen, die Versicherung gegen Unfall und die Invaliditäts- und Altersversicherung bedürfen der Vereinfachung.

Wir wir für die Besserung der Lage der Arbeiter, unter erheblicher Belastung der Arbeitgeber, eingetreten sind, so halten wir nach wie vor die Stärkung des Mittelstandes in Stadt und Land und die Befestigung der Bezugsgruppen des großen Geldkapitals für die dringendsten Aufgaben der Sozialpolitik.

Wir fordern ein wirksames Einschreiten der Staatsgewalt gegen jede gemeinschädliche Erwerbslosigkeit und gegen die unethische Verletzung von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr.

9. Wir erstreben eine Gestaltung der Erb- und Familienrechte, welche die Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes gewährleistet.

Die Einführung einer zweckentsprechenden Heimstätten-Gesetzgebung für den kleineren Grundbesitz und die Ueberführung der aus dem Grundbesitz lastenden Hypothekar-Verschuldung in zu amortisirende Rentenschuld erachten wir als wünschenswerth.

10. Für die Landwirtschaft, welche unter der Ungunst des Weltmarktes, der internationalen Verhältnissen und der inneren wirtschaftlichen Entwicklung leidet, ist der bestehende Zollschutz aufrecht zu erhalten, im weiteren aber ein ausreichender Zollschutz für die Zukunft anzubahnen; auch ist für die Umgestaltung der Gesetzgebung betreffend den Unterhaltungswohnort im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit Sorge zu tragen.

11. Für die Industrie ist der durch die Konkurrenz des Auslandes bedingte Zollschutz aufrecht zu erhalten und, wo nöthig, zu verstärken.

12. Für das Handwerk erscheint vornehmlich die Einführung des Befähigungsnachweises, die Stärkung der Innungen und Innungsverbände, die Begründung und Förderung genossenschaftlicher Vereinigungen geboten. Neblicher Handel und Gewerbebetrieb ist zu schälen durch Beschränkung und Beanspruchung des Hausirhandels und der Abzahlungsgeschäfte, sowie durch die Befestigung der Wanderlager und der Wanderauktionen.

13. Die Börsengeschäfte sind durch eine Börsenordnung wirksamer staatlicher Aufsicht zu unterstellen; insbesondere ist dem Mißbrauch des Zeitgeschäfts als Spielgeschäft, namentlich in den für die Volksernährung wichtigen Artikeln, entgegenzutreten.

14. Die Anhänger der Sozialdemokratie und des Anarchismus, deren vaterlandlose und auf den Umsturz gerichtete Bestrebungen weite Kreise unseres Volkes gefährden, sind als Feinde der staatlichen Ordnung durch die Gesetzgebung zu kennzeichnen und demgemäß mit den Machtmitteln der Staatsgewalt zu bekämpfen.

15. Einer gewissenlosen Presse, welche durch ihre Erzeugnisse Staat, Kirche und Gesellschaft untergräbt, ist nachdrücklich entgegenzutreten.

Hochhaltung von Christenthum, Monarchie und Vaterland, Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit, Wahrung berechtigter Autorität, das sind die obersten Grundsätze, welche die Deutsche konservative Partei auf ihre Fahne geschrieben hat.

Berlin, den 26. November 1892.

Der Vorstand des Wahlvereins der Deutschen Konservativen.

Freiherr von Mantuffel-Kessau.

Der Reichstags-Abgeordnete Wittfleisch erklärt die Meldung von seiner Mandatsniederlegung für unrichtig.

Dem Reichstag ist eine Denkschrift, betreffend die Vorbereitungen für die Beteiligung des Reiches an der Weltausstellung in Chicago zugegangen.

Puttkamer-Zpul. Aus dem Graudenz „Geselligen“ macht eine Nachricht, die dieses Blatt von „vertrauenswerther“ Seite erhalten haben will, die Kunde durch die Presse.

Herr von Puttkamer soll eine Audienz beim Kaiser gehabt haben, in welcher die Möglichkeit einer Ministerkrisis besprochen sein soll. Daß Herr v. Puttkamer den von Herrn

V. Capriol verfahrenen Wagen der Politik auf glatte Bahn bringen soll, diese Annahme ist beinahe ebenso lächerlich, als es etwa die Mitteilung sein dürfte, daß Eugen Richter und Ahlwardt als Staatssekretäre des Reichskanzlers v. Puttkamer berufen worden wären. Diefelbe Blätter lassen bereits Miquel den Wunsch der Berufung Puttkamer's zum Reichskanzler hegen. —

Die Militärposten in den Höfen der Gefängnisse werden der „Kreuz-Zeitung“ zufolge vom 1. Januar l. J. ab eingezogen. Dafür werden die Gefängnisaufsicher zum Theil mit Revolvern ausgerüstet. —

Zur Behandlung von Untersuchungs-Gefangenen in Bayern theilt die „Frankische Tagespost“ folgendes Vorkommnis mit:

Am 30. Oktober wurde Genosse Pfand in Nürnberg verhaftet und demselben eröffnet, daß er vom Amtsgericht Pegnitz wegen Vergehens wider die Religion strafrechtlich verfolgt werde. Ohne seine Familie benachrichtigen zu dürfen, wurde er am anderen Tage gefesselt, wie einer der gefährlichsten Verbrecher, mit Gendarmenbegleitung durch die Stadt nach dem Bahnhof transportiert und an das Landgericht-Gefängnis Bayreuth abgeführt; nicht einmal im Eisenbahnwagen wurden dem Manne die Fesseln abgenommen. Nach drei Tagen waren noch die Spuren, welche die Schließkette an den Handgelenken zurückgelassen, erkennbar. Und welchen Verbrechen hatte sich dieser Missethäter schuldig gemacht? Er war beschuldigt, eine „religionsfeindliche“ Druckschrift: „Die Bibel in der westfälische“ verbreitet zu haben. Deswegen wurde er bis zum 23. November, also 25 Tage, in Untersuchungshaft gehalten, um schließlich — außer Verfolgung gesetzt zu werden. Der geängstigten Frau wurde der Grund der Verhaftung verschwiegen und auch dem Manne die größten Schwierigkeiten im Briefverkehr mit seiner Familie bereitet; Schreibmaterial erhielt er überhaupt erst nach Verlauf von acht Tagen. Der an die Frau gerichtete erste Brief wurde nicht befördert, sondern zu den Alten genommen, weil Pfand darin seiner Frau den Grund der Verhaftung mittheilte; erst nach Verlauf von weiteren acht Tagen gelang es, einen Brief an die Familie zu befördern. Als der Mann schließlich aus der Haft entlassen wurde, war er vollständig mittellos und besaß keine Legitimation. Der Herr Staatsanwalt, den Pfand um Hilfe anging, war so gütig, demselben einen Vorweis auszustellen, worauf ihm vom Staatsprokurator Bayreuth 50 Pf. als Armenunterstützung zugebilligt wurden. Mit diesem Reisegeld mußte Pfand den Weg von Bayreuth nach Nürnberg zurücklegen, wo er völlig erschöpft bei seiner Familie anlangte.“

Banana-Untersuchungskommission. Der Schreibfachverständige Florz, der die Bücher der Panama-Gesellschaft geprüft hat, weigerte sich, Aussagen zu machen, indem er sich hinter das ihm obliegende Geschäftsgeheimnis verschante. Die Kommission vernahm sodann den Vorgänger Florz's, Rossignol, welcher bestätigte, daß Reinach von der Panama-Gesellschaft 9 Millionen Frank's einkassiert habe, die Summe sei in den Büchern der Gesellschaft eingetragen, jedoch ohne Begründung. Rossignol gab Einzelheiten über die durch die Panama-Gesellschaft an jedes Journal zur Vertheilung gekommenen Summen; die unter der Bezeichnung „Kosten für Veröffentlichung“ ausgegebenen Summen überliefen 20 Millionen Frank's. Rossignol erklärte im Verlaufe seiner Vernehmung, er habe unter den Namen keine politisch bekanntere Persönlichkeit gefunden. Der Direktor eines Spektationshauses, Thiercé, deponierte vor der Kommission, da Reinach bei der Bank von Frankreich 3 000 000 Frank's für Rechnung des Hauses eingezahlt habe, so habe diese 27 Checks von Reinach eingelöst. Thiercé weigerte sich, die Namen der Empfänger zu nennen; drei Mitglieder der Kommission begleiteten infolge dessen Thiercé in sein Geschäftslokal, um die betreffenden Checkabschnitte einzusehen.

Die Kommission wird mehrere ihrer Mitglieder an den Gouverneur der Bank von Frankreich entsenden, um denselben zu ersuchen, der Kommission die Namen der Signatäre der 27 Checks bekannt zu geben. Charles Lespès weigert sich, vor der Panamakommission zu erscheinen.

Die Professoren Brongardel, Bordas, Descant und Laugier reisen mit dem Kommissar Clement und einem Photographen nach Beauvais ab zur Ausgrabung, Verifikation und Obduktion der Leiche Baron Reinach's. —

Die Auslieferung des Anarchisten François (Francis) ist von dem obersten Gerichtshof Englands für gesetzlich erklärt worden, und wird demgemäß sofort erfolgen. So wäre es den Gönnern der Herren Ravachol und Kompagnie glücklich gelungen, das englische Recht zu durchlöchern. Fürst Krapotkin, der die Deutschrift gegen die Auslieferung verjagt, begreift vielleicht jetzt, welchen Nutzen die Dynamitaktion hat — für die Feinde des Proletariats und der sozialen Revolution. —

Parteinachrichten.

Ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des Berliner Parteitag's erklären weiter die Parteigenossen in Grefeld, Celle, Wargen, Delfau, Offenbach, Mainz, Jülichau.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage sind ferner abgehalten worden in Jaggelheim (Ref. Huber, Subdignhofen), Grefeld (Ref. Duchs-Söllingen), Bils-Buchholz (Ref. Paul-Dannover), Wärsch (Ref. Reichhans-Grurt), Seligenstadt und Klein-Steinheim in Hessen (Ref. Galm), Langenwehndorf (Ref. Leven-Gera), Hirsheim a. M. (Ref. Brähne), Lindenhof-Mannheim (Ref. Weis), Pantow bei Berlin (Ref. Seifert-Jülichau), Langwarden und Burhave (Ref. Paul-Dug-Bant).

Gemeindevahlen. Bei der Ergänzungswahl in Heusen-Pamm (Hessen) wurden die bisherigen von der Arbeiterpartei aufgestellten Gemeinderathmitglieder mit 137—161 Stimmen wiedergewählt. Die Gegner brachten es im Maximum auf nur 67 Stimmen.

In Alen a. d. G. gelang es einem unserer Kandidaten durchzubringen.

Bei der Gemeinderathswahl in Pforten (Rheinl. u. Westph.) erzielte die sozialdemokratische Liste 54—90, die der „Ordnungs“partei nur 43—22 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war sehr hoch. Von 126 Stimmberechtigten kamen 111 zur Urne. In Stockelsdorf (Königsenthum Lübeck) siegten die Kandidaten der Sozialdemokratie.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Wiesbaden errang die Sozialdemokratie in der Klasse der Arbeitervertreter einen glänzenden Sieg. Von 852 wahlberechtigten Arbeitern nahmen 717 an der Wahl theil. Davon stimmten 588 für unsere Kandidatenliste. Der christliche Arbeiterverein und der katholische

Arbeiterverein brachten auf ihre gemeinsame Liste nur 184 Stimmen zusammen. — Bei der Gewerbegerichtswahl in Sehe wurde der von der Arbeiterpartei aufgestellte Kandidat mit bedeutender Mehrheit gewählt.

Von der Agitation. Gute Aufnahme, selbst bei den besser situierten Landwirthen, fanden Magdeburger Parteigenossen, welche am vergangenen Sonntag 5000 Exemplare eines Flugblattes, betitelt: „Die Sozialdemokraten kommen!“ in Kreise Wangleben und zwar in folgenden Dörfern verbreiteten: Döbendorf, Sohlen, Bendorf, Osterweddingen, Süldorf, Langenweddingen, Altenweddingen, Bahrendorf, Stemmen, St. Kobenzleben, Tomersleben, St. Wangleben, Schwaneberg, Anseburg, Giersleben, Wessereggen, Bledendorf, Schleibitz, Tarchun, Wolmsleben. In der Magdeburger „Volkstimme“ veröffentlichte die Flugblattvertheiler einige Beispiele der jammervollen Verhältnisse, unter welchen viele Landarbeiter leben müssen. Es heißt da u. A.: „Sehr groß ist das Elend, welches sich sehr oft unseren Augen bei dem Eintritt in die Hütten dieses ärmlichen Proletariats darbietet. Man denke sich einen mittelgroßen Raum mit zwei, oft auch nur mit einem niedrigen Fenster versehen, deren Scheiben oft bis zur Hälfte mit alten Glascherben repariert oder mit Papier und Lumpen verstopft sind, nasse Wände, schlecht schließende Thüren, oftmals ohne Schloffer, nur mit einer Klinken versehen, einen schlecht brennenden, aus alten Hacksteinen gebauten Ofen und Fragmente von Fußboden. Von Mobliar erblickten wir: einen alten, oft kaum richtig stehenden Tisch, einige Leberreste von Stühlen und einige alte Beistellen (Schlaf- und Wohnraum sind in den meisten Fällen zusammen). Als Staffage zu diesem Bilde des Elends fand sich in mehreren Fällen eine in Lumpen gehüllte Familie, welche ihr äusserst frugales Mittagsbrot verzehrte. In einer anderen Behausung, die der eben geschilderten so ähnlich sah, wie ein Ei dem andern, hing die ganze nasse Leibwäsche, welche die Hausfrau am Sonntagmorgen gewaschen hatte. Die Familie sah auch beim Mittagmahl, nur hatte die sorgsame Hausfrau heute, da es Sonntag war, als einen Vederbissen Kartoffelsalat mit Essig, Salz und Wasser hergerichtet und man sah es den armen Kindern an, daß sie keine Kost verachten und nicht verächtet waren. Nach den Mittheilungen, welche mir die Frau machte, verdiente ihr Mann täglich 1,50 M. bei 14stündiger Arbeitszeit als Tagelöhner. Im Sommer mußte auch sie, so lange es Arbeit giebt, mit zugreifen und verdiente dann bei 10stündiger Arbeitszeit 1 M., doch im Winter konnte sie nur ab und zu ein paar Groschen mitverdienen, denn sie hätte dann genug zu fressen, was im Sommer abgerissen wurde; Fleischkonsum konnte sie sich höchst selten gönnen, und statt Butter gelte für ihren Mann das Schmalz, wovon sie alle Wochen 1 Pfund kaufte, das die ganze Woche hinreichend mästete. Sie selbst und die Kinder mühten sich mit Del oder Syrup aus dem Brote begnügen, auch fehlte öfter beides. Auch sie schloß mit der an mich gerichteten Frage: „Wozu leben wir armen Menschen eigentlich auf der Welt?“

In Schwellingen fand am 27. November eine Delegirtenkonferenz der Sozialdemokratie des 11. badischen Reichstagswahlkreises statt, auf welcher die Orte Ebingen, Friedrichsfeld, Hochheim, Altsheim, Kästthal, Lodenburg, Sandhofen, Nedarau, Ostersheim, Schwellingen, Saanheim, Mannheim und Weinheim durch 21 Abgeordnete vertreten waren. Die Konferenz erklärte sich für regere Verbreitung der sozialdemokratischen Literatur, damit unsere Bewegung, die hier und da infolge der wirtschaftlichen Krisis zu wünschen übrig läßt, ein schnelleres Tempo annehme. Auch der Gründung von Bibliotheken seitens der einzelnen Daplovereine wurde das Wort geredet.

Die Wargener Sozialdemokratie beschloß in ihrer letzten Versammlung die Gründung eines Wahlvereins für den 11. sächsischen Reichstagswahlkreis und sprach über das Aufheben des Redaktions-Breuer ihre Unbilligkeit aus, weil durch derartige Handlungen andere Parteigenossen geschädigt werden können.

Die „Unabhängigen“ sind doch unübertrumpfbare Konfessionslose. In einer Versammlung zu Schönbeck erklärte, nach der Magdeburger „Volkstimme“, der „Unabhängige“ Hübner betrefte der Militärvorlage, man müsse der Regierung alles bewilligen, unbedingter davor, ob Tausende dabei zu Grunde gingen; es wäre dies ein Weg, der schneller zum Ziele führe. Ein anderer „Unabhängiger“ Namens Van den meinte dagegen, daß er zu einer solchen Lappalie, wie der Militärvorlage, überhaupt nicht spreche und daß eine Partei, welche sich damit befasse, bis in den Grund „korrupt“ sei. — Die Anaben versprechen in puncto untreue Willigen Humors jedenfalls noch Grobes.

Todtenliste der Partei. In Gräfenthal i. Thür. starb der Formen-Expedit (Vorkassabreit-Arbeiter) August Großmann am 29. v. M. an der Proletarierkrankheit; er war ein rühriger und treuer Kämpfer vor, während und nach dem Sozialistengesetz und fungierte als Vertrauensmann für den Bezirk Gräfenthal (Meiningen II.).

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — In Braunschweig waren dieser Tage während der im „Odeon“ abgehaltenen Volksversammlung in einem Nebenraum des Saales fünf mit Revolvern bewaffnete Polizeibeamte postirt. Die amtliche „Braunschweigische Landeszeitung“ bringt es natürlich fertig, diese überflüssige Maßregel für notwendig zu erklären, eine andere, gleichfalls gegenrührige Zeitung, das „Braunschweiger Tageblatt“, bemerkt dagegen: „Daß alle die „Maßregelungen“, wie Versammlungsausschreibungen, Vortragensverbote, Ausweisungen u. s. w., welche in letzter Zeit polizeilich seitens gegen die Arbeiter in Eigne gesetzt wurden, denn doch gar zu „schneidig“ waren. Wir billigen es durchaus, wenn die Behörde da, wo Gefährdungen oder gar grobe Ausschreitungen vorkommen, mit fester Hand eingreift und ihre Autorität wahr, aber „Maßregelungen“, von denen auch nur mit einem Schein von Recht in Arbeiterkreisen behauptet wird, daß sie wirklich, schändlich oder gar provokant erscheinen, und durch welche nur bloßes Blut in der Arbeiterschaft erregt wird, werden sich in der Bürgerchaft Braunschweigs, die doch auch befreit sein muß, mit der Arbeiterschaft möglichst im Frieden zu leben, nun und nimmermehr Befall zu erfreuen haben.“ — Aus demselben glücklichen Rändchen wird noch folgendes weitere Vorkommnis gemeldet: In Münchhof a. H. sollte Bechel-Seefen Bericht über den Berliner Parteitag erstatten und Stegmann-Braunschweig über die Militärvorlage referiren. Der Herr Ortsvorsteher angesichts der Verhinderung über die Anwendung der Versammlung mit dem Bemerkten, unsere Genossen sollten sich an die Kreisdirection wenden, er seinerseits hielte eine solche Versammlung nicht für nöthig, wir sollten diese den Städten überlassen. Auf die sofort an die Kreisdirection in Göttingen abgegebene Beschwerde kam die Antwort, daß der Ortsvorsteher angesichts der Verhinderung die Versammlung zu beschleunigen, wenn sie ordnungsmäßig angemeldet wäre. Doch auch jetzt noch hatten unsere Genossen die Rechnung ohne den Ortsvorsteher gemacht; dieser unterlagte die Versammlung wegen einer nicht vollständigen Unterschrift noch in letzter Stunde. — Die Freiz., welche dem aus Braunschweig ausgewiesenen, aus Desterreich gebürtigen Parteigenossen J. Kerl zum Verlassen Desterreichs gestellt war, ist um einen Monat verlängert worden, nachdem die Zeitung der Luther'schen Fabrik oder eines derselben nachstehende Persönlichkeit sich für den auszuweisen, seit 13 Jahren als Arbeiter in dieser Fabrik beschäftigt gewesen Genossen beim Ministerium vorgebracht hatte. Wenn die Fristverlängerung nicht, wie das „Braunschweiger Tageblatt“ annimmt, in eine gänzliche Aufhebung der polizeilichen Ausweisung übergehen sollte, wird doch die Luther'sche Fabrik ihrem langjährigen Arbeiter seine

formere Existenz trotz der Ausweisung sichern, und aus diesem Grunde beschäftigt sie ihn jetzt in einer Weise, die ihn befähigen würde, bei ihren auswärtigen Unternehmungen als Monteur seinen und seiner Familie Lebensunterhalt zu verdienen.“

Versammlungen.

Der Bund der gefessigten Arbeitervereine Berlin und Umgegend hielt am 30. November seine Monatsversammlung in den Kaminhallen, Kommandantenstraße, ab. Der angefordigte Vortrag konnte leider nicht stattfinden, da der Referent, Genosse Strickowski, aus unbekanntem Gründen nicht erschienen war. Ein Antrag, die nächste Sitzung des Abends mit danach folgendem gefessigten Beisammensein nebst Tanz abzuhalten, wurde mit großer Majorität angenommen. Mit einem Hoch auf den Parteitag schloß die Versammlung.

In der ordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Möbelholzer Berlin und Umgegend vom 21. November wurde das revidirte Statut nach den Aenderungen der hierzu gewählten Kommission angenommen. Der monatliche Beitrag beträgt jetzt 40 Pf. Der nächsten Versammlung wird das Statut gedruckt vorliegen. Desgleichen werden den Zahlstellen Statuten aufgehängt. Dem Kollegen Gräber, welcher in einer Versammlung die Mißstände in seiner Arbeitsstätte geschildert hatte und darauf gemögelt worden ist, wurde eine Unterstüßung zugebilligt, ebenso dem Kollegen Fährle.

Die außerordentliche Generalversammlung des Fachvereins der Tischler vom 27. November beschloß sich mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zum Anschlag an den Verband“. Der Kollege Koblenzer unterbreitete der Versammlung den Beschluß der letzten Generalversammlung der Zahlstelle Berlin vom deutschen Tischlerverband. Nach dem Beschluß ist die von uns im Frühjahr gestellte Resolution vom Verbands angenommen worden, mit dem Zusatz, daß der Zahlstelle die Hälfte des Vereinsvermögens zu überweisen ist. Koblenzer führte aus, daß wir dadurch in die Lage gesetzt sind, die Verbandslungen wieder aufzunehmen und daß es nun aber auch notwendig sei, zu einem Beschluß zu kommen, um endlich den Kampf und Streit um Form und Namen der Organisation aus der Welt zu schaffen. Nur durch die Verschmelzung beider Organisationen zu einem großen Ganzen könnten wir unsern Ausbeutern einen Damm entgegenstellen. Eine rege Diskussion folgte diesen Ausführungen. Da der Verein mit einem geringen Beitrag als Nachposten weiter bestehen soll, so wandten sich einige Redner gegen diesen Beitrag mit der Begründung, daß die Mitglieder dann vom Lokalverein fernbleiben würden. Einige Redner wandten sich gegen die Diktatur, die nach ihrer Ansicht vom Verbands gegen die Lokal-Organisationen geübt wird. Winkler tabelte das Verhalten des Fachvereins zu dem 1890 geplanten Streik. 1890 organisierte Kollegen hätten vergebens auf das Eintreten des Fachvereins in den Streik gewartet, deshalb sei auch die Organisation so zurückgefallen. Der Kollege Glocke entgegnete auf diese Ausführungen, daß, wenn eine Organisation kampffähig und schlagfertig sein sollte, sie von Disziplin beherrscht werden müsse. Es sei dies nicht gleichbedeutend mit Diktatur; man könne aber auch nicht jedem Einzelnen Rechnung tragen, sonst wäre eine Zersplitterung die Folge. Sowie nun die unorganisierten Kollegen den Organisationen gegenüber eine abwertende Stellung einnehmen, weil sie meinen, nicht eher einer Organisation beitreten zu können, bis diese selber erst Frieden mit den Kollegen habe, so nähmen auch die absolut auf dem Boden der Lokalorganisation stehenden eine abwertende Stellung ein, wenn sie verlangen, der Verband solle erst etwas leisten. Auch im Verband hätten wir das Recht, gegen vorhandene Mängel Stellung zu nehmen und sie zu beseitigen. Nur durch Handeln kommen wir zum Ziel, nicht durch Abwarten. Der Beifall der Versammlung bezugte, daß dieselbe mit diesen Ausführungen einverstanden war. Kollege Koblenzer wies nun nach, daß uns der nicht aufgeführte Streik so viel nicht gefehlt habe, aber ein verlorener Streik würde schließlich die ganze Organisation erschüttern. Er führte weiter aus, daß diejenigen, die so lange Interesse für den Verein hatten, es auch fernhin haben würden, wenn es gelte, für die 5 Pf. monatlichen Beitrag ihr Eigenthumsrecht an Verein zu wahren. Nachstehender Antrag wurde hierauf gegen 4 Stimmen angenommen:

Da die Zahlstelle Berlin des deutschen Tischlerverbandes beschloß hat, die im Frühjahr vom Fachverein der Tischler gestellte Resolution anzunehmen, wenn die Hälfte des Vereinsvermögens der Zahlstelle überwiesen wird, beschließt die außerordentliche Generalversammlung des Fachvereins der Tischler, diesen Beschluß anzuerkennen. Zur Durchführung desselben sind der Zahlstelle 2000 M. zu überweisen. Der Arbeitsnachweis des Fachvereins der Tischler geht mit dem 1. Februar em. Das zum Führen des Arbeitsnachweises notwendige Inventar wird einem von der Generalversammlung zu bestimmenden Kollegen überwiesen mit dem Auftrage, dasselbe dem zu wählenden Arbeitsvermittler des Verbandes leihweise zur Verfügung zu stellen, sowie das Eigenthumsrecht an dem Inventar zu wahren. Die Bibliothek können alle organisierten Kollegen Berlin benutzen, sofern sie sich der Bibliotheksordnung des Fachvereins unterwerfen. Die noch schwebenden Prozesse werden vom Fachverein zu Ende geführt.

Ein Antrag, daß alle Kollegen bis zum 1. Januar abgetreten sein sollen, wurde ebenfalls angenommen. Desgleichen wurden die Statutenänderungen gutgeheißen. Es wurde dann Kollege Koblenzer gewählt, um das auf den Arbeitsnachweis Bezügliche auszuführen. Nach dem Kollege Wiedemann noch auf das Weihnachtsergebnis aufmerksam gemacht und denselben für einen Bekrämder erklärt hatte, der bedauert habe, auf dem Arbeitsnachweis freien Mißbefugnisse-Bills für 35 Pf. verkauft worden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Schmargendorf. In der vorigen Woche fand hier im Schützenhause eine Volksversammlung statt, in welcher Herr Robert Wolf über das Thema: „Vorwärts, Einwendungen und Anklagen der Bourgeoisie gegen die Sozialdemokratie“ referirte. Der Vortragende wies die Angriffe der Gegner, die in bezug auf die Ziele der Sozialdemokratie von Kosernstaal, Abschaffung des Eigenthums, „freier Liebe“ u. s. w. laßeln, dadurch zurück, daß er die Eigenthumsverhältnisse, die „Heiligkeit“ der Ehe in den Kreisen der Bourgeoisie, sowie andere Einrichtungen der heutigen Gesellschaft einer treffenden Kritik unterzog und ihnen die idealen Forderungen der Sozialdemokratie gegenüberstellte. Die Versammlung, welche auch von Frauen zahlreich besucht war, gab ihre Zustimmung durch lebhaften Beifall zu erkennen. — Hieraus erriethete der bisherige Vertrauensmann Genosse Peters Bericht über seine Thätigkeit; derselbe wurde als solcher wiedergewählt. Zu Revisoren wählte die Versammlung W. Gerike, Fanchel und Schable. In die Lokalkommission wurde P. Werner wieder und B. Abraham und A. Bernicke ernannt.

Briefkasten der Redaktion.

H. A. 52. Der Musiklehrer braucht seine Lehrlinge, wenn die Vergütung ausschließlich in der Gewährung von Logis und Kost besteht, weder zur Krankenkasse anzumelden noch für die selben Altersversicherungsbetrag zu zahlen.
H. M., Kalteherstraße. Der Meister war zu sofortiger Entlassung nicht berechtigt.
E. C. Das Landgericht Pödersdorf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, 2. Dezember.
Opernhaus. Der Teufelsbräutigam.
Schauspielhaus. Demetrius. Lu-
 randot, Prinzessin von China.
Festung-Theater. Cyprienne.
Berliner Theater. König Richard III.
Wallner-Theater. Die Ehre.
Deutsches Theater. Die Jüdin von
 Toledo.
Aroll's Theater. Undine.
Neues Theater. Die Liebeshänd-
 lerin.
Residenz-Theater. Im Pavillon. (Le
 Parfum).
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.
 Das verunschöne Schloß.
Thomas-Theater. Almirantusch und
 Edelweiß.
Adolph Ernst-Theater. Die wilde
 Madonna.
Alexanderplatz-Theater. Berliner
 Gigerln.
National-Theater. Kean, oder:
 Leidenschaft und Genie.
Apollo-Theater. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezia-
 litäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vor-
 stellung.
Saunders-Variété. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
Uderwagen. Größtes Lager Berlins
 Andreasstr. 23. D. P.

Adolph Ernst-Theater.

Zum 84. Male:
Die wilde Madonna.
 Gesangsposse in 3 Akten von L. Troptow.
 Couplets von G. Görrs. Musik von
 G. Stoffens. Mit neuen Kostümen aus
 dem Atelier d. Fr. Köpke, und neuen
 Dekorationen v. Lützmeyer in Coburg.
 In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater.

Alexanderstr. 40.
 Fernsprechamt III Nr. 1711.
 Heute Abend 7 1/2 Uhr:
Berliner Gigerln,
 Posse mit Gesang in 3 Akten und
 4 Bildern von J. Wimmer, bearbeitet
 von R. Spibel.
 Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

American-Theater.

Jeden Abend jubelnder Beifall!
Die Trockenwäner,
 oder „Das Kind in der Kommode“,
 parodistisch-realistischer Vor-
 gang im Keller, beobachtet vom
 Hofe aus, von Oscar Wagner.
Bendix in seiner
 Saison-Nummer:
**Man merkt's am Gang,
 Da ist was mang!**
 Auftreten sämtl. Spezialitäten.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf.
 Sonntags 6 Uhr.

Circus Renz.

(Karlststraße.)
 Freitag, den 2. Dezember 1892:
 Abends 7 1/2 Uhr:
Außerordentliche Vorstellung
 mit humorist. Einlagen sämtl. Clowns.
 Ganz neu: Vorführung eines
 vorzüglich dressierten Elefanten. Ganz
 neu! Ferner Mr. James Pills
 mit dem Schulpferde Germal. Pansch,
 Ponghengst, Orig.-Dressur vom Clown
 Misko (August). Der musikal. Clown
 Hermann.
 Zum Schluß: Auf Helgoland.
 Mit neuen Einlagen, u. A.: Leib-Garde-
 Artillerie. Ballet von 82 Damen.
 Morgen, Sonnab., Abends 7 1/2 Uhr:
 Große Vorstellung. — Sonntag: Zwei
 gr. Festvorstellungen. Nachm. 4 Uhr
 (1 Kind frei): Die lustigen Heideborger,
 Abends 7 1/2 Uhr: Auf Helgoland
 und Mr. James Pills. Bilet-Vorverkauf
 beim „Invalidentank“, Marktgrafen-
 straße 61a.
 Fr. Renz, Direktor.

Circus Corty-Althoff.

Berlin, Friedrich-Karl-Str.,
 Ecke Karlststraße.
 Freitag, den 2. Dezember,
 Abends 7 1/2 Uhr:
Extra-Vorstellung.
 Die 3 Nationen, 3 Pf. dargef.
 v. Mr. Cooke. Mignou, Apportir-
 pferd, sowie 55 Hengste, vorgef.
 v. Direktor Althoff. Dr. Angelo,
 Jockey. Miss Blanche, Schul-
 reitlerin. Austr. d. Saltomortale-
 reiters Mr. Hubert, d. musikal.
 Clowns Alfons u. Estio, d. Luft-
 gimnastiker The Hammons u.
Mexikan. Kriegsepisode.
 Sonnabend 7 1/2 Uhr: Große
 Vorstellung. — Sonntag: Zwei
 Vorstellungen, Nachmittags 4 Uhr
 (1 Kind frei) u. Abends 7 1/2 Uhr.
 Zum Schluß d. Nachm.-Vorstell.:
 Mexikan. Kriegsepisode.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.
 Welt-Lokal Berlin, 5000 Pers. fassend.
Täglich
Gr. Spezialitäten-Vorstellung
 mit abwechselndem Programm.
 Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Sonnt.
 6 Uhr. Entree 50 Pf.
 Jeden Mittwoch und Sonntag Nachm.
 Grosses Familien- und Kinderfest
 mit Gratis-Verlosungen
 und Spezialitäten-Vorstellung.
 Anfang Mittwoch 4 Uhr, Sonntag
 3 1/2 Uhr.
 Entree für Kinder wie Erwachsene
 I. Platz 50 Pf., II. Platz 25 Pf.

**Passage-
 Panoptikum.**
 Die bildschönen
 zusammengewähl-
 und das
Riesenkind.

Allen Freunden und Genossen emp-
 mein neu eingerichtetes 33572
Beiz- und Bairisch-Bierlokal.
 Auch sind Zimmer für Vereine für
 einige Abende in der Woche noch zu
 vergeben. Gelegentlich Zuspruch entgegen-
 sehend achtungsvoll
Wilhelm Schöbel,
 121a. Köpenicker-Strasse Nr. 121a.
 Milchgeschäft Krankheits Halber zu
 verk. Bernauerstr. 25 im Zigarrenladen.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
**Vollständig neues
 Programm.**
 13
neue Nummern.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.

Castan's Panoptikum.

Sensationell!
Prinzeß Topase.
 Vorstellungen 11-1 und 4-9 1/2 Uhr
 täglich.
Ohne Extra-Entree.
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.
 Morgen, Sonnabend: **Grosses
 Gänse-Ausschieben** v. Resta-
 rateur Hilgert in Mariendorf. 1884b

24 Verkäufer.

Von heute ab offeriren wir in einer Vielfältigkeit, Masse und Auswahl, wie es bisher noch keinem Publikum geboten worden ist:

Elektrische Beleuchtung.

Abtheilung I.
Wintervaletots.

Double mit Tuchfutter	sonst M. 20 b. u. v. 8 M. an.
I. Double m. Samasutter	24 " " 12 " "
Diagonal m. gest. Serge	26 " " 13 " "
Belour mit Clothfutter	28 " " 14 " "
Düffel mit Steppfutter	30 " " 15 " "
Nainé mit Atlas	34 " " 18 " "
Floconné mit Janella	30 " " 16 " "
Reise mit Tuch	45 " " 23 " "
Montognac mit Seidenf.	50 " " 25 " "
Kammgarn mit do.	55 " " 28 " "
Prince of Wales Winter- Paletots exquisit.	60 " " 30 " "

Abtheilung II.

Reise-Mäntel	sonst M. 24 b. u. v. 12 M. an.
Kaiser-Paletots	20 " " 10 " "
Paletots, Jac. Prince Reg.	35 " " 18 " "
Wäster	25 " " 15 " "
Wäster m. halber Pelzine	32 " " 18 " "
Wäster m. ganzer Pelzine	40 " " 20 " "
Kaiser-Mäntel	20 " " 12 " "
Kaiser-Mäntel I.	28 " " 18 " "
Dohenzollern-Mäntel	50 " " 27 " "
Russischer Mäntel, elegant, sonst 85 M., bei uns 25 M.	

Abtheilung III.
Complett Anzüge in

blau Cheviot	sonst M. 24 b. u. v. 8 M. an.
Buflin	22 " " 9 " "
Crimmischauer	28 " " 14 " "
Diagonal	32 " " 18 " "
Sportjacon	34 " " 17 " "
für die Reise	28 " " 15 " "
Belour	36 " " 18 " "
Satin	42 " " 21 " "
Kammgarn	34 " " 19 " "
do. rayé	42 " " 21 " "
Gehrockjacon	50 " " 25 " "
do. hochfein	64 " " 32 " "

Abtheilung IV.
Hosen — Hosen und Westen

Tuch	sonst M. 7 b. u. v. 3 M. an
Winterbuckin	12 " " 5 " "
Schwarzes Tuch	14 " " 6 1/2 " "
Kammgarn	15 " " 8 " "
D. u. B. i. gebieg. Stoff.	15 " " 8 1/2 " "
D. u. B. hochfein	24 " " 14 " "
Nouveautés Hosen, das Elegante der Saison, von 9 1/2 M. an.	

Abtheilung V.
Herbst Paletots sonst M. 21 b. u. v. 8 1/2 M. an

Herbst-Paletot, schwer	28 " " 18 " "
Herbst-Paletot, extra	35 " " 20 " "
Juppen für's Haus	10 " " 6 " "
Boden-Juppen	12 " " 7 " "
Gebirgs- u. Jagd-Juppen	17 " " 11 " "
Interims-Jaçon-Juppen	22 " " 15 " "
Spezialität in Juppen besseren Genres.	

Abtheilung VI.

Schlafroße in Double	sonst M. 18 b. u. v. 7 M. an
Schlafroße	20 " " 9 " "
Schlafroße	22 " " 10 1/2 " "
Schlafroße	24 " " 12 " "
Schlafroße	26 " " 15 " "
Schlafroße	30 " " 20 " "
Schlafroße	34 " " 21 " "
Schlafroße m. Steppfutter	36 " " 22 " "
Schlafroße, Türkisch	45 " " 29 " "

Abtheilung VII.

Westen, einzelne	sonst M. 6 b. u. v. 1 1/2 M. an
Schwarze Tuchwesten	7 1/2 " " 5 " "
Weisse Westen	8 " " 5 " "
Hochlegante Westen	12 " " 8 " "

Abtheilung VIII.

Ia. Knaben-Anzüge	sonst M. 4.— b. u. v. 2 M. an
in Buflin	5.— " " 2 1/2 " "
in Cheviot	5.50 " " 3 " "
in Satin	6.— " " 3 1/2 " "
in Diagonal	7.— " " 4 " "
in Nouveaut.	10.— " " 5 " "

**Haute Nouveauté-Anzüge, wie solche aus
 Spezial-Geschäfte führen.**

Ib. Burschen-Anzüge, sonst M. 9 b. u. v. 5 M. an

in Buflin	9 1/2 " " 5 1/2 " "
in Cheviot	10 " " 5 1/4 " "
in Satin	12 " " 6 " "
in Diagonal	13 " " 7 " "
hochfein	18 " " 9 " "

Ic. Jünglings-Knütz, sonst M. 15 b. u. v. M. 7 an

in Buflin	15 " " 7 1/2 " "
Cheviot	19 " " 8 " "
Diagonal	20 " " 11 " "
Kammgarn	24 " " 14 " "
hochlegante	30 " " 18 " "

IIa. Knaben-Palet, sonst 6 1/2 M., b. u. v. 2 1/4 M. an

Knaben-Palet mit Plüsch	9 " " 6 " "
Knaben-Palet mit Pelzine	11 " " 7 " "
Knaben- Schwalbstock	12 " " 8 " "
Knaben- Reise-Mäntel	6 " " 3 " "
Knaben- Kaiser-Mäntel	5 " " 2 1/2 " "

Haute Nouveautés-Paletots zu jedem Preise.

IIb. Bursch. Pal., Gr. Jac. sonst 12 M., b. u. v. 5 M. an

Bursch. Schw. m. Pel.	14 " " 7 " "
Bursch. -Wendelstock	15 " " 9 " "
Bursch. Kaiser-Mit.	10 " " 4 1/2 " "

IIc. Jünglings-Paletots

Jüngl. Schw. m. Pel.	18 " " 11 " "
Jüngl. -Wendelstock	18 " " 12 " "
Jüngl. -Wäster	14 " " 8 " "
Jüngl. Kaiser-Mit.	12 " " 7 1/2 " "
Jüngl. -Dohenzollern-Mit.	28 " " 20 " "

Niemand braucht heute mehr schäbig gekleidet zu gehen, denn für wenige Mark kann er bei uns sein Aeußeres in einen eleganten Menschen verwandeln.
 Niemand braucht heute mehr alte getragene Sachen zu kaufen, in denen er sich den Keim einer ansteckenden Krankheit holen kann, da er bei uns für dasselbe Geld frische neue Kleidungsstücke kaufen kann.
 Niemand, selbst der Armen Kernster, braucht heute Kleidungsstücke für sich oder seine Familie auf Abzahlung zu kaufen, denn für den Preis, den er wo anders nur als Anzahlung zu leisten hat, kann er sich bei uns schon seinen Bedarf decken.
 Wir bemerken zum Schluß, daß es im Interesse eines Jeden liegt, seinen jetzigen und seinen voranschichtlichen Bedarf jetzt bei uns zu decken, da sich eine solche Gelegenheit, derartig gute Waaren zu solchen Preisen einzukaufen zu können, so schnell nicht wieder bieten dürfte.
 Jeder beeile sich mit seinem Einkauf, damit er aus den einige hunderttausende von Mark noch antreffenden Waarenbeständen das, was seinem Geschmact entspricht, findet.

„Zum Prophet“

1. Etage, Am Dönhoffplatz, 1. Etage,
 Ecke Leipziger- und Kommandantenstraße.

Keine Sträflingsarbeit. Nur Schneiderarbeit.
 Versand nach Auswärts gegen Nachnahme.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

6. Sitzung vom 1. Dezember 1892. 1/2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf von Caprivi, von Bötticher, von Mahahn, von Marschall, von Kallenberg, Hollmann.

Die erste Beratung des Reichshaushalts-Etats für 1893-94 wird fortgesetzt.

Abg. Dahl (natl.): Auf die Militärvorlage will ich nur eingehen, soweit sie den Etat berührt. Nach der vorjährigen Rede des Reichskanzlers hätte die öffentliche Meinung nicht eine Rede des Reichskanzlers erwartet. Durch die ganze Art, wie die Gerichte sich verbreiteten, wie die Nachrichten durchdringen, wurde die öffentliche Meinung irreführt. Von unserer Partei kann ich behaupten, daß sie den militärischen Forderungen der Regierung stets willig nachgegeben hat. Unsere bisherigen Bewilligungen wurden uns erleichtert dadurch, daß wir das unbedingte Vertrauen in die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten hatten, daß wir die Ueberzeugung hatten, daß die europäische Weltlage überwacht würde, daß die militärischen Forderungen mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit gestellt würden. Ich würde es für einen Fehler halten, in prinzipielle Opposition gegen die Regierung zu treten wegen der Militärvorlage. Wir müssen dieselben unterjungen prüfen; unsere Zustimmung wird kein Vertrauensvotum sein, sondern wir wollen nur das Vaterland sichern. Die Bedeutung der zweijährigen Dienstzeit für die Volkswirtschaft haben wir stets anerkannt. Herr v. Bennigsen und ich haben dies in der vorigen Session näher auseinandergesetzt. Eine Statistik darüber, wieviel Personen zwei oder drei Jahre gedient haben und wie diese ihrem früheren Erwerbe entfremdet sind, würde sehr interessant sein. Ich glaube, daß ein großer Theil der ländlichen Arbeiter, die drei Jahre gedient haben, ihrer ländlichen Beschäftigung entfremdet werden. Für die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit werden wir alles bewirken. Die Veröffentlichung des Militär-Wochenblattes über die Landwehrenten haben mich tief betrübt, und sie haben den Landwehrenten die Erinnerung an ihre Dienstzeit getrieben. Ich bedaure, daß die Veröffentlichung gerade in Preußen möglich war, wo die Erinnerung an 1813 vorhanden ist. Eine Verjüngung der Armee halte ich für erforderlich, aber es wird niemals gelingen, die verheirateten Leute von der Feldarmee gänzlich fern zu halten. Bisher verheiratete Leute ihr Erbe 1870 gelassen haben, zeigen die Zahlen der Witwen, welche aus dem Pensionsfonds unterrichtet werden. Wenn man so große Opfer für die Armee verlangt, dann müssen vorher alle die vringenden Reformen durchgeführt werden, welche von allen Seiten einmüthig verlangt worden sind. (Beifall links.) Ich beweise, daß die Vorlage im vollen Umfang durchgeführt werden kann. Von 1874 bis 1890 ist nur eine Steigerung der Friedensbesatzung von 86 000 Mann verlangt worden und jetzt werden mit einem Male 84 000 Mann Verstärkung verlangt in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression; die Steuern, welche von Seiten der Regierung vorgeschlagen sind, werden bei weitem nicht ausreichen, um den Bedarf der Militärvorlage zu decken. Nur der erste Bedarf wird gedeckt; nachher werden wir großen Beträgen gegenüber stehen, welche für das Kosernen der Truppen erforderlich sein werden. Soweit dies ohne Gefährdung vitaler Interessen geschehen kann, wollen wir die Forderungen bewilligen, aber wir glauben nicht, daß es diesmal möglich sein wird, ohne eine solche Gefährdung durchzuführen. Es fehlt jetzt an den nötigen Offizieren und Unteroffizieren und ich fürchte, daß das Rangkennzeichen sich noch vergrößern wird, denn die Unteroffiziere, welche jetzt im bürgerlichen Leben nach Erledigung ihrer Dienstzeit nicht vorwärts kommen, bleiben noch länger bei der Fahne. Es wird deshalb nicht möglich sein, die Vorlage durchzuführen aus Mangel an dem nötigen Personal. Ich gebe nun zum Etat über und zwar speziell zum MilitärEtat. Gegenüber den großen Forderungen, welche jetzt die Militärverwaltung beschuldigen, muß einmal die Frage der Uniformierung in den Vordergrund gestellt werden; es müssen hier Änderungen eintreten, aber nicht so plötzlich, damit nicht Mehrbelastungen entstehen. Die Vereinfachung der deutschen Bekleidungsstellung hat in weiten Kreisen Unzufriedenheit erregt. Weitere Unzufriedenheit ist erregt worden durch die Ausföhrung der Gewerbe-Ordnung. Ich halte nicht geglaubt, daß sich hiergegen ein so großer Widerspruch hätte nicht geltend machen würde. Aber ich kann nicht verhehlen, daß die Bestimmungen, welche die Einzelregierungen zu treffen hatten, nicht so getroffen zu sein scheinen, wie es bei der ersten Einführung eines Gesetzes hätte geschehen müssen. In Süddeutschland hat man die ursprünglich erlassenen Vorschriften gemildert und die Unzufriedenheit hat sich gelegt. Der Bundesrat sollte dabei erwägen, ob nicht unsere ganze Produktionsfähigkeit in Frage gestellt wird (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), ob nicht im Interesse der Arbeiter, welche Gefahr laufen, einen Theil ihrer Arbeit zu verlieren, eine Einschränkung geboten wäre. Große Unzufriedenheit hat es auch erregt, daß der Bundesrat den Antrag des Reichstages, das verwaltungsgerichtliche Verfahren für Zollsachen einzuführen, abschlägig beschiednen hat. (Zustimmung.) Die Vermehrung der Ausgaben für die Invalidenversicherung ist eine erfreuliche. Es sind 145 000 Invaliden gemährt worden, und überall wird man den Betrag dieser Rente, auch wenn er nur niedrig war, gern empfangen haben. Wir wissen nicht, wie hoch diese Ausgabe sich noch steigern wird, jedenfalls müssen wir in jedem Jahr darauf Rücksicht nehmen. Wenn die Regierungen so hohe militärische Forderungen vorlegen, dann müssen wir zu der Erkenntnis kommen, daß wir die Ausgaben für das Landheer in die erste Linie stellen und danach die Konsequenzen in bezug auf die Bewilligungen für die Flotte ziehen müssen. In dieser Beziehung wird die Budgetkommission auf Ermäßigungen bedacht sein müssen. Wir haben eine erhebliche Anzahl von Schiffen und deshalb wird unsere bescheidene Betheiligung bei der Kolombussfeier in Italien und unser Fortbleiben in Spanien nicht überall verstanden werden. Es wäre vielleicht sehr nützlich gewesen, bei den südlichen Völkern in dieser Weise eine Visitenkarte abzugeben. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Wir haben allerdings 1800 Millionen Schulden, aber wir dürfen den Etat des Reichs nicht in seiner Vollkraft betrachten, sondern im Verhältnis mit den Etats der Einzelstaaten. In Preußen und in Bayern liegen die Bedingungen für die Schulden in dem großen Eisenbahnnetz und das Reich hat zur Verzinsung seiner Schulden Einnahmen aus den Reichseisenbahnen und aus der Reichspost und Telegraphenverwaltung von je 21 Millionen Mark bei 60 Millionen Zinsen. Aber trotzdem müssen wir darauf bedacht sein, eine Vermehrung der Schulden zu hindern. Denn wir dürfen nicht hoffen, daß die Finanzlage des Reichs in der nächsten Zeit wesentlich besser werden wird. Deshalb muß möglichst viel von den einmaligen Ausgaben auf die laufenden Einnahmen übernommen und nicht durch Anleihen gedeckt werden. Ich sehr dürfen wir uns nicht auf die Zukunft stützen. Ich will hoffen und wünschen, daß die Budgetkommission meine Ausführungen berücksichtigt, und daß es ihr gelingt, wie auch Herr Richter es ausgesprochen hat, Ersparnisse herbeizuführen. Reichskanzler Graf v. Caprivi: Für die Art und Weise,

wie der Herr Vorredner die Militärvorlage gestreift hat, kann ich nur dankbar sein. Nur einen Punkt, den er berührt, möchte ich besprechen: Das ist der Mangel an Unteroffizieren und Offizieren, der auch in der Presse besprochen ist. Solche Dinge gehören weniger vor das Haus als vielmehr vor die Kommission. Wir werden dort zahlenmäßig den Beweis führen, daß wir das, was wir erstreben, mit den Offizieren und Unteroffizieren erreichen können. Der Vorredner hat dann die maritimen Feste im Süden berührt. Er befindet sich im Irrthum, wenn er annimmt, daß wir in Spanien nicht vertreten gewesen wären; dasselbe Schiff hat uns in Italien und in Spanien vertreten. Wir müssen uns in dieser Beziehung eine gewisse Beschränkung auferlegen, zumal die Festlichkeiten in Genua in eine Zeit fielen, wo es nicht möglich war, mehr Schiffe zu entnehmen. Ein gut bemanntes Schiff ist zur Repräsentation vollkommen ausreichend. Wenn wir es durch die Zahl zwingen sollen, dann müßten wir eine viel größere Flotte haben. Die Wünsche des Reichstages über die Militär-Strafprozeßordnung und über das Beschwerderecht sind vom Vorredner gestreift worden. Die Resolution des Reichstages über das Beschwerderecht ist abgelehnt worden, aber nur aus einem formalen Grunde, weil es sich hierbei um eine Angelegenheit der Kommandogewalt handelt, welche sich nicht beim Bundesrat befindet. Die Resolution wegen der Militär-Strafprozeßordnung ist dem Reichskanzler überlassen worden. Da diese Frage nicht ohne Mitwirkung des Reichstages erledigt werden kann, muß die Hoffnung ausgesprochen werden, daß der Reichstag auf die Erfüllung seiner Forderung hinwirkt. Ich hoffe, daß die Vorlage den Reichstag in der nächsten Session beschäftigen wird.

Abg. Liebknecht (Soz.): Ob diese Hoffnung sich erfüllen wird, bezweifle ich. Ich begreife den Dank des Reichskanzlers über die Art und Weise, in der sich der Vorredner über die Militärvorlage ausgesprochen hat. Als der Vorredner die Tribüne betrat, mußte ein Jeder von vornherein, daß er sich in großen und ganzen zu Gunsten derselben aussprechen würde, daß er einem Kompromiß geneigt ist. Was die Resolution des Reichstages in bezug auf die Militär-Strafprozeßordnung und das Beschwerderecht betrifft, so habe ich wenig Hoffnung gehabt, daß der Bundesrat auf die Beschlüsse des Reichstages eingehen werde. Die letzteren werden zwar stets geprüft, aber nicht ausgeführt. — Pumpen und Defizit! Das ist im großen und ganzen die Signatur unseres Etats. Unter den gestiegenen Ausgaben befinden sich wenige, welche wirklich zu nutzbringenden Zwecken vorgesehen sind. Die Ausgaben für den Reichs-Invalidentfonds und für den Nord-Offizierkanal bemähele ich nicht; bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit ist es nützlich, wenn die Bauhätigkeit beschleunigt und ausgedehnt wird. Aber die meisten Neubausachen sind nur für das Militär bestimmt. Angesichts der Möglichkeit der Reichstags-Auflösung ist es angebracht, immer wieder auf das Steigen des Militärstats hinzuweisen. 1872 schloß der Etat mit einem Ordinarium von 250 Millionen für das Heer, 12 Millionen für die Marine, 1892/93 mit 427 1/2 Millionen für das Heer und 45 Millionen für die Marine. Im ganzen haben wir seit 1872 für Heer und Marine aufgewendet 11 Milliarden 597 Millionen Mark, Reichsschulden seit 1877 bis zu dieser Budgetperiode 1894 Millionen gemacht. Wenn wir nach dem Ausspruch Moltke's 50 Jahre angestrengtester Rüstung nötig haben, dann werden wir nach Ablauf dieser 50 Jahre 40 Milliarden für militärische Zwecke ausgeben haben. Die erhöhten Ausgaben des Reichs sollen durch erhöhte Ratrikularbeiträge aufgebracht werden. Dabei hat Preußen 5400 Millionen Schulden, Bayern 1400 Millionen, Sachsen 650, Württemberg 450, Baden 700 Millionen und die kleineren Staaten 600 Millionen. Das macht zusammen 9200 Millionen und zusammen mit den Reichsschulden 11 Milliarden. Die Hölle und indirekten Steuern sind von rund 242 Millionen im Jahre 1879 auf rund 678 Millionen gestiegen. Diese Zahlen beweisen, daß wir in ungeheurer Weise belastet sind und daß diese Belastung organisch steigt. Was die neue Militärvorlage betrifft, so müssen wir prüfen, ob das deutsche Volk überhaupt im Stande ist, auch nur die bisherige Belastung fort zu tragen. In der Thronrede wird die wirtschaftliche Krise leichtin behandelt, aber diese Krise ist ebenso intensiv als allgemein. Sie ist eine internationale Krise von einer Ausdehnung, wie wir sie bisher niemals hatten. In allen Ländern der Welt herrscht gleichmäßig Arbeitslosigkeit. Dieselbe hat in einem Umfange zugenommen, von dem man bei früheren Krisen gar keinen Begriff gehabt hat. Und einer solchen Lage gegenüber will man das Volk noch weiter belasten! Eine Aufhebung der Mac-Kinley-Bill würde keine dauernde Besserung schaffen. Sie (nach rechts) haben in der Schutzoll-Politik die Initiative ergriffen; wenn Sie sich jetzt über die Mac-Kinley-Bill beschweren, belassen Sie bloß die Früchte Ihres eigenen Werkes. (Sehr richtig! links.) Wird die Mac-Kinley-Bill aufgehoben, so wird es nicht sofort geschehen, und betrifft Amerika einmal die Wahn des Freihandels, so wird es, wie es das kapitalistische England von seinen Märkten verdrängt, auch gegen uns in eigenen Lande einen wirtschaftlichen Krieg führen, dem wir nicht gewachsen sind. Alle Staaten nehmen einen ähnlichen Entwicklungsgang. Den Engländern ist ein Stück nach dem andern vom Weltmarkt entzogen worden, die Konkurrenz wird immer gewaltiger, und man verweist jedes Volk immer mehr auf den eigenen Markt im Innern. Die afrikanischen Kolonien sollen ein Absatzgebiet für unsere Ueberproduktion bilden. Ich habe schon im sächsischen Landtag gesagt, wenn die Arbeiter im sächsischen Erzgebirge einen Groschen mehr Lohn erhalten, können sie mehr kaufen, als uns unsere sämtlichen afrikanischen Kolonien einbringen; das Volk zu bereichern, darauf läme es an. Das heutige Wirtschaftssystem im Einklang mit dem kapitalistischen System geht aber darum aus, den Binnenmarkt zu vernichten und die Kleinen von den Großen austraben zu lassen. Das Wesen des Kapitalismus ist, daß das Groszkapital die Arbeiter ausbeutet und auf das Minimum der Existenzbedingungen herabdrückt. Wie will man denn dem Kleinen Mann gegen das Groszkapital helfen? Herr Dahl meinte, nach Nachrichten aus der Presse seiner Partei, daß die Klagen, daß keine Handwerker zu Grunde, unbegründet seien, wie die sächsischen Einkommensteuer-Etats beweisen. Herr Dahl läßt sich durch tendenziöse Berichte in nationalliberalen Blättern irreführen. Da ist man auf konfessioneller Seite ehrlicher; die amtliche „Leipziger Zeitung“ erkennt an, daß der Kleinbetrieb durch den Groszbetrieb vernichtet wird. Wer glaubt, der Mittelstand sei zu erhalten, den schlagen die Erfahrungen ins Gesicht. Auch in der Landwirtschaft vernichtet der Groszbetrieb den Kleinen. Sie auf der Rechten nennen sich Vertreter der Landwirtschaft. Jawohl, Vertreter der Reichen, des Groszbetriebs in der Landwirtschaft. (Widerspruch rechts.) Aber die Millionen der Kleinen Grundbesitzer gehen zu Grunde, und Ihre agrarische Politik seit 1878 hat diesen Prozeß beschleunigt, weil sie Ihre Kapitalkraft verwehrt hat. In England kann von kleinem Betrieb gar nicht mehr die Rede sein. Eine geeignete Gesetzgebung hätte diesen Prozeß vielleicht aufhalten können — ich lasse das aber noch dahingestellt —, aber Ihre Gesetzgebung hat ihn noch beschleunigt, jene Politik, die den Seaten jurist: enrichissez-vous, bereichert Euch! Wenn Sie den Kleinen Grundbesitzer auf-fordern, sich von den bösen Sozialdemokraten abzuwenden, Sie wollten ihn retten, so weiß Jeder, der die Nationalökonomie

kennt, daß Sie dieses Versprechen gar nicht erfüllen können, Sie müßten denn vor allem die kapitalistische Gesellschaft abschaffen. Sie glauben doch nicht, daß Sie den Kapitalismus wieder in die Fierschale zwingen können, aus der er ausgeflogen ist als Adler, die Welt beherrschend. Mit Ihren kleinen sozialen Gesetzen retten Sie dem Kleinen Handwerkermeister nicht die Existenz, Sie täuschen die Leute nur, wie man einen unheilbaren Kranken täuscht, wenn man ihn künstlich erhält. Wir sagen den Leuten die Wahrheit: Ihr geht zu Grunde, d. h. nicht als Person, sondern der Stand geht zu Grunde. Wir handeln also als Herde, die andere Art der Kur ist Kurpfuscherei. (Zornstürmer Beifall rechts.) Auf rechts: Singer wird sich aber ärgern! Triumphieren Sie da auf der Rechten nicht allzu früh; eines Tages werden Ihnen die Gelächter die Wechsell repräsentieren. Die soziale Frage rückt Ihnen jetzt auf den Leib. Bei der Wahl Abwardt's ist Ihnen plötzlich ein Antisemit in Ihre Gesetze gekommen, Sie werden ihn so leicht nicht wieder los werden. Das Eindringen des Antisemitismus in ihre Regionen bedeutet den Einbruch der sozialen Frage. Man nennt den Antisemitismus den Sozialismus der dummen Leute. Das ist richtig, insofern die, welche sich durch den Antisemitismus über ihr Elend täuschen lassen, sobald sie den Schwindel begriffen haben, Sozialisten werden. Dem Antisemitismus hat gerade der sozialistische Kern seine Macht gegeben. Sie kämpfen gegen das jüdische Kapital (sehr richtig! rechts), das christliche wollen Sie retten, das aber ist unendlich mächtiger und erdrückender, als das jüdische. Man benutzt den Rassenhaß aus alten Zeiten, man benutzt die Thatsache, daß aus Anlaß der hundertjährigen Unterdrückung, während welcher den Juden jedes andere Geschäft unter-sagt war, sie sich lediglich dem Geldgeschäft zugewandt, haben, um gegen die Juden zu hetzen. In Pommern, wo Sie die Herrschaft haben, kann man den Juden nicht nachweisen, daß sie den Vaerachand zu Grunde gerichtet haben, dort sind es vielmehr wir, die reichen Rittergutsbesitzer gewesen. Die soziale Frage wird weiter gehen, bis der Sozialismus auch bei Ihnen aufgedummt hat. Die Ent-wicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat sich seit bis zum Bürgerkrieg gesteigert, wie Sie in Amerika sehen. Ueberall findet man dieselbe Entwicklung. Ueber den Streik in Carmaux hat man sich einfach durch die Redereien über den Sozialismus hinweggesetzt. In England, dem Mutterlande des Kapitalismus, hat die Bourgeoisie selbst erklären müssen, daß sie außer Stande sei, die ökonomischen Funktionen der Gesellschaft weiter zu führen. Große Sträus haben nicht die Arbeiter inszeniert, sondern ein-gesandenermaßen die Kapitalisten selbst, weil sie sich vor der Ueberproduktion nicht anders retten konnten. Das Eingeständnis, daß die Bourgeoisie in einer so unregelmäßig, anarchischen Weise produziert, daß auf Wochen und Monate alle Arbeiter still stehen müssen, daß ist das Eingeständnis des politischen Bankrotts der Bourgeoisie. Wir haben es mit einer internationalen Krise zu thun, eine Rettung unter dem heutigen System ist nicht möglich. Die Arbeitslosigkeit wird noch lange, lange dauern, noch sehr lange wird an die gefehenden Körper, auch in Deutschland, der Auf herantreten, dafür zu sorgen, daß dem Nothstand abgeholfen wird. Hunderte von Millionen werden schließlich nötig sein, damit nicht massenweise die Leute in das tiefste Elend verfallen. Und da kommt die Regierung mit dieser Militärvorlage! Sie wird damit begründet, es sei nötig, das Heer fortzubilden, nicht auszubilden. Das ist ein kleiner Unterschied, im Fortbilden liegt das Eingeständnis, daß diejenige Forderung nur eine Abschlagzahlung ist, mit der sich der Militarismus vorläufig begnügt. Der Reichskanzler sagt, wir müssen dasbeden, das Schwert in der Scheide und die Hand am Griff. Wie lange sollen wir so dasbeden? Ich habe noch keinen Menschen gesehen, der in dieser Stellung die geringste Arbeit hätte leisten können; dabei verhungert man. Nach einem Kriege soll auch die siegende Nation keine Aussicht auf dauernden Frieden haben. Das zeigt die ganze moralische Unmöglichkeit einer solchen Politik. Also nach einem Kriege, wenn er noch so glücklich ausfiele, müßten wir das alte Spiel wieder von vorn anfangen. Das ist die Schraube ohne Ende. Damit sichern wir nicht uns, sondern den Bankrott, dem alle Völker verfallen, die dieses Spiel treiben. Das ist die Stufenleiter, auf welcher von zwei Gegnern der eine immer so-wenig nachleitet, wie hoch der andere gestiegen ist. Wenn ich 2 Millionen Soldaten habe und mein Nachbar 2 Millionen, dann bin ich um nichts stärker, als wenn ich 200 000 und er auch 200 000 hat. Das Verhältnis ist dasselbe, nur die Opfer sind in jenem Falle größer. Am vorigen Mittwoch brachte Graf Caprivi die Militärvorlage ein, und 24 Stunden später der französische Kriegsminister Freycinet ebenfalls eine Vorlage, die auf dasselbe hinausläuft. So wird es später in ähnlichen Fällen wieder gehen. Nur wenn ein Staat vorher nicht durch Rüstungen erschöpft ist und wenn er nicht Krieg führt mit dem eigenen Volk, wird er unüberwindlich sein. Woju stehende Heere? Das stehende Heer von 1806 hat ein Jena erlebt, und Jena kann wiederkommen. Jede derartige Organisation erreicht einen Höhepunkt, und dann kommt von unten heraus eine Neubildung. Wir haben das gesehen bei den Kriegen der Schweizer, beim Kriege der französischen Revolution. Wir haben die große Uebermacht demokratischer Armeen über die Berufsarmeen in dem deutschen Befreiungskriege gesehen, wo man ohne die Landwehr, trotzdem man sie jetzt so niedrig stellt, nimmermehr gestagt hätte. Jetzt taucht die merkwürdige Idee auf, daß der Militarismus auch eine produktiv-wirtschaftliche Bedeutung habe. Die „Nordd. Allg. Ztg.“, der die Ehre zu Theil geworden ist, auch unter dem neuen Kurse offizielles Organ zu sein, veröffentlicht einen Brief, in dem ausgesagt wird, daß je mehr Soldaten ein Volk habe, desto reicher es sei, daß wenn alle Soldaten plötzlich entlassen würden, die Zahl der Arbeits-losen unendlich gesteigert würde. Daß ein solcher Brief in einem Blatte, das seine Instruktionen von der Regierung erhält, abgedruckt werden kann, begreife ich nicht. Damit haben Sie ja mit einem Male die soziale Frage gelöst; dann bauen Sie nur eine große Kaserne! Dann verlegen Sie ja das Volk; es bekommt zu essen, wird gedrill und erzogen, allerdings erzogen zu gegenseitigem Massenmord. (Abg. Bede 1: Sehr gut.) Das bleibt noch weit zurück hinter barbarischen Völkern und steht tiefer, weil es auf der Basis unserer heutigen Besitzung ruht. Zugegeben wird, daß ein dauernder Frieden nicht erzeugt wird. Allerdings der Krieg erzeugt den Krieg, nicht „a vis paona, para bellum“ muß es heißen, sondern: um den Frieden zu sichern, muß man den Frieden vorbereiten. Sehen die Rüstungen aber so weiter, so hat man ökonomisch ein saigner a blanc. Kommt es zum Kriege, so kommt hierzu das physische saigner a blanc, die Ausblutung der Völker. Wollte man das gesammte Volk nach Schopenhauer'scher Idee bewaffnen, so würde ich der Erste sein, der dafür stimmte, aber unter den heutigen Verhältnissen und Maßstäben ist dies ökonomisch un-möglich. Es fällt mir gar nicht ein, hier einen langen Vortrag über das Militärsystem zu halten, aber Folgendes möchte ich doch hervorheben. Nach der neuen Militärvorlage würden Deutsch-land 4 400 000 wehrhafte Männer zur Verfügung stehen. Die Ausgaben betragen im Ordinarium und Extraordinarium 800 bis 700 Millionen. Die Schweiz hat bei einer Bevölkerung von 8 Millionen im Ganzen 500 000 wehrfähige Männer. Legte man diesen Maßstab an unsere Verhältnisse, so müßte Deutsch-land 8 1/2 Millionen wehrfähige Männer haben. Das Schweizer

System kostete im vorigen Jahre 28 000 000 Fr. Deutschland würde dementsprechend 340 Millionen zu zahlen haben, während es nach dem jetzigen System für die 8 1/2 Millionen Soldaten 1000—1200 Millionen zu zahlen hätte. Nun sagt man, wir haben bessere Soldaten als die Schweiz. Ist dies bewiesen? Die österreichischen Ritter haben das auch gesagt, aber sie haben eine schmachvolle Niederlage erlitten. Man spricht sehr geringschätzig von der Landwehr, und doch kämpften gerade die alten Soldaten bei der Verteidigung des Vaterlandes für Haus und Hof, Frau und Kind mit mehr Muth und Begeisterung als die jungen Leute, die nichts zu verlieren haben. Bei dreiwund zwölftägiger, noch weniger bei einjähriger Dienstzeit läßt sich allerdings eine gute militärische Ausbildung nicht erzielen. Aber kann denn nicht, wie das nicht schon gewollt hat, die militärische Ausbildung mit der Jugendbildung verbunden werden? Die Ueberlegenheit des Militärsystems über die stehenden Heere ist von militärischen Autoritäten stets anerkannt worden, aber man will es aus politischen Gründen nicht haben. Man will den militärischen Geist konfessieren, und diesen wollen wir nicht. Die Trennung des Volkes in zwei Lager, der Geist, wie er im Anfange der Session der Reichstages-Interpellation als Ausgangspunkt diente, daß der Soldat auf Kommando schießt, wenn es sein muß, auf Vater, Mutter und Bruder, muß endlich befristet werden. Der Reichstagsler hat die neue Militärvorlage begünstigt mit der Möglichkeit eines Krieges gegen zwei Feinde. Ich sehe davon nichts. Nehmen wir an, wir kommen in einen Krieg mit Frankreich. Wäre etwa Rußland in der Lage, über Deutschland herzufallen? Die Engländer würden nie und nimmer dulden, daß Rußland sich der Suprematie über Europa bemächtigt. Und ist nicht Oesterreich da? Es würde zu Grunde gehen, wenn Rußland siegte. Dasselbe gilt von der Türkei. Wir haben also nicht nöthig, den Krieg gegen zwei Fronten zu führen. Wo bleibt aber der Dreibund? Es hat beinahe den Anschein, als wenn der Dreibund von uns gestiftet werden muß, nicht wir von ihm. Oesterreich und Italien würden doch genügen, um uns noch beiden Seiten hin der Gegner zu entledigen. Dazu kommt noch Polen. Im Kampf auf Leben und Tod gegen Rußland würde ein Mittel eine Zauberverwiltung ausüben zu unseren Gunsten: die Befreiung Polens von Rußland, die Wiederherstellung Polens. Eine halbe Million Ruten nach Polen und nicht dem Osten, die nöthigen Offiziere dorthin und es würde sofort im Innern Rußlands eine Revolution ausbrechen. Der Reichstagsler verweist auf die Presse. Aber was in den russischen Zeitungen steht, steht bloß mit Erlaubnis der Regierung da, und die Regierung ist der Zar. Nicht der Zar will den Frieden erhalten, wie der Reichstagsler fälschlich behauptet, sondern das Volk. Der Reichstagsler hat die Emser Depesche verächtet. Da ich die politische oder diplomatische Praxis des Fürsten Bismarck genau kannte, so habe ich in bezug auf die Emser Depesche meine Zweifel gehabt. Diese Zweifel wurden zur Gewissheit durch die Enthüllung von Hans Blum in den national-liberalen „Grenzboten“ von 1878, worin es hieß, der Krieg von 1870 sei nicht recht in Fluß gekommen, Begeisterung sei dagewesen, aber man habe geglaubt, daß der Stein ins Rollen gekommen, und dies verdaute man demjenigen, der das Extrablatt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ herausgegeben habe. Da sei der Spieß umgekehrt worden, die Franzosen seien vor der Alternative gewesen: entweder die Demüthigung oder den Krieg. Dieses Extrablatt war nichts als die berühmte oder berühmte Emser Depesche. Aus derselben Zeit wird wohl die Skizze stammen, welche in den letzten Tagen in der „Neuen Freien Presse“ erschienen ist und in der die Bemerkungen des Herrn Hans Blum etwas ausführlicher wiedergegeben sind. Im Jahre 1891 erschienen in der „Deutschen Revue“ die Aufzeichnungen aus dem Leben des Grafen v. Moon, in welchen folgendes Notiz stand: „Die Emser Depesche über die Unterredung Benedetti's mit König Wilhelm war im Ministerium von Bismarck in der Wilhelmstraße redigirt und durch das Wolffsche Telegraphenbureau, von Emms datirt, in die Welt geschickt.“ Dann kam in diesem Jahre das Interview mit Harden, in welchem Bismarck das, wozu er behauptet hat, die Sozialdemokraten wären damit 20 Jahre lang treiben gegangen, gegeben hat. Er hat gesagt: Der König schickte mir die Depesche mit der Befehung, sie ganz und gar oder theilweise zu veröffentlichen, und als ich sie nun redigirt hatte, rief Mollath: vorher war es eine Schamade, jetzt ist es eine Fanfare. Fürst Bismarck, der geheime Chefredakteur der „Hamburger Nachrichten“, gab in seinem Organ die Richtigkeit unserer Behauptung ausdrücklich zu, indem er sagte: ja, ohne dies wäre Deutschland nicht einig geworden. Der Reichstagsler Graf Caprivi hat uns nun eine neue Depesche vorgelesen, nach welcher Fürst Bismarck die Redaktion vorgenommen hat. Dieser hatte man geglaubt, daß die ursprüngliche Depesche enthalten sei in dem Nachrichten-Bericht. Wir haben nun erfahren, daß dieser erst vier Tage nach der Redaktion der Emser Depesche in Berlin angekommen ist. Dieses neue Auktentück läßt nun die Sache vollständig auf dem alten Fleck, ja sie läßt die Summe der von Bismarck verübten Schand noch größer erscheinen. Wenn versucht worden ist, die Zweifel an der Wahrheit unserer Behauptung in bezug auf die von Bismarck redigirte Depesche zu erschüttern, so ist das dem Nachfolger Bismarck's, von so edlen Motiven er auch geleitet sein mag, mißlungen. Die neue Depesche beweist, daß Fürst Bismarck allerdings den Text zusammengezogen hat. Bismarck wußte ganz genau, daß die Weigerung des Königs, weiter mit dem französischen Gesandten zu verkehren, noch keine endgiltige gewesen sei, während jetzt in der Emser Depesche die Sache so dargestellt ist, als ob der König, nachdem Benedetti die Forderung gestellt hatte, der König solle ausdrücklich auch für die Zukunft sagen, er sei als Haupt der Familie gegen die Kandidatur, gesagt hätte, er würde den Gesandten überhaupt nicht mehr empfangen. Jeder, der diese Depesche liest und von diplomatischen Formen eine Kenntnis hat, müßte auf den Gedanken kommen, daß der diplomatische Verkehr abgebrochen sei. Danach blieb allerdings der französischen Regierung, wie Hans Blum es richtig darstellt, keine andere Wahl, als Demüthigung oder Krieg. Es kommt noch ein anderes erschwerendes Moment hinzu. Um 6 Uhr erhielt Benedetti den Besuch eines Adjutanten des Königs, der ihm mittheilte, der König habe Nachricht über den Bericht empfangen, und er beruhigte sich dabei. Dabei war durch den Bevollmächtigten Frankreichs ausgesprochen, daß für ihn diese Sache jetzt erledigt sei. Diese formelle Erklärung erfolgte laut dem Bericht von Radzivil um 6 Uhr Abends. Nun war der Draht zwischen Emms und Berlin sicherlich nicht abgerissen. Fürst Bismarck hätte mindestens um 8 Uhr in Kenntnis gesetzt sein können. Damals war es noch Zeit, wenn auch nicht die Extrablätter zurückzunehmen, so doch zu verhindern, daß diese Extrablätter einen diplomatischen amtlichen Charakter dadurch erhielten, daß sie den amtlichen Aktenstücken an die Regierung beigelegt wurden, was nach 11 1/2 Uhr Abends geschah. Am diese Zeit war Bismarck im Besitz der Nachricht, daß der französische Gesandte sich beruhigt erklärt hatte. Daß eine Feindschaft zwischen dem französischen Gesandten und dem Könige von Preußen nicht vorhanden war, dafür haben wir eine amtliche Depesche, welche aus dem Buche Benedetti's bekannt ist. Der König war so wenig beleidigt, daß er dem französischen Gesandten mittheilte, daß er ihn vor seiner Abreise nach Berlin auf dem Bahnhof nach empfangen würde, und dieser Empfang hat wirklich am Nachmittage des 14. um 3 1/2 Uhr stattgefunden. Der König von Preußen und Benedetti sprachen in der freundlichsten Weise miteinander, und es wurde damals ausgesprochen, es habe weder einen Beleidigten noch einen Beleidiger gegeben; im Gegentheil, der französische Gesandte rühmte die Freundlichkeit des Königs von Preußen. Als letzterer nach Berlin kam, war inzwischen die Emser Depesche erschienen, und als Benedetti nach Frankreich kam, war schon der Krieg erklärt. Als der französische Kammerbote u. s. w. geht hervor, daß diese Emser Depesche dem amtlichen Aktenstücke beigelegt war und den Ausschlag gab. Ich

will nicht untersuchen, ob der Krieg nicht ausgebrochen wäre, wenn Bismarck diesen Schritt nicht gethan hätte, sonst kämen wir auf den verbrecherischen, prophetaischen Krieg und zu einer Verbrechenmoral, wonach Fälschungen erlaubt sein würden, um einen Krieg vom Jaun zu brechen; dann gute Nacht mit aller Kultur und Zivilisation! Wenn man sich auf den Standpunkt der bloßen Nützlichkeit stellte, dann wäre das wahrhaftig der Vertretung einer zivilisirten Nation unmöglich. Aber das ist gleichgültig. Nach meiner festen Ueberzeugung hat Napoleon damals faktisch den Krieg gebraucht oder wenigstens einen kleinen diplomatischen Erfolg, wie er in der Zurückziehung der hohenzollernschen Kandidatur lag. Das letztere scheiterte an der Festigkeit des Königs von Preußen. Wäre die französische Regierung in dieselbe Stimmung versetzt worden, welche den eigenen Gesandten erfüllte, so würde der Krieg nicht ausgebrochen sein. Das Kaiserreich würde allerdings nach ein paar Monaten doch zusammengebrochen sein. Daß Frankreich es nicht bis zum Ankerheften treiben wollte, beweist, daß die französische Regierung nicht zum Kriege gerüstet war. Die Zeit der allgemeinen Unsicherheit ist sowohl auf wirtschaftlichem, kapitalistischem, als auch auf politischem Gebiet angebrochen. Wenn durch jenen Mann, der die Gefährde Deutschlands gefühlt hat, selbst erklärt wird, daß das Deutsche Reich beruhe auf einer fälschlichen, die er selbst verübt, wenn es möglich ist, daß ein Mann die zwei vornehmsten Kulturvölker Europas gegeneinander in den Krieg trieb, dessen Folgen noch nicht vernarrt sind, was soll dann aus dem Glauben des Volkes an die Regierung werden? Ist das nicht ein Stoß in das Prinzip aller jetzt bestehenden staatlichen Autorität? Wie ist es möglich, daß ein Mann zwei Völker zum Krieg treibt, daß man 22 Jahre später über die Ursachen desselben debattirt, daß, wenn damals Alles bekannt gewesen wäre wie heute, der Krieg hätte vermieden werden können? Dem muß vorgebeugt werden, das politische System muß ebenso geändert werden, wie das wirtschaftliche. Wir befinden uns in einer Zeit der Umwälzung. Sie wollen das Alte halten, es wird Ihnen nie und nimmer gelingen. Haben Sie hier zusammengesetzt, dort bricht es wieder auf. Ein Vertrauen in die Gegenwart hat niemand. Sie haben ein Vertrauen in die Zukunft auch nicht. Eine vollkommen umgestaltete ist notwendig nach allen Richtungen hin. Für die Politik muß eine andere Moral eingeführt werden. Was wir stets als sittlich gefordert haben auf privatem Gebiet, muß es auch auf politischem Gebiet sein, nicht das Christenthum im Munde führen und für den Krieg, den Massenmord Vorbereitungen treffen. Es ist nicht möglich, daß das heutige Militärsystem fortgesetzt werden kann. Es muß dagegen Protest erhoben werden. Im Lande ist das Volk erregt über die neue Militärvorlage, hier sieht man nichts davon; heute selbst ist der Reichstag lange nicht so befeuert, als wenn es gilt, etwas für agrarische Zwecke herauszuschlagen. Der Militarismus erdrückt uns; entweder geht Deutschland mit seiner ganzen Kraft und seinem Volk zu Grunde, oder der Militarismus muß fallen, muß gedrohen werden. Jetzt stehen wir an dem Scheidewege. Ich will nur hoffen, daß die Majorität dieses Hauses tren bleibt den Versprechungen, die sie ihren Wählern hat geben müssen. Die Wähler wollen ohne Ausnahme durch das ganze Genium hindurch bis in die Kreise der Konservativen hinein kein Kompromiß. Sie wollen, daß auf das Entschiedenste Nein gesagt wird! Waffen nieder! Man gehe allmählig über in das Militärsystem, suche mit den fremden Regierungen noch freundschaftlichere Beziehungen zu erlangen. Wenn die Deutschen erklären: wir sind bereit, abzurufen, wenn andere Völker nachfolgen, dann werden alle Völker bei dem überall herrschenden Friedensbedürfnis und entgegenkommen. Ich hoffe, daß die Regierung zu einer Auflösung des Reichstages getrieben wird, dann wird sie sehen, welches die Stimmung des Volkes ist. Wir bleiben auch dem Staat gegenüber treu unserer alten Devise: Wir bewilligen keinen Mann und keinen Groschen diesem System. Wir wollen das Vaterland dadurch nicht wehrlos, sondern härter. Das Volk sagte: videant consules! ich sage: videant populus. Daß der Schaden, der das Vaterland bedroht, nicht weiter und weiter um sich greift. (Hissen rechts. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Frege (Dlonf.): Der langen Rede des Vorredners kann ich nur die Worte entgegenstellen: von Zeit zu Zeit setz' ich den Alten gern. Aber von seinen diplomatischen Utopien wird das Volk nichts wissen wollen. Nicht die Gedanken verbergen ist jetzt die Regel der Diplomatie, sondern die Wahrhaftigkeit (Schlächer links), und der Reichstagsler hat mit der Nichterklärung der Emser Depesche der Diplomatie des Fürsten Bismarck einen großen Dienst erwiesen. Der Sozialdemokratie wird das sehr unangenehm sein. (Widerspruch links.) Zwei Faktoren hat Herr Liebknecht vergessen: die Gottesjurkt und unseren Vauerstand, der von der Sozialdemokratie nicht wissen will. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Kaiserliche Hofkapelle, welche den Frieden zwischen den verschiedenen Berufsständen herbeiführen will, ist der Standpunkt, auf dem wir stehen. Die Mehrheit des deutschen Volkes folgt uns und nicht den Sozialdemokraten, die nur bei den unreifen Jungen in den großen Städten Anhang finden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Militärvorlage das erreicht, daß die jungen Leute mehr als die verheiratheten Männer in die Reihen der Armee eingeeilt werden, so wäre das ein großer Segen. Aber wir wollen unsere Söhne und Brüder nicht als Volksmüll der Waffen der jetzigen Zeit aussetzen. Herr Liebknecht hätte seine Rede in Paris halten sollen, um seine dortigen Freunde zu beschützen. An den Schützengassen, die Herr Liebknecht getradet hat, werden wir unentwegt festhalten. Die einzige sachgemäße Rede war die des Abg. Frhen, der sich hauptsächlich mit dem Etat befaßte. Wir werden unsere Stellung zur Militärvorlage bei der Berathung derselben darlegen: wir werden sie mit patriotischer Bestimmung und Gewissenhaftigkeit prüfen; aber eine Bitte möchte ich an den Reichstagsler richten, daß er seine Vorlage allein vertreten möge und nicht auf andere Weise, wie sie in der Presse geschehen ist, z. B. durch das Militärwochensblatt, dessen Auslassungen die Landwehrleute auf das tiefste empört haben. Die einfachen Landwehrleute, welche tagüber in ihrer Werkstatt oder hinter dem Pfluge beschäftigt sind, lesen nicht viel und können die Mißverständnisse sich nicht erklären, die wir uns allenfalls erklären können. Bezüglich der neuen Steuern, welche der Bundesrath uns zu Weihnachten beschicken will, bin ich dankbar, daß die Tabaksteuer ausgedebtet ist. Sie betrifft eine Industrie, welche lange demüthigt worden ist, und welche, weil sie die kleinsten Leute umfaßt, besondere Berücksichtigung verdient. Erst recht bin ich durch die Verdoppelung der Börsensteuer; damit wird ein Lieblingswunsch unseres verstorbenen Kollegen v. Werthe-Maischow erfüllt. Die Wölfe bittet auch eine solche Steuer; freilich kann ich mich dabei nur auf eine christliche Autorität berufen, und bei gewissen Leuten haben in Börsenfragen nur semitische Bürger Autorität. Es ist unwürdig, daß wir Geld zu Mithungen gegen Rußland ausgeben, während gleichzeitig die russischen Anleihen an unserer Börse untergebracht werden. Bezüglich der Biersteuer kann ich erklären, daß ich ein Gegner des Kneipens bin, welches leider Gottes in deutschen Völkern so sich gefressen hat. Deshalb findet die Erhöhung der Biersteuer meine vollste Billigung. Die Entwässerung hat schon dahin geführt, daß der Großbetrieb der Brauerei sich vermehrt hat und die kleinen Brauereien, welche auch der Landwirtschaft zu gute kommen, zurückgedrängt hat. Wir können nur den Bundesrath bitten, die großen Brauereien stärker heranzuziehen; die Rücksicht auf die Diabenden der Brauereien spricht dabei keine Rolle. Nun komme ich zum Schmerzenskind der Landwirtschaft: der Branntweinsteuer (Aha! links). Ich will nicht den Branntwein weniger besteuern, als andere Getränke; aber der Branntwein des armen Mannes (Widerspruch links) muß berücksichtigt werden; das hat niemand übersehender aufgeührt, als Fürst Bismarck, dessen volkswirtschaftliche Autorität Sie doch wohl anerkennen können. Die Steuererhöhung von 50 auf 55 Pf. kann nur dann gebilligt wer-

den, wenn die Differenz von 20 Pf. aufrecht erhalten wird und wenn die Kontingentierung von 4 1/2 auf 4 Liter herabgesetzt wird. Wenn die Steuerhöhe beim Branntwein angehebt wird, dann wird das Rehspritzmonopol das Ende sein. In meiner Heimath liegen die Verhältnisse sehr viel schlimmer und die preussische Regierung hat nichts für den Osten gethan. Die Reichsordnungen des Etats sind meist Konsequenzen früherer Beschlüsse. Allerdings könnte bei der Marine ein langsamerer Tempo eingeschlagen werden ohne Schädigung unserer Wehrkraft; wenn ein einziger Erfindung allein 12 1/2 Millionen erfordert, dann können wir das nicht ohne weiteres bewilligen, zumal bei den neuen Erfindungen der Technik, die jetzt gemacht werden und welche oft eben gebaute Schiffe werthlos machen. Jedner wendet sich gegen die Verrechnung der staatsmäßigen Stellen beim Patentamt und gegen die Luxusbauten der Postverwaltung. Warum wird beim Reichstagsbau so ungeheuer gepart und warum werden die Millionen aufgewendet, wo es so schwer ist, neue Mittel zu schaffen? Die goldene Kuppel des Reichstags hauset verdunkelt die historischen Bauten Berlins, das königliche Schloß und das Brandenburger Thor. (Hidiespruch links.) Wir werden auch prüfen müssen, wie wir uns stellen müssen gegen über dem ungeheuren Anwachsen der Reichs-kassen. Ich kann nur auf das zurückkommen, was Herr v. Kardorff gestern schon angeführt hat: Die Goldwährung muß abgelehnt werden, das Silber muß wieder als Münzmetall eingeführt werden. (Allgemeine Unruhe.) Der verstorbenen Nationalökonom Seeböer hat noch kurz vor seinem Tode erklärt, es müßten Mittel und Wege gefunden werden, um der Entwertung des Silbers entgegenzutreten. Soll Deutschland in dieser Beziehung im Schlepptau Englands bleiben, kann es nicht selbständig vorgehen? Die Vertreter Deutschlands auf der Brüsseler Konferenz hätten erdrückend auftreten sollen und das Reichs-kassamt hätte sich ein Monument setzen können, indem es mit der Vergangenheit brach. Wenn die Landwirtschaft nicht wieder produktionsfähig gemacht wird, dann kommt allerdings das Ende, dann können wir nicht mehr das Geld für Militärvweide anbringen (Beifall rechts).

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird die Berathung um 5 Uhr bis Freitag 12 Uhr vertagt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung von Donnerstag, den 1. Dezember Nachmittags 5 Uhr.

Von den Stadtv. Singer und Wallach sind dringliche Anträge eingebracht, welche sich auf die Verlängerung der Fristen für die Eintragung in die Wählerlisten zum Gemeindechiedsgericht beziehen.

In Erledigung der am 24. März beschlossenen Resolution, durch welche die Versammlung den Magistrat ersucht, zum besseren Erkennen der Straßennamen und Hausnummern bei eingetretener Dunkelheit durch Anbringung von kleinen Schildern an den Straßenlaternen Vorkehrung zu treffen, hat der Magistrat geantwortet, daß das vorgeschlagene Mittel sich nach angehaltener Probe nicht bewährt habe. Dagegen sollen allmählich die vorhandenen Straßenschilder durch solche mit schwarzer Schrift auf weißem Grunde ersetzt werden, welche gleichzeitig die Nummern des Häuserblocks angeben.

Die Vorlage wird nach kurzer Debatte zur Kenntnis genommen.

Am 22. September haben die Stadtv. Singer u. Gen. an den Magistrat die Anfrage gerichtet: welche Schritte, betreffend die schleunige Inangriffnahme städtischer Erd- und Baugruben, der Magistrat in Gemäßheit der Zusicherung des Bürgermeisters Jelle vom 8. März d. J. gethan hat und welche er noch zu thun gedenkt, um der für den kommenden Winter drohenden großen Arbeitslosigkeit entgegenzutreten.

Bezüglich des ersten Theils der Anfrage läßt sich der Magistrat in seiner der Versammlung zur Kenntnisnahme resp. zur Beschlußfassung über die aus Anlaß der ergriffenen außerordentlichen Maßregeln eingetretenen Staatsüberschreitungen zugegangenen Vorlage vom 22. November dahin aus: Es liege in der Natur der Sache, daß zur Beschäftigung der in manuellen d. h. Handarbeit findenden Personen in erster Linie die städtische Park- und Gartendeputation durch Anordnung von Gräbenarbeiten beitragen konnte, weil solche unter der Anleitung von Ausschicksbeamten auch von weniger geübten Personen ausgeführt werden können. Die Deputation habe deshalb trotz der schmerzlichen Witterungsverhältnisse um die Mitte Februar er. vornehmen lassen:

Die Reinigung des größten Theils der Münterwald-Kulturen hinter Treptow durch Umgraben, die Melioration der Baumgärten am Schlessischen Busch, Wegeverbesserungen derselbst, Holzungen im Treptower Park und in der Parkanlagen der Stadt, bezw. Anpflanzung großer Baum- Ueberbessigungen an der Spree, Baumpflanzungen an den Straßen, Arbeiten zur Unterhaltung der Schmuckplätze und die Renanlage eines Fahrweges im Treptower Park. Die entstandenen Mehrausgaben über den Etat haben 53 078,63 M. betragen. Ebenso sei vermehrte Beschäftigungsgelassen, wenn auch nicht in gleich bedeutendem Umfange, bei der Straßenreinigung, der Kanalisationsbau-Verwaltung, der Hoch- und Tiefbau-Verwaltung geschaffen worden. Die Erhöhung der Almosen- und Pflegegelder, sowie der extraordinären Unterstützungen um ein Drittel des Betrages innerhalb der Armenverwaltung habe den dafür zur Verfügung gestellten besonderen Kredit von 450 000 M. noch um 207 500 M. überschritten.

Was den zweiten Theil der Anfrage betrifft, welche Schritte der Magistrat zu thun gedenkt, um der für den kommenden Winter drohenden großen Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, ist der Magistrat der Ansicht, daß zur Zeit noch keine Veranlassung vorliegt, aus dem gewöhnlichen Rahmen der regelmäßigen Anweisungen wie sie der gegenwärtige Etat aufweist und wie sie der vom ihm vorgelegte Entwurf des Etats pro 1898—99 vorsehen wird, hinauszugehen. Schon jetzt eine für den kommenden Winter drohende große Arbeitslosigkeit anzuerkennen und daraufhin mit außerordentlichen Vorschlägen und Anforderungen zu kommen, würde weder den thatsächlichen Verhältnissen, soweit sie zu übersehen sind, entsprechen, noch rationell sein, da, von anderen Bedenken abgesehen, dergleichen Vorschläge und Anforderungen nur einen noch größeren Zugang von beschäftigungslosen und anspruchsvollen Nichtberuferten nach unserer Stadt zur Folge haben und dadurch den festigen Ortseingewessenen nur die Arbeitslosigkeit und den Arbeitlosen verdienen schmälern würden. In dieser Beziehung seien bei dem Magistrat oft Klagen darüber geführt worden, daß nicht selten von außerhalb erst kürzlich eingewanderte Arbeiter der eigentlichen Berliner Arbeitern vorgezogen würden, so daß er die betheiligten städtischen Verwaltungenstellen angewiesen habe, obwohl eine dringliche Unterscheidung oft in einzelnen Fällen schwierig ist, dennoch, wenn irgend thunlich, die hiesigen Arbeiter vor den auswärtigen in erster Linie und vorzugsweise zu beschäftigen.

Der Magistrat ersucht nun die Stadtverordneten-Versammlung, zu beschließen, sie sehe die Anfrage der Stadtverordneten Singer und Genossen vom 22. September d. J. für erledigt an und genehmige die durch die Maßregeln zur Verringerung der im Winter 1891/92 stattgehabten Arbeitslosigkeit im Etatjahre 1892/93 entstandene Staatsüberschreitung im Gesamtbetrage von 53 078,63 M.

Stadtv. Singer: Am 3. März d. J. hat der jetzige Oberbürgermeister Jelle in der Diskussion unseres Antrags wege-

Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die Arbeitslosen ausgeführt: Der Magistrat hat beschlossen, über das etatsmäßige Recht hinaus auf seine Verantwortung im Sinne und in der Richtung dieses Antrags vorzugehen, in der Hoffnung, nachher Indemnität dafür bei der Versammlung zu finden. (Bravo!) Er hat sich aber gehütet, mit Einzelheiten vor die Öffentlichkeit zu treten, weil er befürchtet, daß wenn derartige Befehle bekannt würden, der Jubel von oben ... noch stärker werden würde, als er infolge früherer Maßregeln, die wir getroffen haben, nach unserer Beobachtung schon geworden ist. Ich möchte also in diesem Augenblicke Einzelheiten nicht erwähnen, darf aber die Antragsteller bitten, mit der Parole des Magistrats einverstanden zu sein, in der Sache zu thun soviel wie möglich, davon zu sprechen so wenig wie möglich. Das wenig darüber gesprochen worden ist, steht fest, denn vom Magistrat haben wir seitdem in der Sache nichts mehr gehört. Desto mehr sollte in der Sache gethan werden. Aber wenn das Wort von den kreisenden Bergen, die ein Mäuselein gebären, Wahrheit ist, dann kann man es wirklich auf die jetzige Vorlage anwenden. Glaubt der Magistrat, mit der kolossalen Ueberschreitung von 53 000 Mark unsere Forderungen erfüllt zu haben, so irrt er sehr. Auch der Hinweis auf Ausgaben, welche andere Verwaltungszweige gemacht haben, Ausgaben, die leider nicht spezialisiert sind, können nicht über die unvollkommene Ausführung dieser, was der Oberbürgermeister Jelle damals als die Ansicht des Magistrats hinstellte, hinweghelfen. Was die Vergangenheit betrifft, so hätte von außeretatmäßigen Ausgaben ganz abgesehen, der Magistrat doch alle Veranlassung gehabt, die von der Versammlung bereits beschlossenen Bauten lebhafter und energischer in Angriff nehmen zu lassen. Die Straßeneinigungs-Verwaltung hätte, statt sich auf ihre etatsmäßigen Kräfte zu beschränken, — und sie zahlt doch mit 250 M., wovon noch 25 Pf. für Handwerker u. s. w. in Abzug kommen, ihre Leute nicht gerade übermäßig gut — durch Verletzung der Arbeitszeit der Angestellten für die Einstellung einer größeren Anzahl Leute Sorge tragen sollen, sie hätte dann der Arbeitslosigkeit viel kräftiger steuern können. Berlin hätte damit nicht einmal etwas Außergewöhnliches gethan; in Paris und London geschieht das längst, wie wir denn in Beziehung auf die Fürsorge namentlich für die unbeschäftigten Arbeiter von beiden Städten bereits jetzt überflügelt worden sind. Die Arbeiter an den Wasserwerken am Müggelsee sind nicht einmal so gefördert, wie schon die Müchler auf Beschaffung gesunden Trinkwassers für die Stadt geboten hätte. Bei der Vertheilung der Arbeiten durch die Versammlung war die Hälfte des Terrains noch nicht in Angriff genommen und relativ wenig Arbeiter sofort beschäftigt. Ebenso ist mit den Hausarbeiten am Urban, von denen jetzt seit Jahr und Tag die Rede ist, nicht entsprechend vorwärts gegangen worden. Im Frühjahr sollen kontraktliche Bestimmungen in Wege gebracht werden, und auch im Sommer ist nicht weiter davon die Rede gewesen. Besonders drastisch aber, bezüglich des Terrains, in welchem Magistratsbeschlüsse ausgeführt werden, sind die Vorgänge beim städtischen Obdach. Das ist es bekanntlich im vorigen Winter weil über seine Aufnahmefähigkeit hinaus belegt worden, wir haben den Bau von zehn neuen Baracken im März beschlossen und mehrmals auf Beschleunigung gedrungen; jetzt im November fängt man, wie ich mich persönlich überzeugt habe, auf dem Terrain für die Baracken mit der Auflegung einer Wäsche an, während zunächst von den Baracken selbst noch keine Rede ist. Wir werden also wieder das erbärmliche Schauspiel erleben, daß statt 1400 Leute deren 2400 in die obdachlosen Räume aufgenommen werden, daß man die Obdachlosen zum Theil auf den Korridoren wird lagern lassen müssen. Bei diesem Bau hätten doch gewiß zahlreiche Arbeitslose Beschäftigung finden können. In diesem Punkt sind die Versicherungen des Oberbürgermeisters nicht in dem Maße erfüllt worden, auf welches zu rechnen wir ein Recht hatten. Daß die für die Erhöhung der Pflegegelder ausgemessenen 450 000 Mark noch um 200 000 Mark überschritten werden müssen, spricht doch lediglich für das Vorhandensein des von Ihnen gelegneten außerordentlichen Notstandes, beweist, daß wir thätigster im vorigen Winter unter Verhältnissen gelebt haben, die ein Eingreifen der Behörde dringend nötig machten. So schlugen sich die Herren also mit ihren eigenen altenmäßigen Zahlen. — Wenn der Magistrat nun erklärt, daß für den bevorstehenden Winter einen drohenden Notstand anzuerkennen den thatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht, so muß ich daran verweisen, die Quellen zu ermitteln, aus denen der Magistrat geschöpft hat. Wer in den gewerbetreibenden Kreisen umherkommt, die Verhältnisse nur ein wenig kennt und nicht absichtlich verächtlich, kann unumwunden dieser Magistratsaufassung folgen. Ich möchte wirklich bitten, die Inhaltspunkte anzugeben, auf welche diese Meinung des Magistrats sich gründet. Er braucht ja bloß durch die Gewerke-Deputation bei den verschiedenen Arbeiterorganisationen und bei den Arbeitsnachweisern der Arbeiter und Arbeitgeber sich zu erkundigen, dann wäre er zu einer anderen Auffassung gekommen. Wenn ferner der Sach, die Anerkennung der drohenden Arbeitslosigkeit sei wegen des event. zu beschleunigenden Jubels von oben nicht opportun, in einem Attest des städtischen Magistrats vorgetragen wäre (Urarbeit), dann würde man dafür Verständnis haben; im Berliner Magistrat wünschen wir eine solche Vogeltraub-Politik nicht zur Geltung kommen zu sehen. Wir alle wissen ganz genau, daß die Arbeitslosigkeit dieses Winters einen Umfang erreichen wird, größer als der des vorigen Jahres. Aber charakteristisch ist, daß derselbe Magistrat, der das befürchtet, durch seine eigenen Maßnahmen diesen Jubel befördert und begünstigt. Denn er läßt seine Arbeiten nach privokapitalistischem Systeme besorgen, giebt alle städtischen Arbeiten den Unternehmern in Regie, und dieselben Unternehmer, die er hat anweisen lassen, in der Regel nur Berliner zu beschäftigen, schicken ihre Agenten in die Provinz, um von hier billiger Arbeitskräfte zu beschaffen. Mit städtischem Gelde giebt hier also, was der Magistrat gerade verhindern will. Das entbehrt doch jeder Logik. Daß sich die Sache so verhält, hat L. J. Stadtrath Strauß ausdrücklich zugegeben. In anderen großen Städten begreifen wir eine andere Handhabung. In London, der Hauptstadt des Landes des Manchesterthums, hat der county council, der Gewerkschaftsrath, Bedingungen für die Unternehmer bei Vergabe städtischer Arbeiter geschrieben, welche das Interesse der Arbeiter vollständig wahren. Kein Privatunternehmer erhält städtische Arbeiten, der nicht den von den betreffenden Gewerkschaften normirten Minimallohn zahlt, der nicht den achtstündigen Arbeitstag innehält. Wir können also der nicht von Ausland lernen, was von London gilt, muß bei gutem Willen auch in Berlin möglich sein. Der Pariser Municipalrath hat etwa die gleichen Einrichtungen getroffen. Als wir hier vor zwei Jahren ähnliches anregten, begünstigten wir dem gewöhnlichen Dohngelächter in diesem Saale. Ohne die von Ihnen mit Recht vorgedrückte Staats- und Gewerkschaftsordnung zu langiren, können diese Einrichtungen auch für Berlin gemacht werden. Mit der Vorlage bin ich also durchaus nicht zufrieden; die goldenen Worte des Oberbürgermeisters, seine Versicherungen sind nur in sehr geringem Maße zur Wahrheit geworden. Auch das Jubiläum von 53 000 M. hätte die Versammlung nachträglich genehmigt; ist doch auch von der außeretatmäßigen Ausgabe ein Teil in Gestalt von Steuerzuschüssen in die städtische Kasse gutgeheißt worden. (Uha!) Die Mittheilungen des Magistrats lassen es wahrscheinlich erscheinen, daß in der bisherigen Weise fortgewürfelt wird. Wir können hier nichts thun, als immer wieder darauf hinzuweisen, was nötig ist, um wenigstens das schlimmste Uebel von einem großen Theile der Bevölkerung abzuwenden. Wir wollen keine Wohlthaten für die Arbeiter, sondern wir wollen es für die Pflicht der Stadt, denjenigen, die arbeiten können, Gelegenheit

zur Arbeit zu geben. Wir werden deshalb, da der Magistrat dazu nicht gewillt ist, unerseits mit Anträgen an die Versammlung kommen und sie vor die Entscheidung darüber zu stellen haben. Die Verhandlung wird hier unterbrochen und die Wahl eines besoldeten Stadtraths und der unbesoldeten Stadträte vorgenommen. Zum besoldeten Stadtrath wird Magistratsassessor Mugdan mit 87 von 113 gültigen Stimmen gewählt, zu unbesoldeten der Stadt. Meleuz und der Rentier Paul Jabel. Darauf wird die Debatte fortgesetzt. Oberbürgermeister Jelle: Ich muß den Vorwurf, daß wir von dem Leben und den Verhältnissen der Einwohnerschaft und keine Kenntnis verschaffen, zurückweisen. Wir beobachten unablässig die Umstände, welche eine Arbeitslosigkeit herbeiführen und Abhilfe notwendig machen können. Man kann aber über den Zeitpunkt des Eingreifens verschiedener Meinung sein. Nach einer Berechnung der Handwerksvereine sind im vorigen Jahre seitens der Baugewerks 3 Millionen Mark Arbeitslöhne mehr als vorher gezahlt worden. (Hört, hört!) Herr Kollege Singer wirt uns mit Unrecht Langsamkeit vor. Beim städtischen Obdach haben wir dem Dankensens schon am 26. August nachgesucht, obwohl die Versammlung erst am 20. Oktober hier den Kostenschlag zur Genehmigung erhielt. Der Dankensens ist noch heute nicht ertheilt, sondern bloß am 26. November die vorläufige Erlaubnis. Wenn Herr Singer das Gleichniß von den Bergen und der Maus anwendet, so überliert er, daß bei der Parkeputation neben der Ueberschreitung auch noch andere zahlreiche Arbeiten, die erst im Sommer ausgeführt werden sollten, schon frühzeitig ausgeführt worden sind. Herr Singer weiß auch genau, welche Mittel an Vereine gegeben sind, denn er war in der Kommission. (Widerspruch.) Bei dem Mehrerforderungs von 200 000 M. bei den Pflegegeldern verlangt Herr Singer, wir hätten mehr geben müssen, weil die Zahl groß ist vorher sollten wir mehr geben, weil die Zahl klein ist! Endlich greift er den Magistrat an, weil er nicht den Maurermeistern und den Zimmermeistern durch Konventionalkräften auferlegt, keine auswärtigen Arbeiter anzunehmen. Auch außerhalb Berlins giebt es Singers, welche die Freizügigkeit der Arbeiter hochhalten. Wenn wir in dieser Weise die Freizügigkeit der Arbeiter unterbänden, würde bald der Vorwurf laut werden, daß wir eines der werthvollsten Rechte des Arbeiters hintersetzten. (Weiß!) Stadt. Baumgarten: Das Recht auf Arbeit durch die Gemeinden vertritt wohl niemand in diesem Saale außer den Anhängern des Herrn Singer. Wohl geben wir den Leuten, die arbeiten können, lieber Arbeit als Almosen, aber ein Recht darauf besteht für die Arbeiter nicht. Solch Idealismus ist wohl angebracht in einem kleinen Anwesen mit festhafter Bevölkerung, aber nicht in Berlin mit seinen 1 500 000 Menschen. Das Mögliche, ja fast mehr als das Mögliche ist geleistet worden. Sie haben ja so viel Geld, um Streiter in Bewegung zu setzen und zur Bahngation, warum geben Sie kein Geld für die Hilfsbedürftigen? (Geden bei den Sozialdemokraten. Ruf: Der Reich!) Reigen Sie doch der Bourgeoisie, was Sie leisten können! Den Kreisen, die Sie vertreten, sind wir außerordentlich weit entgegen gekommen. Andere Kreise leben viel schwerer. Der Mittelstand ist heute der allerbedrückteste. (Zustimmung.) Ein Schlußantrag wird angenommen. Stadt. Stadthagen war noch zum Worte gemeldet. Stadt. Singer (persönlich): Der Oberbürgermeister irrt, wenn er glaubt, ich wäre Mitglied der Notstandskommission gewesen; der Antragsteller wurde in diesem Charakteristischen Falle nicht in die Kommission gewählt. Bezüglich der auswärtigen Arbeiter habe ich nicht gesagt, was mir der Oberbürgermeister in den Mund legt. Zur Geschäftsordnung macht Stadt. Stadthagen den Vorsteher Langerhans darauf aufmerksam, daß vor der Abstimmung über den Schlußantrag ein Mitglied auf der rechten Seite bei der Mittheilung, daß Stadt. Stadthagen noch zum Worte gemeldet sei, mißgungenerien habe; der kann ja nach Beizig gehen! und ersucht, dem Betreffenden aufzufordern, seinen Namen zu nennen. Der Vorsteher giebt dem Ersuchen keine Folge. In der zweiten Verathung fährt Stadt. Stadthagen, wiederholt von Oberbürgermeister der Versammlung unterbrochen, aus, es sei dem Oberbürgermeister nicht gelungen, mitzuhalten, welche Wege er zur Feststellung der Zahl der Arbeitslosen eingeschlagen hat. Die Voraussetzung auf eine Berufslosenstatistik beweist nichts. Allgemeine Nebenarten und das Aneignen des Notstandes sind keine Beweise. Dem Stadt. Baumgarten, der in seiner Art einen noch stärkeren Notstand zugeht, ist das sozialpolitische Verhältniß wenigstens schon etwas abgedämmert (Nachen und großer Lärm). Sein Angehöriger, daß Sie nicht zur Abhilfe im Stande sind, beweist, daß Ihre Geschäftsordnung dazu nicht im Stande ist. Wenn Sie abhelfen könnten, dann würden Sie eingeräumt haben, daß Sie nicht abhelfen wollen. (Stürmische Unterbrechung.) Ich ziehe diesen Schluß aber aus seinen Ausführungen gar nicht. (Stadt. Baumgarten: Waschen Sie es doch!) Dieser Jurist ist, da wir hier dank der Klaffengebung nicht die Mehrheit haben, nur ein Hohn auf unsere Wähler. Der Hinweis auf unsere gefüllten Kassen ist doch auch hinfallig. Wir wollen ebenso wenig Almosen geben wie Sie. Die Stadt hätte recht wohl mehr Arbeitsgelegenheit schaffen können. Was das Obdach betrifft, so hat die Baudeputation ungenügend langsam gearbeitet, fast ebenso langsam wie das Polizeipräsidium. Vom Urban am Urban, von den Wasserwerken am Müggelsee hat der Oberbürgermeister gar nicht gesprochen. Am wunderbarsten und unverständlichsten war aber, daß wir hingestellt wurden als solche, die gegen die Freizügigkeit aufgetreten wären. In seinen Vorlagen nimmt der Magistrat ganz ensprechend den Ausstellungen des Oberbürgermeisters Jelle vom 1. März den Standpunkt ein, die Freizügigkeit möglichst zu erschweren, und heute tritt er mit Berufung auf die Freizügigkeit gegen Singer aus, der diesen Standpunkt tadelt. Darin liegt doch ein gewaltiger Widerspruch. Es ist ja noch nicht lange her, daß wir hier einen städtischen Zentral-Arbeitsnachweis forderten und die Dinge zur Sprache brachten, die der Stadt. Singer bezüglich der Unternehmung der städtischen Kreiten auch heute anführt. Schon heute sind auf den Müggelsee viel mehr ausländische als inländische Arbeiter beschäftigt. Hier liegt genau das selbe vor, was die Freizügigen mit Recht tadeln, wenn es bei Staatsverwaltungen geschieht. Daß die Berliner nicht wollen, wird zwar immer wieder behauptet. Ist aber falsch. Man richte doch die Zentralkasse ein, das kostet ja fast nichts, dann wird man sehen, was die Wahrheit ist. Jeden Augenblick liegen sich dem Magistrat tausende von Arbeitslosen zur Verfügung stellen. Aber wenn es so gemacht wird, daß man, wie Herr von Forstendorf, für die Arbeitslosen nicht zu sprechen ist (Großer Lärm, Pfui!) und Schlußruf) — denken Sie doch, welche Erbitterung das hervorrufen mußte und wie dieses Moment bei den Februarwahlen mißgepielt hat. (Anderer große Lärm.) Die Befürchtung, daß auch jetzt wieder fast nichts oder gar nichts für die Arbeitslosen geschehen wird, ist also nur zu gerechtfertigt. Wir werden Ihnen mit Anträgen kommen und Ihnen zur Entscheidung stellen, ob die Arbeit, die von Gemeinde wegen gegeben werden kann, wo immer es möglich ist, auch gegeben werden soll. Die Vorlage wird angenommen. Es liegen zwei dringliche Anträge vor: I. Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat: I. schleunigst die nötigen Anordnungen zu treffen, daß die Bezirksvorsteher und die königlichen Polizeibehörden die durch die Formulare, betreffend Anmeldung zum Gewerbegericht, vorgeschriebenen Bescheinigungen ertheilen können,

2. den Termin für die Anmeldungsrufe auf 14, mindestens aber auf 8 Tage zu verlängern. Berlin, den 20. November 1892. Wallach u. Gen. II. Die Versammlung wolle beschließen, den Termin zur Eintragung in die Wählerlisten für die Wahl der Richter zum Gewerbegericht bis zum 15. Dezember d. J. zu verlängern. Berlin, den 20. November 1892. Singer u. Gen. Stadtsyndikus Ebertz: Der Magistrat hat gestern beschlossen, die Frist bis zum 11. d. M. zu verlängern und die Bezirksvorsteher und das Polizeipräsidium am 24. und 25. November ersucht, die Bescheinigungen zu ertheilen. Stadt. Singer zieht seinen Antrag hiernach zurück, bringt aber zur Sprache, daß das Anmeldeformular, vermuthlich wegen der Eile, die für die Herstellung geboten war, ungemüßig gestaltet ist. Die Angaben über die bürgerlichen Ehrenrechte, die schwebenden Strafverfahren und die eventuellen Beschränkungen der freien Verfügung über das Vermögen könnten Arbeitgeber und Bezirksvorsteher vielfach gar nicht bestätigen. Die Fragen seien auch durch das Gesetz gar nicht vorgeschrieben. Das Formular müsse also geändert werden. Auch sei darauf hinzuwirken, daß die Bezirksvorsteher auch in den Wittkassanden die Bescheinigungen ausstellen, um den Arbeitern die Erlangung zu erleichtern. Stadtrath Ebertz: Die Zahl der Anmeldungen beträgt erst insgesamt 9000. Daran ist das Formular also nicht schuld, wenn 400 000 Arbeiter in Betracht kommen. Die Frage nach den bürgerlichen Ehrenrechten ist bereits jurisdikozogen worden. Nach diesen Erklärungen zieht auch Stadt. Wallach seinen Antrag zurück. Schluß gegen 9 Uhr. Die große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft, deren Praktiken in dem jüngst stattgehabten Versammlungen der Angestellten im Verkehrsgewerbe schon genügend gekennzeichnet worden sind, plant wieder einen neuen Coup gegen eine Anzahl ihrer Beamten. Sie will nämlich, wie die „Berliner Presse“ mittheilt, eine größere Zahl von Beamten entlassen, die hauptsächlich im „inneren Dienst“ beschäftigt sind. Unter den zur Entlassung in Aussicht genommenen Beamten sollen sich auch solche befinden, welche bereits ein Jahrzehnt und darüber den Interessen der Gesellschaft unter Aufopferung ihrer besten Kraft treu gedient haben und zum Theil mit starker Familie gesegnet sind. Wahrscheinlich hätte die Direktion ihre Absicht bereits ausgeführt, wenn sie nicht, wie vermutet wird, einen Entlassungssturm der öffentlichen Meinung fürchtete, der sich doch schließlich erheben dürfte, wenn gerade jetzt bei Einbruch des Winters und kurz vor dem Weihnachtsfeste die Entlassung in Ausführung gebracht würde. Man will deshalb bis zum Februar kommenden Jahres warten und dann den auf die Straße Gesetzten gegenüber noch in der Weise den Humanen spielen, daß man ihnen als eine Art „Schmerzengeld“ ein Monatsgehalt als Remuneration zu geben beabsichtigt. Das ist billig und steht gut aus! Spürt man nach den Gründen dieser geplanten Entlassungsmehrregel, so findet man sofort einen sehr plausiblen und nicht schlecht klingenden Vorwand. Man will sparen, sparen freilich zu Gunsten der darbenben und frierenden Aktionäre, — man will sich einschränken zu Ungunsten der noch übrig bleibenden Angestellten, auf deren starke Schultern die große freierwerbende Arbeitslast dann gepackt werden soll. In der That besteht diese letztere Absicht auch. So will man beispielsweise den größten Teil oder gar den ganzen Billet-Kontrolldienst, welcher Nachts nach Beendigung der Fahrten vor sich geht, in der Weise „ver-einsamen“, daß man ihn unter die ohnehin schon vielgeplagten und viel zu spät zur Nachtruhe kommenden Konduktoren und Kontrolleure zu vertheilen gedenkt, ohne freilich, daß sie besonders betont, eine bessere Befoldung dieser Angestellten-Kategorie ein-treten zu lassen. Daß diese Maßricht sich bestätigen wird, glauben wir um so eher als die Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft hin-länglich bekannt dafür ist, daß sie die Arbeitskraft ihrer Angestellten ausnützt bis zur äußersten Grenze. Die Gesellschaft zahlt ihren Aktionären, so viel uns bekannt ist, 12 1/2 pCt. Dividende. Die Aktionäre sind von der Direktion, die ihnen ihr Geld so hoch verzinst, natürlich ganz entzückt und ertheilen ihr ein Vertrauensvotum über das andere. Es ist bezeichnend für den Geist, von welchem diese Geldproben von Aktionären befehl sind, daß noch in keiner Generalversammlung des niedrigen Gehaltes der Angestellten und der Ausnützung der Arbeitskraft derselben auch nur mit einer Silbe Erwähnung geschehen ist. Und dabei wäre es doch wirklich nicht schlimm, wenn sich diese Aktionäre statt mit 12 1/2, mit 10 pCt. Dividende begnügten. Das möchte die Leute nicht arm und die am schlechtesten bezahlten Beamten könnten besser besoldet werden. Für ihre neueste Hinausschmeiß-Maßregel wird die Direktion natürlich auch den gerühmtesten Dank der Aktionäre ernten. Die Dividende steigt vielleicht bis auf 13 pCt. und die Aktionäre können 1/2 pCt. mehr in die Taschen stecken. Daß dadurch eine große Zahl von Angestellten dem wirtschaftlichen Untergang einzigengünstigt werden, dürfte das Diner keines der Herren weiter unangenehm finden. Der Baustellen-Wucher steht in spöttischer Blüthe. Nach dem Jahrzehnte hindurch mit dem Terrain im Reichthum und an der Peripherie der Stadt eine ausgebreitete Agiotage getrieben worden ist, steht sich die Baustellen-Spekulation nunmehr nach den Vororten zurück, um das Geschäft dort fortzuführen. In den Ausschichtungs-Sitzungen des Berlin-Garlottenburger Bauvereins und der Berlin-Wilmersdorfer Terrainsgesellschaft theilten die Direktionen mit, daß diese beiden Gesellschaften bisher im Jahre 1892 2 807 398 M. resp. 1 959 000 M. an Terrain-verkäufen profitirt hätten, und zwar hat die erstgenannte Gesellschaft, um diesen Gewinn erzielen zu können, nur wenige 281 000 Quadratmeter verkaufen brauchen. Sie verdiente am Quadratmeter Bauland, der ihr selbst 40 M. kostete, 74 M., das ist 100 Prozent Nutzen. Die andere Gesellschaft hat nur ca. 100 pCt. Nutzen erzielt. Die Terrains beider liegen zwischen Wilmersdorf und Friedenau, welche Vororte nach der für das Jahr 1894 in Aussicht genommenen Informationsnachricht von Vororten zu noch intimeren Beziehungen zu Berlin gelangen werden, wie jetzt bereits. Die Arbeiterbevölkerung wird somit durch den Bodenwucher der Spekulationen und Banken von Jahr zu Jahr mehr in die Vororte gedrängt, und auch dort wird ihr der Tribut, den sie an die Spekulation zu zahlen hat, voll herausgepreßt. Hand in Hand mit dieser systematischen Grundstückspekulation geht die engherzige Uebersiedelung der kleinen Wohnungen, die noch nie zuvor einen solchen gesundheitswidrigen Grad erreicht hat, wie in diesem Jahre. Die Wohnungsphilanthropen aber betreiben ihre Spielerei mit so ernsthafter Miene fort, als glaubten sie wirklich, daß sie die Lösung der Arbeiter-Wohnungsfrage in der Thatge hätten. Ein Unheil kommt selten allein. Reiche Ernte hielt der Tod am Mittwoch in einer Familie in der Beteranenstraße. In dem Hause Nr. 20 wohnte der Diener der Uniglichen Strombau-Kommission, Gustav Hüger, mit Frau und Schwiegermutter. Letztere, eine Greisin von 79 Jahren, erkrankte am Morgen gegen 9 Uhr rasch an Altersschwäche. Als der Schwiegersohn Hüger am Abend vom Dienst kam, machte er sich auf, seine Verwandten von dem Todesfalle zu benachrichtigen. Seine Frau begleitete ihn noch bis zur Brunnenstraße. Als er hier die Kreuzung der

Interim „neuen Kurs“.

- 1. Bremen. Genosse Gottlieb, Redakteur der „Bremer Bürger-Zeitung“, wegen Verleibung eines Arztes einen Monat Gefängnis.
2. Groß-Bennewitz. Genosse Schrader wegen unzulässiger öffentlicher Verbreitung von Schriften vom Schöffengericht 8 Tage Gefängnis.
3. Langenbielau. Genossen Zug, Redakteur des „Proletariats aus dem Entengebirge“, und Kühn wegen Polizeibeleidigung angeklagt; ersterer freigesprochen, letzterer 150 M. Geldstrafe.
4. Dessau. Genosse Schöps, Redakteur des „Vollblatts für Anhalt“, wegen Schwurgerichts-Beleidigung 50 M. Geldstrafe.
5. Hürtenberg. Genosse Döring wegen unbefugter Druckschriftenverbreitung 12 M. Geldstrafe.
6. Berlin. Genosse Weber aus Hannover wegen Verleibung der deutschen Armees 3 Monate Gefängnis.
7. Sangerhausen. Genosse Herling von der Anklage, gelyentlich politische Versammlungen unzulässige Schantwirtschaft betreiben zu haben, freigesprochen. — Wegen gewerbetätiger Wahrnehmung von Rechtsangelegenheiten 5 M. Geldstrafe.
8. Zwickau. Das gegen Genossen Gladewitz gefällte Urteil, 1 Jahr Gefängnis, wegen Verleibung einer Bergwerks-Verwaltung vom Landgericht bestätigt.
9. Sagan. Die Mitglieder der Meißner-Kommission von der Anklage der Uebertretung des Vereinsgesetzes, sowie groben Unfugs freigesprochen.
10. Halle. Zigarenhändler Hoffmann wegen Staatsanwalts-Beleidigung 3 Monate Gefängnis. Genosse Hofmeister von der gleichen Anklage freigesprochen.
11. Mülheim a. M. Genossen Polthof und Schöpfer von der Anklage der unzulässigen Schriftenverbreitung in der Verfassungsinanz freigesprochen.
12. Magdeburg. Genossen Fritsche, Näder, Vogt, Schneider, Straßburg wegen Weisheit je 1 Jahr 5 Monate Zuchthaus und je 5 Jahre Ehrverlust.
13. Frankfurt a. M. Die Gewerbegerichtswahl-Kommission von der Anklage der Uebertretung des Vereinsgesetzes freigesprochen.
14. Berlin. Genosse Cronheim, Redakteur des „Vorwärts“, wegen Majestätsbeleidigung 3 Monate Festungshalt.
15. Apenfeld. Genossen Donner und Waldorf aus Berlin von der Anklage der Beleidigung freigesprochen. Dieselbe sollte durch Anklagen von Parteiböden begangen sein.
16. Leipzig. Genosse Brenner, Redakteur der „Bürgerzeitung“, wegen Majestätsbeleidigung vier Monate Gefängnis.
17. Tschern. 3 Mitglieder des dortigen Vereinigungs-Vereins wegen angeblicher Uebertretung des Vereinsgesetzes je 12 M. Geldstrafe.
18. Berlin. Richter Bier wegen groben Unfugs (Aufhören einer roten Fahne) 10 M. Geldstrafe.
19. Burg. Die 3 Vorstandmitglieder des Wahlvereins von der Anklage der Uebertretung des Vereinsgesetzes freigesprochen.
20. Schweidnitz. Weber Niederrichter aus Nieder-Langenbielau wegen Majestätsbeleidigung 2 Monate Gefängnis.
21. Elberfeld. Genosse Gewehr, Redakteur der „Freien Presse“, wegen Verleibung 100 M. Geldstrafe.
22. St. Jünger. Genosse Düllens wegen unzulässiger Schriftenverbreitung 20 M. Geldstrafe.
23. Bielefeld. Genosse Kobusch, Redakteur der „Vollswacht“, wegen Staatsanwalts-Beleidigung 3 Monate Gefängnis.
24. Elberfeld. Genosse Grimpe, Verleger der „Freien Presse“, wegen Uebertretung des Postgesetzes von der Oberpostdirektion in Düsseldorf Strafmandat in Höhe von mehr denn 500 M. — Desgleichen in seiner Eigenschaft als Expedient derselben die vierfache Summe der angeblich der Post verloren gegangenen Briefe, nebst Kosten und Strafen in Höhe von über 1000 M. eventuell je vier Wochen Haft.
25. Breslau. Genosse Thiel, Redakteur der „Vollswacht“, wegen Güterbesitzbeleidigung 300 M. Geldstrafe. Staatsanwaltsantrag: 200 M.
26. Dortmund. Genosse Bigger wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes 30 M. Geldstrafe.
27. Barmen. Genosse Peterhaus wegen Uebertretung des preussischen Preßgesetzes 15 M. Geldstrafe.
28. Leipzig. Buchdrucker Gash, Redakteur des „Korrespondent“, wegen Verleibung 150 M. Geldstrafe.
29. Bielefeld. Genosse Sionke wegen Majestätsbeleidigung 3 Monate Gefängnis.
30. Erwit. Genosse Stegmann wegen Aufreizung zum Klassenhaß 30 M. Geldstrafe.
31. Dresden. Genossen Gimert, Barthel und Werner wegen Veranlassung eines angeblich unzulässigen Aufzuges je 30 M. Geldstrafe.
32. Hürtenberg. Genosse Döring wegen Polizeifergeanten-Beleidigung 30 M. Geldstrafe.
33. Königsberg. Maurer Krause wegen Majestätsbeleidigung 1 Jahr Gefängnis. Von zwei weiteren Anklagen wegen Gotteslästerung und Erregung öffentlichen Argernisses freigesprochen.
34. Leipzig. Genosse Thiel wegen Revier-Kommissar-Beleidigung 200 M. Geldstrafe.
35. Saalfeld. Genosse Becker, Redakteur des „Vollblatts“, wegen Postoren- und Lehrerbeleidigung 50 Mark Geldstrafe.
36. Schweidnitz. Genosse Feldmann, Redakteur des „Proletariats aus dem Entengebirge“, von der Anklage der Beschädigung von Staatseinrichtungen freigesprochen. Staatsanwaltsantrag: 3 Monate Gefängnis.
37. Dortmund. Genosse Görtler wegen Gewerbeunterstützung (Vertreiben von Parteischriften in einer Parteiverammlung) 30 M. Geldstrafe.
38. Elberfeld. Genosse Guth, Redakteur der „Vergischen Arbeiterstimme“, wegen Polizeibeleidigung 30 M. Geldstrafe.
39. Mülhausen i. G. Genosse Martin, Redakteur der „Elb-Post“, von der Anklage des „St. Josephs-Vereins“ beleidigt zu haben, freigesprochen; alle Kosten, auch die Anklagen des Verklagten, dem Kläger aufzulegen.
40. Berlin. Paul Ernst, früherer Redakteur der „Berliner Volks-Tribüne“, wegen Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten 300 M. Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis. Staatsanwalts-Antrag 6 Monate Gefängnis.
41. Düsseldorf. Der Vorstand der Filiale des „Deutschen

- Oktober. Schuhmacherverbandes“ von der Anklage der Uebertretung des Vereinsgesetzes in zweiter Instanz freigesprochen.
25. Ansen. Genosse Gläfer wegen groben Unfugs 15 M. Geldstrafe.
27. Stollberg. Genosse Meißner wegen öffentlicher Stadtraths-Beleidigung 30 M. Geldstrafe.
28. Kassel. Genosse Guhn, Redakteur vom „Volksblatt für Hessen“, vom Schöffengericht wegen groben Unfugs 10 M. Geldstrafe. Vom Landgericht freigesprochen.
29. Jena Martin, Redakteur der „Elb-Post“, vom Schöffengericht wegen Verleibung 15 M. Geldstrafe.
30. Augsburg. Genosse Bröder, Redakteur der „Augsb. Volks-Zeitung“, wegen Verleibung 50 M. Geldstrafe. — Wegen Bäckermeister-Beleidigung 25 M. Geldstrafe.
31. Breslau. Genosse Thiel, Redakteur der „Vollswacht“, wegen Majestätsbeleidigung 3 Monate Gefängnis.
32. Reuthe. Vier Genossen, darunter Genosse Kunert, wegen Beleidigung an einer nicht angemeldeten Versammlung je 3 M. Geldstrafe. In der von der Staatsanwaltschaft eingelegten Revision Genosse K. zu 50, ein anderer zu 30 M., zwei Genossen zu je 10 M. verurteilt.
33. Würzen. Der Redakteur der „Würzener Zeitung“ wegen Bäckermeister-Beleidigung 2 Monate Gefängnis.
34. Elberfeld. Genosse Lingweiler, Redakteur der „Elberf. Fr. Presse“, wegen Verleibung eines Maurermeisters, der einen Arbeiter mißhandelt hatte, 3 Monate Gefängnis.
Insgesamt 7 Jahr 1 Monat Zuchthaus, 4 Jahr 8 Monat 8 Tage Gefängnis, 3 Monat Festungshalt, 3784 M. Geldstrafe und 25 Jahre Ehrverlust.
Der Parteivorstand.

Gerichts-Beitung.

Alshwardt und die „Judenstinten“.
III.
Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Brausewetter fest, daß die gestern Abend auf Antrag des Angeklagten noch geladenen Zeugen Breitfischer und Pfederbühner nicht zur Stelle sind.
Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Oberst von Brackel das Wort, um eine falsche Auffassung, welche er in einem Heile der Zeitungsberichte gefunden, zu berichtigen, damit nicht falsche Konsequenzen daraus gezogen werden. Zunächst habe er das, was er von dem sehr sandigen Exerzierplatz gesagt hat, bei welchem vielleicht Sand in den Gewehrlauf gekommen, nicht auf das 24. Regiment, sondern auf das 52. Regiment bezogen. In dem Zeitungsbericht sehe ferner eine Aeußerung von ihm: „In der ersten Zeit der Fabrikation kommen natürlich mehr Korrosionen vor.“ Es könnte daraus der falsche Schluß gezogen werden, daß es sich um eine ungesunde Maßregel handelt. Es sei aber richtig gestaltet, daß Korrosion rechts und links von der Normal-Korrosion 200 Millimeter stehen dürfen. Er habe durch seine Aeußerung nur andeuten wollen, daß die Fabrikation in allen Fabriken im Laufe der Zeit so vorgeschritten ist, daß von der Mitte der Fabrikation an ein Nachstreifen so gut wie garnicht vorgekommen ist. Was dann die von Angeklagten erwähnten Reparaturen betrifft, welche bei der sächsischen Armee bei einer Landwehrrübung vorgekommen sein sollen und wobei angeblich 132 Gewehre unbrauchbar gewesen sein sollen, so handelt es sich vielleicht nicht um 132 Gewehre, sondern um 132 Reparaturen, die aufgenommen sind. Dies würde eine außerordentlich geringe Zahl sein, denn bei solcher Aufnahme sind auch die minimalsten und unschätzblichen Sachen, die schließlich vielleicht gar nicht repariert werden, sondern sich nur als Schönheitsfehler darstellen. Wenn nach einer Landwehrrübung nur 132 Reparaturen aufgenommen werden, so ist das ein Zeichen, daß mit den Gewehren bei der Truppe mit großer Vorsicht umgegangen worden ist.
Angekl.: Der Herr Sachverständige hat gestern gesagt, daß die Schäden an den Gewehren vielleicht durch Eindringen von Sand verursacht worden sein können. Ich spreche aus eigener Erfahrung, wenn ich sage, daß wir bei Dionville und Le Mans unsere Gewehre vor Staub, Sand und Schnee nicht haben schützen können, und sie haben doch geschossen. Würde aus dem, was der Sachverständige gesagt hat, nicht der Schluß zu ziehen sein, daß die Gewehre im Kriege überhaupt unbrauchbar sind?
Oberst v. Brackel: Der Angeklagte begiebt sich hier auf ein Gebiet, das gar nicht zur Sache gehört. Ich kann nicht wissen, ob das richtig ist, was er hier von Dionville und Le Mans gesagt hat, das aber weiß ich, daß jedes Gewehr, welches vollgeschloffen ist, mit seltenen Ausnahmen auseinandergeht. Der Angeklagte dreht also die Frage so, daß es sich nicht um den hier verhandelten Spezialfall handelt, sondern um die Frage, ob die Gewehre überhaupt kriegsbrauchbar sind. Darüber hat aber nicht der Angeklagte zu entscheiden, sondern nur die Militärbehörden. Dies ist also eine Frage, die hier gar nicht hingehört.
Vorl.: Mir scheint auch, daß der Angeklagte wieder alles Mögliche heranzieht, was nicht zur Sache gehört. Er ist jetzt beim Krieg von 1870, sehr bald wird er vielleicht beim Krieg von 1813/14 sein.
Angekl.: Ich nehme nur meine Gerechtfame wahr. Nun habe ich noch an den Herrn Barrella eine Frage. Als ich eines Tages bei dem Untersuchungsrichter war, trat ein alter Mann, der sich Barrella nannte, zu mir heran und sagte, daß meine Sache gut stehe, da sein Sohn auf den ersten Blick gesehen habe, daß das Material nicht gut sei. Ist das vielleicht Ihr Vater gewesen oder bin ich das Opfer einer Mystifikation geworden?
Sachverständiger Barrella: Mein Vater lebt nicht mehr. — Angekl.: Haben Sie vielleicht einen Onkel? — Barrella: Ja, aber ich weiß von dieser Geschichte gar nichts. — Angekl.: Denn ist es Ihr Onkel gewesen. — Vorl.: Angeklagter, ich begreife nicht, daß Sie nicht Wesentliches von Unwesentlichem unterscheiden können. Sie sollen uns beweisen, daß die Löwischen Gewehre kriegsbrauchbar sind, Sie werden aber doch einsehen müssen, daß Sie keinem Menschen diese Ueberezeugung heibringen können. — Rechtsanwalt Hertwig: Herr Präsident, dann könnten wir uns ja jede weitere Beweisaufnahme ersparen. — Vorl.: Das überlasse ich Ihnen. — Angekl.: Ich habe noch eine Bemerkung zu machen. Als gestern Herr Barrella erklärte, daß er einen Kasten von schlechtem Material gefest habe, erwiderte Major Kühne sofort, daß sie dafür nicht verantwortlich gemacht werden könnten, da der Staat das Material liefere. Im Widerspruch zu dieser Behauptung steht nun die gestrige Feststellung des Zeugen v. Quersfurt, welcher erklärte, daß ihm 4000 Stück Kisten von der Firma Löwe u. Co. direkt befest seien. — Es folgt nun der Anklagepunkt in Betreff der Behauptung des Angeklagten, daß bei der Stempelung Pflichtwidrigkeiten vorgekommen seien.
Major Hannig giebt eine genaue Darstellung des Geschäftsganges, wie er bei der Stempelung der Gewehre und deren Abnahme gehandhabt wurde. Nachdem die einzelnen Gewehrtheile fertiggestellt waren, wurden sie zunächst von den Löwischen Angestellten geprüft und dann nach dem großen Revisionsaal gebracht. Hier wurden sie von den Militärbeamten revidiert und dann von den Löwischen Leuten, aber unter unmittelbarer Aufsicht der Beamten, gestempelt. Der Stempel mußte stets von den letzteren bei sich geführt oder unter strengem Verschluss gehalten werden. Nachdem, um die Haltbarkeit zu erproben, der Beschuß unter verschärften Bedingungen vorgenommen worden war, wurde dies wiederum durch eine Stempelung an bestimmter Stelle des Gewehrs gekennzeichnet. Das Gewehr ging in die Fabrik zurück, um dann in fertigem Zustande der Aufschußprobe unterworfen zu werden. Nach die hierauf folgende Stempelung konnte von Arbeitern der Löwischen Fabrik vorgenommen werden, aber der Wächermacher mußte den Stempel bei sich führen und den Arbeiter überwachen. Das durchgeschossene Gewehr ging in die Fabrik zurück, um gereinigt zu werden. Es wurde dann einer nochmaligen Revision unterworfen und blieb 4 bis 7 Tage in einem verschlossenen Verschlag stehen. Nach nochmaliger Besichtigung erfolgte dann die Ueberführung nach dem Magazin in Spandau. Es geschah dies durch einen eigens dazu eingerichteten Transportwagen. Das Gewehr liege darin wohl annähernd fest, es komme aber doch vor, daß einige durch den Transport keine Schönheitsfehler erlitten. Der Wagen wurde verschlossen, verriegelt oder plombirt, ein unbesugtes Öffnen sei kaum möglich.
Nun war bei der Revisionskommission, die in Spandau die Gewehre abnimmt und die Gewehre nochmals revidiert, um etwa durch Zufälligkeiten entstandene Fehler festzustellen und zur Abstellung zu bringen. Ein vom Angeklagten behauptetes Einschlagsgewehr mangelhafter Gewehre würde nur möglich sein, wenn die Beamten pflichtvergessen handelten oder eine ganze Anzahl von Personen sich zu perfidem Handeln verbündet.
Junge Johannes Sireicher, Oberbüchsenmacher, s. J. erster Revisionsbeamter beim Abnahme-Kommando giebt gleichfalls Auskunft über die verschiedenen Stempelungen, welche an den einzelnen Gewehrtheilen, dann nach dem Beschuß und nach Zusammenstellung des Gewehrs vorgenommen wurde. Wenn das durchgeschossene Gewehr gestempelt wurde, so geschah dies durch einen dazu besonders beestellten Wächermacher mit einem besonderen Stempel. Der Wächermacher konnte auch einen Arbeiter stempeln lassen, jedoch geschah dies unter Aufsicht und Verantwortung des Wächermachers. Die durchgeschossenen Gewehre wurden dann gründlich gereinigt und von den Wächern noch einmal mit besonderem Stempel versehen. Hatten die Gewehre die letzte Revision überstanden, so kamen sie in ein Magazin und wenn eine genügende Anzahl beisammen war, wurden sie unter Aufsicht eines Offiziers in den Löwischen Gewehrwagen gepackt, letzterer verschlossen und nach Spandau geschafft. Dort wurden die Gewehre mit größter Beilichkeit abgenommen. Das Verriegeln und Plombiren der Wagen hatte er gar nicht für so nötig, denn nicht das Siegel und die Plombe garantirte die Brauchbarkeit der Waffe, sondern der Stempel. Er wisse nicht, ob es Vorschrift war, daß die Gewehre in den plombirten Gewehrwagen gepackt wurden, er glaube, es war nur übergroße Vorsicht der Firma Löwe, welche die Gewehre einzeln außerordentlich vorsichtig verpackte.
Hiernach überreicht der Verteidiger einen neuen schriftlichen Beweis-Vorb. Verlangungsantrag. Der Angeklagte macht darin geltend, daß, da er an Händen und Geist gebunden, physisch und geistig außer Stande sei, den Verhandlungen mit der nötigen Aufmerksamkeit zu folgen. Da es sich nur um Verleibungen von Privatpersonen handele, so liege kein Anlaß zur Ueberhaltung des Verfahrens vor und es könne für das Verfahren auch belanglos sein, ob der Angeklagte am 5. d. M. in Arnswalde gewählt wird oder nicht.
Vorl.: Wie wenig beschleunigt die Sache worden ist, ersieht man daraus, daß der Angeklagte und sein Verteidiger eine Nachfrist für ihre Milderung beantragt und gewährt erhalten haben. Der Angeklagte hat Monate hindurch gewünscht, wohin er seine Verleibung zu richten hat und hat vom Frühjahr an bis jetzt Zeit gehabt, seine Verleibung vorzubereiten. Das sei doch gar nicht eine so große Arbeit. Nach Ablauf der Frist ist vom Angeklagten und vom Verteidiger keine Reile eingegangen. Von einer überstehenden Beschleunigung ist also gar keine Rede und die Auffstellung des Angeklagten als Reichstagskandidat für Arnswalde hat auf mich und den Gerichtshof absolut keinen Eindruck gemacht. Der Gerichtshof hat keine Meinung, diese Sache irgendwie mit der Wahl zusammen zu bringen. Das der Verleibung des Angeklagten mit seinem Verteidiger erschwert ist, kann ich auch absolut nicht angeben; nach der Straf-Prozess-Ordnung hat der Verteidiger jederzeit das Recht, mit seinem Klienten zu verkehren, und der Verteidiger hätte die Freiheit gehabt, alle Tage nach Pöthenitz hinauszugehen.
Rechtsanwalt Hertwig: Was da von Beschleunigung gesagt ist, soll natürlich kein Vorwurf gegen den Gerichtshof sein. Es läßt sich doch aber nicht leugnen, daß die Straf-Anträge, die der Angeklagte gegen die von ihm Beleidigten gestellt hat, von der Staatsanwaltschaft mit einer beispiellosen Schnelligkeit abgelehnt worden sind, ohne daß ihm bis jetzt eine schriftliche Begründung zugegangen ist.
Erster Staatsanwalt Drescher: Ich muß den Vorwurf des Verteidigers zurückweisen. Ich gebe zu, daß in Sachen der Art, Straf-Anzeige mit ganz besonderer Beschleunigung verfahren werden ist, aber ich würde es in jedem anderen Falle ebenso thun, wenn ich einem ganz beispiellosen Verschleppungsantrage gegenüber sähe. Da ist meiner Ansicht nach eine prompte Verleibung geboten.
Vorl.: Es ist ja eine alte Manie, die Gerichtsbehörden anzugreifen. Wir werden angegriffen, wenn es zu lange dauert und nun wieder, wenn es schnell geht. In diesem Falle ist die Voruntersuchung mit der denkbar größten Gewissenhaftigkeit und dem größten Eifer geführt worden.
Angekl.: Ich hatte natürlich ein Interesse daran, zu versuchen, die Sache erst zur Verhandlung gelangen zu sehen, wenn ich auf freiem Fuße bin. Die Abgabe meiner Denunziation an das Landgericht II war durchaus richtig, denn der Thabor, um welchen es sich dabei handelt, ist Maximilianfeld und Spandau.
Der Verteidiger des Angeklagten bringt eine ganze Reihe von Personen in Vorschlag, welche über schlechte Beschaffenheit der Löwischen Gewehre, Durchschereien etc. bekunden sollen. Ferner wird beantragt, den Reichstags-Abgeordneten Schneider in Wien, den Ingenieur Paasch, den Prof. Köhling und Osman Bey in Kairo über die staatsgefährlichen Tendenzen der allianco israelite universelle zu vernehmen, ebenso den Dr. Kuffertow von der Bergakademie darüber, daß die Löwischen Gewehr-Eigentümer zu viel Schwefel enthalten. Der Buchhändler Glöck in Dresden soll bekunden, daß die Witten'sche Expedition in Ostafrika infolge der schlechten Löwischen Gewehre zu Grunde gegangen ist, dasselbe wird unter Berufung auf Zeugen von der Jungfrauen Expedition behauptet, ebenso sollen einem Herrn Jansen in Hamburg schlechte Gewehre überschickt worden sein. — Vorl.: Schließlich werden Sie uns wohl noch ganz Afrika vorführen wollen! — Angekl.: Ich halte das doch für sehr richtig, denn es handelt sich in Afrika

... die einzigen Fälle, in welchen die Löwischen Gewehre im Kriege erprobt worden sind.

Staatsanwalt: Eine Unterbrechung der Verhandlung zum Zwecke der Uebertragung von Zeugen würde nicht notwendig sein. Dem Antrage, die hier wohnenden Zeugen vorzuladen, trete ich bei, meine indessen, daß eine Vernehmung sämtlicher Zeugen nicht notwendig ist, weil über dieselbe Thatsache eine ganze Reihe anderer Zeugen vorhanden ist, und ich gerade im Interesse des Angeklagten diejenigen Zeugen ausgewählt habe, welche so viel wie möglich zu Gunsten des Angeklagten auszusagen im Stande waren. Ich widerspreche aber direkt einer Ladung des Buchhändlers Glöb, der aus eigener Wissenschaft nichts bezeugen kann. Ganz unbedeutend ist die Behauptung, daß die Löwische Expedition durch Schuld der Löwischen Gewehre untergegangen ist. Ob in Afrika Gewehre gefehlt sind, ob dies Löwische Gewehre waren, ist für diese Sache gleichgültig, denn es handelt sich nicht um Gewehre, die dem Staate geliefert, sondern nur solche, die aus Ausschuss-teilen hergestellt sind. Dasselbe ist bezüglich der Behauptung über die Zintgraf'sche Expedition zu sagen. Schließlich wird der Angeklagte noch mit dem Beweise hervorgehoben, daß irgendwo ein von Löwe fabricirtes Jagdgewehr auf der Jagd gefehlt ist! Alle Beweise bezüglich der Alliance israelitica erübrigen sich nach meiner Meinung. Schon durch die bisherigen Verhandlungen ist doch wohl erwiesen, daß den Leitern der Fabrik ein solcher Auftrag, wie ihn der Angeklagte behauptet, von der Alliance israelitica nicht erteilt ist. Die Tendenzen dieser Alliance interessieren daher für diesen Prozeß gar nicht und ich würde meinerseits jetzt auch auf die Vernehmung der Herren Dr. Neumann und Professor Lazarus verzichten können.

Die Vertheidigung schließt sich diesem Verzicht nicht an. Der Angeklagte führt noch einmal aus, daß ihm an der Vernehmung der vorgeschlagenen Zeugen sehr viel liegt. Er habe behauptet, daß die Löwischen Gewehre nicht kriegstüchtig seien. Nun sei es doch wesentlich, solche Zeugen zu hören, welche die Gewehre im Kriege erprobt hätten. — Präs.: Angeklagter, Sie scheinen immer noch nicht zu begreifen, daß es zu Ihren Gunsten ist, wenn hier konstatirt wird, daß die Löwischen Gewehre kriegstüchtig sind, im anderen Falle würden Sie wahrscheinlich nicht hier, sondern in Leipzig unter der Anklage des Landesverrats stehen. — Angekl.: Es handelt sich nicht um meine Person, sondern nur um die Sache.

Rechtsanwalt Hertwig: Ich halte auch den Zeugen für wichtig, der beladene soll, daß er von seinem Vorgesetzten dazu angehalten wurde, die beim Probefchießen verwendeten Patronenmäßen zu sammeln und sie später wieder unterzuschieben, wodurch der Ansehen erwehrt werden sollte, als sei thatsächlich die vorgeschriebene Anzahl Schüsse abgegeben.

Oberst Freiherr v. Brackel. Ein Zeuge, der dies behaupten kann, vertritt dadurch eine völlige Unkenntnis der Verhältnisse. Meiner Ansicht nach ist es kaum möglich, eine Patrone zum Modell 88 zweimal zu gebrauchen, die Hülsen bekommt nach der Verwendung ein Aussehen, das eine nochmalige Benutzung von selbst verbietet. Es würde sofort zu erkennen sein.

Der Gerichtshof zieht sich zur Berathung zurück. Rechtsanwalt Hunzel erklärt Namens der Nebenkläger, daß seitens der Löwischen Fabrik weder an Zintgraf, noch an Janßen in Hamburg, noch an den im Vertagungsantrag gleichfalls angeführten Zeugen Lormehlen jemals Gewehre geliefert worden sind.

Nach kurzer Berathung lehnt der Gerichtshof den Prinzipal-antrag ab und beschließt, 11 vom Angeklagten namhaft gemachte Zeugen sofort zu laden, den Zeugen Glöb und die Hamburger Zeugen telegraphisch. Die Anträge bezüglich der Alliance israelitica wurden abgelehnt, da der Gerichtshof durch das eidliche Zeugniß des Herrn Löwe für erwiesen erachtet, daß derselbe nur Beiträge für Wohlthätigkeitswerke geleistet hat.

Die Vernehmung wird fortgesetzt mit der Vernehmung des Wächsmachers Kirch aus Spandau. Er hat zunächst Angaben darüber zu machen, in welcher Weise ihm die Gewehre, die er abzunehmen hatte, zugehen. Der Zeuge hat die Gewehre in den meisten Fällen erst in den Waffensälen in Empfang genommen und nur in einzelnen Fällen hat er Gewehre, welche Kostproben hatten, im Wagen beschickt. — Präs.: Hatten Sie die Revision nur äußerlich vorgenommen? — Zeuge: Es war das nicht gerade vorgeschrieben, aber wenn an einem Tage 1000 bis 1500 Gewehre geliefert wurden, konnte von einem Ausnahmefallen der Gewehre nicht die Rede sein. — Präs.: Wenn Sie nun Fehler entdeckten, was geschah dann mit den Gewehren? — Zeuge: Wenn es Fehler waren, von denen ich trotz aller Kleinheit annehmen mußte, daß sie zur Reparatur gestellt werden würden, rangirte ich dieselben aus und stellte sie dem Kavaler-Offizier vor. Dieser sprach mit dem Major. Es handelte sich zunächst nur um ganz geringe Fehler bei den Ruten. Es ist darüber an das Kommando berichtet worden und wie ich gehört habe, ist von dort der Befehl gekommen, derartige Gewehre nicht abzugeben, da die kleinen Fehler ohne Bedeutung seien und vom Kommando selbst reparirt werden könnten. — Präs.: Haben Sie nicht selbst auch Reparaturen ausgeführt, wofür Sie von der Firma Löwe u. Co. bezahlt bekamen? — Zeuge: Jamohl. Es kam vor, daß die Schäfte durch einen Stoß oder Druck beim Transport oder dem Ein- und Ausladen eine kleine Verletzung erlitten hatten. Wenn Pulver konnte der Lappan daran hängen bleiben. Durch wenige Feilenstriche und Nachpolieren war dem Fehler abgeholfen. Der Meister Spangenberg theilte mir mit, daß die Firma Löwe u. Co. mich bitten ließe, die kleinen Ausbesserungsarbeiten selbst vorzunehmen und der Firma in Rechnung zu stellen. Ich habe dies in meiner dienstfreien Zeit gethan. — Präs.: Hatten Sie die Erlaubniß dazu von Ihren Vorgesetzten? — Zeuge: Direkt Erlaubniß wohl nicht, aber ich nahm die kleinen Reparaturen gewissermaßen unter den Augen meiner Vorgesetzten vor. Ich zeigte denselben die Fehler und dann später auch die vorgenommenen Ausbesserungen. — Präs.: Kam es denn auch vor, daß einzelne Theile fehlerhaft waren? — Zeuge: Nein, es kam aber vor, daß die Gewehre mit falschen Schloßen versehen waren. — Präs.: Wie ist das zu verstehen? — Zeuge: Es kamen Verwechslungen vor, indem die Nummer des Schloßes nicht mit der Gewehrnummer übereinstimmte. Anfangs wies ich diese Gewehre zurück, später änderte ich das kleine Versehen selbst.

Oberst Freiherr v. Brackel. Eine derartige Verwechslung kommt leicht bei jeder Kompagnie nach dem Schießen vor, wenn die Gewehre gereinigt werden. So wird es auch wohl vorgekommen sein, daß in der Löwischen Fabrik eine Verwechslung stattfand, wenn die Gewehre nach dem Anschließen gereinigt wurden.

Der nächste Zeuge ist Arbeiter Carl Gans, welcher unbekannt ist. Derselbe erzählt: Ich habe von der ersten Profschüre und dem Rector Ahlwardt nichts gewußt. Da wurde mir gesagt, daß ich in der Profschüre des Diebstahls an Patronen beschuldigt wurde und Oberlieutenant Kühne fragte mich, wie ich das damit verhält. Ich bin dann in eine öffentliche Versammlung gegangen, wo Ahlwardt über die „Judenlisten“ sprach und am Schluß derselben bin ich mit dem Angeklagten bekannt geworden. Derselbe sagte, es thäte ihm leid, daß ich nun meine Stellung verlieren würde und so ist es mir auch gegangen. Die Firma Löwe legt einem Alles in den Weg und ich habe mich vergeblich um Arbeit bemüht. — Präs.: Haben Sie Geld bekommen? — Zeuge: Ja wohl! — Präs.: Sie sollen 500 M. in zwei Raten à 250 M., dann zweimal je 30 M., dann wieder 30 M., nochmals 30 M., einmal 20 M. und einmal 45 M. erhalten haben. — Zeuge: Die ersten 250 M. habe ich auf eine vom Angeklagten geschriebene Anweisung von Herrn v. Langen erhalten, die zweiten 250 M. durch den Buchhändler Glöb, die 30 M. von Herrn von Wackerbarth und die letzten Summen aus Versammlungen. Ich habe diese Zuwendungen als Ausdrücke des Mitleids betrachtet, weil die Herren mußten, daß ich brotlos war. Herr Ahlwardt hat gesagt, er wolle den

Beitrag aus der Profschüre nicht allein haben, sondern mir 1000 Mark und eventuell noch mehr abgeben. — Präs.: Können Sie sich durch diese Zuwendungen nicht verleiten, die Unwahrheit zu sagen. — Zeuge: Nein, der Angeklagte, sowie Herr v. Langen und v. Wackerbarth haben mich sogar gewarnt, mehr zu sagen, als die reine Wahrheit.

Der Zeuge behauptet, daß, während die Gewehre vorchriftsmäßig nur mit Wasser und Berg gepulvt werden durften, nach der Weisung des Meisters Stangenberg in der Löwischen Fabrik mit Bismuth, manchmal auch mit Zusatz von grauer Salbe gereinigt worden seien. Das sei bei den meisten Gewehren der Fall gewesen und Oberlieutenant Kühne habe das gewünscht, denn er habe oft gesagt, „wenn es die Ruten nur schlaun anstellen.“ Die Offiziere, deren Ankauf immer schon durch Kupfer angeklügel worden, seien getäuscht worden, man habe immer gewünscht, die Offiziere über die Art des Pulvers hinter das Licht zu führen. Er sei selbst Soldat gewesen und wisse, daß die Gewehre unter dieser Art des Pulvers leiden. Trotzdem habe er es gethan, weil ihm sein Brot lieb war. Bei dem Transport und der Verladung der Gewehre sei alles in Ordnung gewesen. Wichtig sei es ja, daß er selbst manchmal die Patronen von dem Gewehrvagen abgenommen und Gewehre hinzugelegt hat. Da sei aber von Unterziehung nicht angedacht worden. Gewehre keine Rede gewesen, vielmehr habe er nur residirte und durchaus brauchbare Gewehre hinzugelegt. Thatsächlich kam es vor, daß der Wächsmacher Kirch in Spandau einige Gewehre beanstandet und zurückgeschickt. Dies sei nun aber hier den Wächsmachern unangenehm gewesen, und damit die Herren nichts davon merken sollten, habe er die Patronen von den Wagen genommen und eine gleiche Anzahl guter Gewehre, wie die der zurückgeschickten, hinzugelegt und den Wagen wieder mit der Bombe verschlossen. Das sei vielleicht instruktionswidrig gewesen, aber Böses sei dabei nicht vorgekommen. Aus weiterer Befragung des Zeugen geht hervor, daß die von demselben abgegebene eidstättliche Versicherung in einem Punkte falsch ausgesagt sei. Derselbe hatte in der Versicherung von ca. 4000 Gewehren gesprochen, welche nach dem Schusse in den Läufern keine Risse gezeigt hätten. Der Zeuge hält jetzt aber nur aufrecht, daß er nur kleine Schrammen gesehen habe, und an einem Sonntage seien einige Gewehre durch die Maschine geschmirgelt worden, durch welche die Schrammen beseitigt worden. Durch das Schmirgeln sei nach seiner Ansicht das Kaliber verändert worden.

Oberlieutenant a. D. Kühne: Der Zeuge ist aus der Fabrik entlassen worden, weil er gesagt hatte: „was in der Ahlwardt'schen Profschüre steht, sei noch viel zu wenig; wenn er den Mund aufthun wolle, dann würde noch viel mehr zu Tage treten.“ Zu der Reinigung der Gewehre bemerke ich: Weder unser Kontrakt, noch unsere Annahmeverordnungen, noch eine andere Bestimmung schreibt uns vor, wie wir die Gewehre zu reinigen haben. Das war lediglich unsere Sache, und die Abnahme-Kommission hatte anzupassen, ob die Gewehre abnahmefähig sind. Als die Gewehrfabrikation begann, bestand noch allgemeine Unklarheit über die beste Reinigung angehängt des neuen Pulvers, welches die bisherigen Reinigungsarten hinsichtlich machte. Nach einiger Zeit hatte Major Hannig angeordnet, daß die Reinigung mit Wasser und Bismuth mit Berg stattfinden sollte. Dies ist 6-8 Wochen hindurch durchgeführt worden, halte sich aber nicht bewährt. Es wurden infolgedessen sofort nach dem Beschuss in Öl getauchte Wischbüche durchgezogen und dann die vom Major Hannig gewünschte Reinigung angeschlossen. Zuerst wurden die Gewehre nicht rein, sodas die Leute noch zu einem beliebigen Pulvmittel greifen mußten, sei es Staubschmirgel, Bismuth oder dergl. Das dadurch den Gewehren Schaden hinzugefügt werden konnte, ist reiner Unsin, daran ist gar nicht zu denken. Nun zum Transport! Nach unserem Kontrakt hatten wir die Gewehre bis zur Bahn zu liefern, dort Stroch zur Verpackung bereit zu halten und die gehörigen Arbeitskräfte zu stellen, welche unter Aufsicht die Verpackung in die Waggons besorgten. Sobald die Gewehre in den Waggons waren, hatten wir unsere Verpflichtungen erfüllt. Da nun nach Mitteilung des Kommandos ein Waggon nur 1000 Gewehre faßt und nur so viel auf einmal versendet werden sollten, so kamen wir mit Rücksicht hierauf und auf die nahe Lage Spandaus zu dem Entschluß, den Transport lieber gleich direkt nach Spandau zu bewirken. Dies kostete ja mehr, wir hatten aber den Vortheil, tadellose Gewehre abliefern zu können, der Militärschatz hatte aber noch größeren Vortheil, denn er sparte das Umladen, Auswickeln etc. Die Wagen wurden verpackt. Die Verpackung, die unter Aufsicht des Kommandos geschah, ging und eigentlich garnicht an. In der ersten Zeit, nachdem die Wagen sendungen begonnen hatten, erhielten wir durch unsere Leute, die die Wagen begleitet hatten, die Nachricht, daß einige Gewehre unterwegs kleine Fehler erlitten hätten. Nach einigen Tagen erhielten wir dieselbe Mitteilung vom Kommando. Diese Behörde schickte den Kommissar Streicher, der feststellen sollte, welcher Art die Beschädigungen waren und wie die vorzunehmenden Reparaturen zu bewirken seien. Wir unterzeits schickten zu demselben Zwecke den Wächsmacher Spangenberg. Der Letztere theilte uns mit, daß der Zeughaus Wächsmacher Kirch die kleinen Verletzungen selbst ausbessern würde. Wir erhielten von demselben dann nach etwa 4 Wochen eine Rechnung, die, wie mir noch erinnert ist, einen äußerst niedrigen Satz hatte, es kam für jedes reparirte Gewehr noch nicht einmal ein Betrag von 10 Pfennigen heraus. Die von Ahlwardt in seiner Profschüre ausgesprochene Behauptung, daß ich dem Kirch für jedes Gewehr 3 Pfennig geboten habe, ist völlig unwar, ich wüßte nicht, wie ich dazu kommen sollte.

Major Hannig giebt sodann sein Gutachten über die Anwendung des angeblich verpöbten Schmirgels ab. Die Anwendung des Schmirgels sei auf Veranlassung des Kommandos geschah, um kleine Schrammen zu beseitigen, die sich nach dem Probefchießen in einzelnen Läufern gezeigt hatten. Die Anwendung des Schmirgels zum Zwecke der Reinigung halte er nicht für frohhaft, nicht weil die Gewehre dadurch verdorben werden könnten, sondern weil leicht Schönheitsfehler dadurch entstanden. Er habe hierüber eine andere Ansicht wie Major Kühne und würde die Anwendung des Schmirgels für unsinnhaft erklärt haben, wenn er sie gekannt hätte.

Angekl.: Der Sachverständiger, war Ihnen bekannt, daß die Läufe mit der Maschine geschmirgelt wurden. — Major Hannig: Nein, ich dachte, es geschehe mit der Hand. — Angekl.: Zeuge Gans, ist des Sonntags soviel geschmirgelt worden, wie die Maschine zu leisten vermochte? — Zeuge Gans: Darüber habe ich kein Urtheil.

Oberst von Lothow erklärt, daß bei längerem Schmirgeln des Laufes das Kaliber allerdings zu klein werden könne. Im vorliegenden Falle sei das Kommando aber hiergegen geschickt, da die Läufe nachträglich noch einmal untersucht worden seien.

Angekl.: Zeuge Gans hat aber gesagt, daß die des Sonntags geschmirgelt Gewehre nicht untersucht worden seien. Oberlieutenant Kühne: Die kleinen Schrammen in den Läufern entstehen dadurch, daß der Mantel eines Geschosses platzt. Die kleinen Metallstückchen verursachen dann die Risse. Wenn ein Lauf mit der Hand geschmirgelt wird, so wird er leicht ungleich, was bei Anwendung der Maschine nicht der Fall ist. Ich hatte damals alle rissigen Läufe sammeln lassen, und um keine Zeit zu verlieren, erwieile ich mir von der Polizeibehörde die Erlaubniß, während eines Sonntags sämtliche Schmirgelmaschinen gehen zu lassen. An diesem Tage sind dann auch sämtliche Läufe geschmirgelt worden, ich glaube, es waren etwas über 400 Stück.

Es tritt eine 4stündige Mittagspause ein. Nach Wiedereröffnung der Sitzung bemerkt der Vorsitzende: Mir ist hier ein Schreiben zugegangen, in welchem mir gewissermaßen ein Vorwurf gemacht wird, daß dem Angeklagten ein Schutzmantel zur Seite posirt worden

ist. Das ist wieder einmal ein unberechtigter Vorwurf. Ich habe keinerlei Anordnung nach dieser Richtung hin getroffen und habe das eigentlich gar nicht gesehen, daß ein Schutzmantel dort liegt. Mir ist es ganz egal, wo der Beamte sitzt. — Der Staatsanwalt erklärt, daß auch er nicht eine Anordnung getroffen hat, wonach der Beamte dort zu sitzen habe. — Nach der Versicherung des Angeklagten empfindet er die Nachbarschaft des Schutzmantels nicht als Belästigung.

Erster Staatsanwalt Drescher theilt den Eingang eines Schreibens des Oberbürgermeisters A. D. Weber mit. In demselben wird die Behauptung des Angeklagten, daß ein Komitee zur moralischen Verurteilung des Angeklagten bestünde, welchem er, der Oberbürgermeister Weber bezw. Herr v. Bleichröder Geld zugewiesen, als auf freier Erfindung und Unwahrheit beruhend bezeichnet. Der Staatsanwalt erklärt, daß er keine Veranlassung habe, an der Wahrheit dieser Versicherung zu zweifeln. — Angekl.: Aber ich habe solche Veranlassung. Ich besitze den Original-Einladungsbrief an den Kriminalkommissarius A. D. v. Schwerin, Langestr. 22. Dieser Herr war zu dem Rechtsanwaltschaft Goldstein hinfestgestellt worden, wo ihm Geld angeboten worden. Der Herr hatte sich vorher mit einem antisemitischen Komitee dahin verabredet, daß er hingehen solle. — Der Gerichtshof beschließt, den Herrn v. Schwerin und Oberbürgermeister A. D. Weber zu laden.

Büchsenmacher Barrella hält sich für verpflichtet, seine abweichende Meinung von den militärischen Sachverständigen dahin kund zu geben, daß das Schmirgeln der Gewehrläufe unter Umständen schädlich sein und das Kaliber verändern könne. — Es werden über dieses Thema nochmals Erörterungen gepflogen, an welchen außer dem Angeklagten noch der Oberst von Brackel, Major Hannig, der Arbeiter Gans und der Vertheidiger sich betheiligen. — Major Hannig erklärt, daß nach dem Schmirgeln alle Gewehre wieder angeschossen worden sind, der Angeklagte behauptet, daß dies war befohlen, aber nicht ausgeführt worden sei, und Arbeiter Gans bestätigt dies hinsichtlich der des Sonntags geschmirgelt Gewehre. — Oberst von Brackel bezweifelt die Sachverständigkeit des Arbeiters Gans in der Beurtheilung der Güte und der Behandlung der Gewehre. Durch einmaliges Schmirgeln nach der Reinigung werde irgend eine Kaliberänderung, welche das Gewehr unsicher macht, nicht herbeigeführt. — Major Hannig: Er habe schon bekundet, daß er vollständig der Ansicht des Gutachters Barrella sei. Schmirgeln könne unter Umständen schädlich sein, wenn es ungeschickt gemacht wird. Das dies nicht geschehen, habe sich bei der Revision ergeben.

Die Verhandlung wendet sich nun den in beiden Profschüren enthaltenen zahlreichen Beleidigungen des Herrn Zuber Löwe und Oberlieutenant Kühne zu. Präs.: Sie werden doch zugeben müssen, daß beide Profschüren, namentlich der zweite Theil, von gröblichen Beleidigungen wimmelt. — Der Angeklagte giebt zu, daß manche Ausdrücke zu hart seien, führt aber zu seiner Entschuldigung an, daß er, nachdem er diese Thatsachen sämtlich konstatiert, zu sehr erregt gewesen sei. Außerdem habe ihn ein von Herrn Löwe ausgegangener und in einer Dresden'er Zeitung veröffentlichter Brief sehr alterirt, in welchem gesagt worden, daß er verrückt sei und alles von ihm erlogen sei. Es sei doch im allgemeinen nicht angenehm, wenn man für verrückt erklärt werde. — Zeuge Löwe: Ich hatte unglückliche herzerregende Briefe von Juden aus kleinen Städten erhalten, in welchen ich beschworen wurde, gegen Ahlwardt etwas zu unternehmen, da sie zu großen Unthun aufgesetzt seien. Ich habe das alles unberücksichtigt gelassen, ebenso habe ich die Anerbietungen zahlreicher Personen, welche Profschüren gegen Ahlwardt schreiben wollten, refused. Es bedankte sich darunter sogar ausgesprochene Antisemiten, wenigstens gaben sie sich als solche aus, welche mir anboten, mir alles mögliche aus Ahlwardt's Leben mitzutheilen. — Präs.: Wenn Sie Herrn Oberlieutenant Kühne plötzlich zu einem Juden Noth machen, so werden Sie doch nicht zweifelhaft sein, daß dies eine Beleidigung ist? — Angekl.: Die Thatsache war mir mitgetheilt, und nachdem ich Herrn Kühne gesehen und seine Sprache gehört, bin ich jetzt erst recht der Meinung, daß er jüdischen Stammes, wenn auch nicht jüdischen Glaubens ist. Die Bezeichnung als Jude ist doch nicht beleidigend. — Vors.: Vielleicht kommt noch die Zeit, wo jemand auch Sie für einen Juden erklärt; das würden Sie doch gewiß als Beleidigung empfinden. — Angekl.: Ich ganz gewiß. — Präs.: Sie verfallen dann auch wieder mit einem gewissen Behagen in das Schreiben, den Behörden etwas am Zeuge zu stelen. — Angekl.: Das ist gar nicht meine Absicht. Aber nach den Erörterungen, die ich in der Affäre Bleichröder gemacht habe, habe ich doch großes Mitleiden gegen die Gerechtigkeit der Staatsanwälte. — Vors.: Dem Staatsanwalt wird es sehr gleichgültig sein, was Sie von ihm glauben. Ich bitte hier aber nicht Sachen hinein zu mengen, die nicht zur Verhandlung stehen.

Darauf erklärt Oberlieutenant von Gähniß es als eine falsche Auffassung, wenn aus seiner gestrigen Bemerkung der Schluß gezogen werden sollte, daß vom Kommandeur des 24. Regiments wirklich ein solcher Bericht eingegangen sei, wie der Angeklagte behauptet.

Der Vorsitzende verliest im Anschluß hieran ein Schreiben des Kriegsministers an den Oberlieutenant von Gähniß. Es wird darin gesagt, daß der Kriegsminister es ablehnen müsse, Berichte untergeordneter Behörden oder einzelner Offiziere im Vorhinein mitzutheilen. Es werden dann die Resultate der Untersuchungen über die Löwischen Gewehre angegeben und ausgeführt, daß dieselben durchaus kriegsbrauchbar sind. Ein Schreiben des Kommandeurs des 24. Regiments mit dem vom Angeklagten behaupteten Inhalt sei nicht eingegangen. Bezogen des angeblich geschickten Gewehrs, welches in Dortmund aufgetaucht sein soll, sei bei der Polizei telegraphisch angefragt worden. — Angekl.: Ich muß trotzdem meine Behauptung aufrecht erhalten, daß irgend ein Schriftstück, nenne man es nun einen Bericht, eine Eingabe oder sonstwas, vom 24. Regiment über die Löwischen Gewehre eingegangen ist. — Oberlieutenant v. Gähniß: Vielleicht kann der Angeklagte uns sagen, wo ein derartiges Schriftstück zu finden ist, es wäre ja immerhin interessant, dessen Inhalt kennen zu lernen. — Angekl.: Eine Abschrift davon ist da, ich werde meinem Vertheidiger sagen, wo sie zu finden ist. — Oberlieutenant v. Gähniß wiederholt, daß er noch heute Morgen sämtliche Akten durchgesehen habe, ohne das bezeichnete Schriftstück zu finden. Er möchte sich übrigens noch des Umstandes erinnern können, wenn ein derartiges Schriftstück durch seine Hände gegangen sei und dies sei nicht der Fall. — Vertheidiger Rechtsanwalt Hertwig. Ich stelle noch den Antrag, daß der Generalleutnant a. D. v. Kreschmar geladen wird. Derselbe wird beladene können, daß gelegentlich eines Manövers, welches er vor zwei Jahren bei Münster abhielt, mit Löwischen Gewehren er ein Schnellfeuer ausführen ließ und daß hierbei ein großer Theil der Birkte wegen mangelhafter Lötung absiebt.

Oberlieutenant von Gähniß. Es müßte beim 7. Armeekorps passirt sein und somit ist es garnicht, ist es garnicht mit Löwischen Gewehren bewaffnet. — Oberlieutenant Kühne: Ich kann versichern, daß wir unsere Birkte genau so anstellten, wie es in den königlichen Werksstätten geschieht. — Der Gerichtshof beschließt, den Generalleutnant v. Kreschmar als Zeugen zu laden. Es wird sodann die Vernehmung des Zeugen Gans fortgesetzt. — Präs.: Zeuge Gans, schwebt gegen Sie eine Untersuchung wegen eines angeblichen Komplotts gegen die Firma Löwe u. Co.? — Zeuge: Ich weiß hiervon nichts. — Präs.: Noth soll geschrieben haben, daß er Kenntniß von begangenen Unregelmäßigkeiten habe, für deren Gehaltzahlung er 15000 M. verlangte. Das Geld sollte zwischen Noth, Scharffe und Jhnen getheilt werden. — Zeuge: Ich halte einmal einen kleinen Streit mit dem Wächsmacher Noth, wobei ich in der Erregung sagte, ich wüßte, daß er sich ein Gewehr angefertigt habe, ich verlange 500 M.

An die deutschen Brauer!

Sämtliche Brauer der Brausteuergemeinschaft werden zu einer

Versammlung

auf Sonnabend, den 3. Dezember d. J.

Nachmittags 1 Uhr

nach Berlin, Konzerthaus Leipzigerstraße 48

eingeladen, um gemeinsam Protest gegen die Erhöhung der Brausteuern zu erheben, welche das Braugewerbe im allgemeinen auf das schwerste schädigen und insbesondere den Ruin zahlreicher mittlerer und kleinerer Brauereien herbeiführen muß.

Berlin, den 26. November 1892.

Der Steueranschuß des Deutschen Brauerbundes

Allendorf (Schönebeck), Bülow (Halberstadt), Brinkmann (Herbede), Barth (Mainz), Drews (Kiel), Frinken (Trier), Goldschmidt (Berlin), Haase (Breslau), Hasstedt (Harburg), Happoldt (Berlin), Henrich (Frankfurt a. M.), Dr. Kaskel (Berlin), Knoblauch (Berlin), Oberländer (Frankfurt a. M.), Oettler (Weissenfels), Reutlinger (Frankfurt a. M.), Reinhardt (Leipzig), Roessicke (Berlin), Rösel (Breslau), Rückforth (Stettin), Ulrich (Leipzig), Ulrich (Pfungstadt), Wernecke (Magdeburg), Zeitz (Weiningen).

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 4. Dezember 1892, Vormittags 10¹/₂ Uhr:

Branchenversammlung der Rohrleger u. Gehilfen

in Polz' Festsaal, Alte Jakobstraße 75.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Mehnert über: Die neue Militärverpflichtung und ihre Folgen für die Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.

Sonntag, den 4. Dezember 1892, Vormittags 10¹/₂ Uhr:

Branchenversammlung der Nagelschmiede

im Saale des Herrn Gelfe, Pichtenbergstraße 21.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. Die Kollegen werden dringend ersucht, in diesen Versammlungen pünktlich zu erscheinen.

Verband der Sattler und Tapezierer.

Filiale Berlin.

Sonabend, den 2. Dezember, Abends 8¹/₂ Uhr, bei Wianocke, Alte Jakobstr. 80.

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Scherwin aus Potsdam über: Tagelohn und Wohlfahrtigkeit. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Herren und Damen als Gäste sind herzlich willkommen.

Sonntag, den 3. Dezember, Abends: Gemüthliches Beisammensein bei Morbert, Deuthstraße 22. Um zahlreiches Erscheinen bitten

Der Vorstand.

Achtung. Maurer. Achtung.

Sonntag, den 4. Dezember, Vorm. 10 Uhr:

Ausserordentl. General-Versammlung

des Vereins z. Wahrung d. Interessen d. Maurer Berlins u. Umgeg. in Brochnow's Salon, Sebastianstraße 39.

Tages-Ordnung:

1. Anschluß Jerzows. 2. Vortrag. 3. Diskussion. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimirt. — Die Thürkonsumenten werden aufgefordert, zur Stelle zu sein.

Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule

(Süd-Bezirk).

Am Sonntag, den 4. Dezember d. J., Abends 6 Uhr, in Heinrich's Festsaal, Glückerstraße 61:

Versammlung.

Tagesordnung:

Vortrag über: „Unsere Volksschulen“. Referent Herr Mähr. Nach dem Vortrag: Gesellschaftliches Beisammensein und Tanz. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Achtung.

Verein d. Bauanschläger Berl. u. Umg.

General-Versammlung

am Sonntag, den 4. Dezember, Vorm. 10¹/₂ Uhr, bei Pyrek, Gropstr. 3.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl der Revisoren. 3. Antrag C. Becker und Genossen betreffs Abänderung der Krankenunterstützung. 4. Fortsetzung der Besprechung innerer Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes und Fragekasten.

1892/3

Das Stiftungsfest des Vereins findet am Mittwoch, den 21. d., bei Brochnow (früher Orschel), Sebastianstr. 39, statt. Sillketo sind beim Vergnügungsausschuß und im Arbeitsnachweis, Sebastianstr. 50 b. Restaurateur G. Opas zu haben.

Der Vorstand.

Central-Krankenkasse der Töpfer

(Filiale Berlin).

Sonntag, den 4. Dezember 1892,

Vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Graunert's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79 (particre).

Tagesordnung: 1. Erläuterung des neuen Statuts zur Zuschuldschaft. 2. Bericht des Bevollmächtigten u. Kassirers. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes und der Erfahrmänner. 4. Verschiedene Kassensachen. — Im eigenen Interesse ist jedes Mitglied verpflichtet zu erscheinen.

Der Vorstand.

Verein d. Bauarbeiter

Berlin O., Friedrichsberg u. Rummelsburg.

Sonntag, d. 4. Dezember, Vorm. 11 Uhr,

in Schneider's Gesellschaftshaus, Prosauerstr. 37-38.

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl des gesammten Vorstandes. 3. Abrechnung vom Vergütigen vom 8. Oktober 1892.

5. Vereinsangelegenheiten. NB. Diejenigen Mitglieder, welche noch Sillketo vom letzten Vergütigen in Händen haben, werden ersucht, vor der Versammlung abzurechnen.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse d. Korbmacher

Sonntag, d. 11. Dezemb., Vorm. 10 Uhr,

bei Rosl, Adalbertstr. 21.

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Ergänzungswahl.

2. Wahl für ausscheidende Vorstandsmitglieder. 3. Wahl der Prüfungskommission. 4. Vorlage der neuen Statuten. 5. Antrag: Bewilligung einer Vergütung für Abfertigen der Statuten. 6. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt.

Der Vorstand.

Zentralverein der Gärtner.

Sonabend, den 3. Dezember,

bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75:

Grosses Tanzkränzchen

verbunden mit

Kotillon, Blumenverloosung u.

Anfang 8¹/₂ Uhr. Entree 25 Pf.

Das Komitee.

Freiwillige Versteigerung.

Am Freitag, den 2. Dezember cr.,

Vormittags 10 Uhr, versteigere ich Neue Schönhauserstr. 17 gegen Meistgebot und Barzahlung: 4 Ballen

Tabake: 1 Ballen Sumatra-Decke, 1 Ballen Domingo ff. Umdl., 1 Ballen St. Felix-Brasil-Decke, 1 Ballen St. Felix-Brasil-Umdlatt. Die Tabake sind von der feinsten Qualität und werden auf Wunsch in kleinen Posten verkauft.

Faber, Gerichtsvollzieher d. kgl. K. Panstraße 25.

Freie Volksbühne.

Am Sonntag, den 4. Dezember, Nachmittags 2¹/₂ Uhr, findet im National-Theater die 2. Vorstellung für die 3. Abtheilung statt. Zur Aufführung gelangt:

Der freie Wille.

Schauspiel in 3 Akten von Hermann Faber. Mitglieder für die 3. Abtheilung werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen. Das Eintrittsgeld ist von M. 1 auf ~~50~~ 50 Pfg. herabgesetzt worden. Der Monatsbeitrag für Dezember ist 50 Pf. Mitglieder anderer Abtheilungen, die die Vorstellung zum zweitenmal sehen wollen, finden, da die 3. Abtheilung noch nicht gefüllt ist, gegen einen Extrabeitrag von 60 Pf. Einlaß.

Der Vorstand der „Freien Volksbühne“.

Einladung

an die

Mitglieder der Freien Volksbühne.

Fresko-Bühne

Der Verein besetzt sich die Mitglieder der Freien Volksbühne zu seiner 1. Vorstellung am Sonntag, 4. Dezember,

Mittags 12 Uhr, im Lessing-Theater einzuladen. Zur Darstellung gelangt „Manometer auf 99“, soziales Drama von Franz Held.

Eintrittskarten, soweit solche noch vorhanden sind, werden gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte der Freien Volksbühne unentgeltlich verabfolgt im Bureau der Fresko-Bühne, Leipzigerstr. 95, 2 Tr. links (alte Charlottenstraße), bis 9 Uhr Abends und Sonntag Morgen von 8¹/₂-11 Uhr.

Der Vorstand.

J. A. Dr. Herzfeld, Leipzigerstr. 95.

Zentralverband der Maurer Deutschl. (Ruher)

Zahlstelle 1, Berlin.

Sonntag, den 4. Dezember, Vorm. 11 Uhr, Dresdenerstr. 96:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Regeln für im nächsten Jahre unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen? 2. Wissenschaftlicher Vortrag des Herrn Dr. Pinn. 3. Verschiedenes und Fragebeantwortung.

Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Gummi-Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins u. Umgeg.

Oeffentliche Versammlung

am Sonnabend, den 3. Dezember, Abends 8¹/₂ Uhr, im Lokale des Herrn

Wendt, Eßlingerstr. 17.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Pinn. 2. Diskussion. 3. Die Wahlen zum Gewerbegericht. 4. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten findet Telleransammlung statt.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

5805

Große Versammlung

des Vereins der Militär-Schneider

am Sonnabend, den 3. Dezbr., Abds. 8¹/₂ Uhr,

in den „Arminhallen“, Kommandanten-Strasse 20.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Der Kampf um's Dasein“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten.

Der Vorstand.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Sillketo zur Franca den Mitgliedern zur Verfügung stehen, und es wird gebeten, soviel wie möglich davon Gebrauch zu machen.

Fachverein der Tischler.

Sonntag, den 25. Dezember 1892,

in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57:

Weihnachts-Vergnügen,

bestehend in Konzert und Gesangsvorträgen, sowie humoristischer Unterhaltung und Tanz.

Geschenke-Verloosung für Kinder. Jedes Kind erhält ein Loos gratis.

Eröffnung 5 Uhr.

Sillketo zum Preise von 30 Pfg. (ausschließlich Tanz) sind auf allen

Zahlstellen des Vereins zu haben.

Die Zahlstellen des Fachvereins der Tischler befinden sich in den folgenden Lokalen: 1. Schmidt, Friedrichsbergerstr. 25; 2. Kunstmann, Eßlingerstr. 107; 3. Hilscher, Belleallianceplatz 6; 4. Peterson, Beteranenstr. 22; 5. Schoner, Eise Schleiermacher- und Onneleustraße; 6. Steinmeyerstr. 57; 7. Dreidenerstr. 116; 8. Matthias, Eßlingerstr. 41; 9. Ungering, Dresdenerstr. 27; 10. Buschek, Nitzdorf, Bergstr. 7; 11. Krüger, Jannstr. 5; 12. Eise Sorauer- und Göttingerstraße; 13. Klebs, Weissenfels, Eise Böllers- und Charlottenstraße; 14. E. Schmidt, Eise Treibschow- und Diebenhofener-Strasse; 15. Walter, Badstraße 25; 16. Zabel, Frankfurter Allee 90.

Selbst kann sich jeder Kollege als Mitglied des Vereins aufnehmen lassen.

Der Arbeitsnachweis befindet sich Wallstr. 7-8 und ist werktäglich, mit Ausnahme der Mittagsstunden von 12-3 Uhr, von 8 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends geöffnet.

Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich.

Der Vorstand.

Telegr. Adresse: Nr. 4, Gontardstr. Nr. 4 Fernsprecher: Krömer, Gontardstr. Nr. 4 Amt V 3291.

zwischen Königkolonnen u. Zentral-Markt Halle, Bahnhof Alexanderplatz. Ich ver- voranschütlich nur noch diese Woche zu folgenden billigen Preisen:

Prima Bratgänse, 55 Pf. per Pfund,

Prima Oderbruder Fettgänse, 60 Pf. per Pfd.

Allergrösste Waldhasen, blutreich 2 M. 50 Pf.

do. do. geschl. 3 —

Hirschfleisch wird, wie bekannt, zerlegt in Pfunden aus- gewogen verkauft, billiger als jeder andere Warten. 53588

Auswärtige Ordres nur gegen Nachnahme.

Hugo Krömer, Nr. 4, Gontardstraße Nr. 4,

zwischen Königkolonnen u. Zentral-Markt Halle, Bahnhof Alexanderplatz.

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren, ganze Wohnungseinrichtungen in Mahagoni und Kirschbaum, empfohlen

Gebr. Klink, SW., Friesenstrasse 21. SW.